Nr. 85. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Auf zur Landtagswahl!

Der Termin der preußischen Landtagswahlen ist nunmehr definitiv festgesetzt. Wie das offiziöse Depeschenbureau meldet, sind vom Minister des Innern als Termine für die Wahl der **Wahlmänner** der 3. Juni „und nötigenfalls folgende Tage", für die Wahl der **Abgeordneten** der 16. Juni und „folgende Tage" festgesetzt worden.

Die beiden Häuser des preußischen Landtags werden heute Donnerstag, den 9. April, geschlossen werden. Der Präsident des Staatsministeriums, Fürst v. Bülow, hat an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses folgende heute im Hause verteilte Einladung ergehen lassen: „Euere Exzellenz beehre ich mich ganz ergebenst zu ersuchen, die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten zu einer vereinigten Sitzung beider Häuser des Landtages zur Entgegennahme einer allerhöchsten Botschaft auf Donnerstag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, in den Sitzungssaal des Hauses der Abgeordneten gefälligst einladen zu wollen."

Das alte Dreiklassenparlament tagt also am Donnerstag zum letzten Male. Ueber die Zusammensetzung des neuen Dreiklassenparlaments soll am 3. Juni entschieden werden!

Daß abermals ein Dreiklassenparlament über die Wahlreform entscheiden wird, hat das entrechtete Volk dem Freisinn zu danken, der schacherte und kuhhandelte, Volksrechte preisgab, um Konzessionen der Regierung und der Junker einzuhandeln! Das zu einem **Ausnahmegesetz gegen die Polen** und **das Proletariat** gestaltete **Vereinsgesetz** und das **agrarisch zugestutzte Börsengesetz** sind der Lohn für den freisinnigen **Verrat am allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!**

Noch einmal soll das Dreiklassenparlament über die Frage der Wahlreform entscheiden. Da gilt es, bis zum 3. resp. 16. Juni den **Wahlrechtskampf** in der Form des **preußischen Wahlkampfes** zu führen!

Die sozialdemokratischen Stimmen müssen **verdoppelt**, müssen **verdreifacht** werden!

Je ungeheuerlicher das **Mißverhältnis** zwischen **der Zahl der sozialdemokratischen Landtagswähler und der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten** in Erscheinung tritt, **desto vernichtender für das Dreiklassenwahlrecht!**

Die Lächerlichkeit, die bis zum **Aberwitz lächerliche Verruchtheit des Dreiklassenwahlrechts muß das Dreiklassenwahlrecht töten!**

Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!

Vorwärts für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Hinein in den Wahlkampf!

Die Doppelfrucht der Blockpaarung.

Der Block hat seine Doppelfrucht eingeheimst, das Vereinsgesetz und das Börsengesetz, sinngemäß verkoppelt und zeitlich auch in der dritten Lesung miteinander verbunden.

Noch deutlicher trat an diesem Tage die Unlust der Blockmehrheit zutage, sich um eine Rechtfertigung ihres Schachergeschäfts in geistige Unkosten zu stürzen. Zum Börsengesetz, das zuletzt in einer Stunde erledigt wurde, schwiegen sie sich völlig aus, nachdem Genosse Singer in kräftigen Worten diesen freisinnig-agrarischen Wechselbalg gekennzeichnet hatte.

Zum Vereinsgesetz gaben die Vertreter der Blockparteien in der Generaldebatte nur ein paar lendenlahme kurze Erklärungen ab. Nur die Opposition stellte eine Anzahl Redner, die in teilweise sehr lebhaften Erörterungen sich bemühten, die Mängel und die nachteiligen Folgen dieses Ausnahmegesetzes sowohl wie das klägliche Gebaren des verblockten, seine Grundsätze verschachernden Freisinns in das rechte Licht zu setzen.

Daß die Freisinnigen, die doch als die Hauptpartei bei dem Schachergeschäft in erster Reihe die Verantwortung für das Gesetz in seiner endgültigen Fassung tragen, abermals die Wanzentaktik des Sichtotstellens befolgt haben, bedarf um so mehr der Festnagelung, da nach dem Vorbilde des Herrn Müller-Meiningen in der Freisinnspresse die Behauptung wiederholt werden wird, daß die Sozialdemokratie die Massen über das Gesetz nicht aufklären wolle. Wer so beharrlich sich um die Erörterung seiner Taten herumdrückt, beweist damit, daß sie das Licht nicht vertragen. Um so mehr muß die Sozialdemokratie sich bemühen, volle Aufklärung darüber im Volke zu verbreiten, wie sehr die Reichstagsmehrheit durch die Annahme dieses Gesetzes dem Polizeistaat in die Hände gearbeitet hat.

Prüft man das Gesetz, so zeigt es sich, daß es durchaus erfüllt ist von dem alten Polizeigeist, der der Bureaukratie die Befugnis zuspricht, die Untertanenschaft zu überwachen und zu bevormunden bei jedem Schritt im öffentlichen Leben. Gemildert sind zwar einzelne Befugnisse, die bisher in Sachsen und Preußen schroffere Formen aufwiesen. Auch ist es für Preußen und einige andere Staaten eine Neuerung, daß die Frauen ungehindert teilnehmen können am öffentlichen Leben. Alle diese Besserungen unserer Zustände waren aber unumgänglich notwendig. Der schwere Fehler der Ausschlag gebenden freisinnigen Parteien ist, daß sie diese unvermeidlichen Verbesserungen erkauft haben mit Verschlechterungen, die der ganzen Maßregel den Charakter eines Ausnahmegesetzes verleihen. Der Ausschluß der jugendlichen Personen unter 18 Jahren zeugt von der Angst des Philistertums vor der Werbekraft der Sozialdemokratie. Der Sprachenzwang trägt den Charakter eines Ausnahmegesetzes gegen die fremdsprachigen Bevölkerungsbestandteile im Deutschen Reiche nicht nur; er ist auch gleichzeitig ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterbewegung sowohl in ihrem politischen wie in ihrem gewerkschaftlichen Teil.

Daß aber die Freisinnigen sich zu einem solchen Zugeständnis herbeigelassen haben, nimmt ihnen das Recht, sich noch eine wirklich liberale oder gar demokratische Partei zu nennen. Sie haben damit den letzten Schritt getan zum Nationalliberalismus. Mag auch die Fraktionsgemeinschaft noch nicht in aller Form über die Nationalliberalen ausgedehnt worden. Wesensgleich sind die liberalen Gruppen einander aber nahezu vollständig geworden. In dieser Erscheinung prägt sich die Tatsache aus, daß das Bürgertum mehr und mehr sich losgelöst hat vom Proletariat, mit dem sein Ausbeuterinteresse es in Konflikt bringt.

Die freisinnige Partei ist der Nachzügler aus der Zeit der politischen Interessengemeinschaft mit dem Proletariat. Die demokratischen Traditionen hatten sich bei ihr noch halbwegs lebendig erhalten. Seitdem sie aber in den Militär-, Marine- und Kolonialfragen sich der imperialistischen Phalanx angeschlossen hat, geriet ihre kapitalistische Interessenbetätigung mehr und mehr in Widerspruch zu der überkommenen demokratischen Ideologie. Früher oder später mußte dieser Widerspruch darin seine Lösung finden, daß die kapitalistischen Interessen der Partei den vererbten ideologischen Unterbau völlig sprengten und abstießen. In diesen Prozeß ist die Partei jetzt eingetreten. Die ganze Argumentation, die Herr v. Payer und andere seiner Parteifreunde zur Beschönigung des Sprachenzwanges vorgebracht haben, ist die nämliche, mit der in allen kapitalistischen Ländern die herrschenden Klassen die Unterdrückung fremder Völker zu rechtfertigen suchen. Nur etwas zaghafter handhaben vorläufig die Payer, Müller und Comp. die geistigen Waffen der französischen Chauvinisten, der englischen Jingoes, der „echten" Russen und der deutschen Hakatisten. Aber das lernt sich bald. Auch das kostet nur den ersten Schritt.

So kann man also den Erntetag der Doppelfrucht des Blocks gleichzeitig bezeichnen als den Geburtstag der großnationalliberalen Partei, in der die Pachnicke, Wiemer und Payer Herrn Bassermann brüderlich die Hand reichen.

Polizeiwillkür wider die Justiz.

In der Reichstagssitzung am 2. April gab der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, der amtliche Einpeitscher des Blocks, die Erklärung ab:

„Ebenso wenig wie in Preußen heute ein Präventivverbot für Versammlungen zulässig ist, wird das künftig in Deutschland der Fall sein."

Der verantwortliche Sitzredakteur der preußischen Polizeifreiheit berief sich für diese optimistische Prophezeiung auf die Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes und behauptete: genau derselbe Zustand wird künftig im Reiche bestehen.

Als wir diesen amtlichen Zukunftstrost lasen, waren wir uns nicht ganz klar darüber, ob das ostelbische Wild-West auch schon formell dem heiligen Knuten-Rußland einverleibt ist. Denn wenn auch in Preußen die Vorausverbote von Versammlungen unzulässig sind, so stellen wir fest, daß sie wenigstens in Danzig nicht einmal etwas Ungewöhnliches sind.

Allerdings hat das Oberverwaltungsgericht schon seit einer undenklichen Reihe von Jahren in immer wiederholter Rechtsprechung solche Versammlungsverbote für ungesetzliche Uebergriffe der Polizeiwillkür erklärt. Trotzdem hat der Polizeipräsident von Danzig, Max Wessel, noch im Jahre 1902 sämtliche gewerkschaftliche und politische Versammlungen der Arbeiter in unserem damaligen Parteilokal, Brotbänkengasse Nr. 11, im voraus verboten! Sogar Zahlabende und die harmlosesten Sitzungen wurden von starken Polizeiaufgeboten mit blanker Waffe „Im Namen des Gesetzes" gesprengt. Ein ganzes Jahr lang herrschte dieser Zustand, gegen den schon damals der weibische Börsenliberalismus nicht ein einziges kritisches Wort übrig hatte. Alle Beschwerden an den Regierungs- und an den Oberpräsidenten, die zum Schutz der Majestät des Rechts und der Autorität des Oberverwaltungsgerichts angerufen wurden, blieben resultatlos. Die Polizei hatte einfach immer recht. Darauf wurde das Oberverwaltungsgericht auch gegen den Danziger Polizeianarchismus angerufen und es entschied im Juni 1903 gegen den Polizeipräsidenten Wessel dahin, daß auch die von ihm verfügten Versammlungsverbote krasse Ungesetzlichkeiten gewesen seien. Damit hatten die Danziger Arbeiter aber noch lange nicht wenigstens den gesetzlichen preußischen Polizeizustand errungen. Denn trotz dieses Urteils verbot der Polizeipräsident auch weiterhin die Abhaltung von Versammlungen. Die darauf persönlich beim Oberpräsidenten geführte Beschwerde hatte gerade den Erfolg, daß die Beschwerdeführer an demselben Tage abends trotz des der Polizei vorgelegten höchsten Urteils wieder mit Gewalt aus dem Versammlungslokal getrieben wurden! Als sie sich auf das Urteil beriefen, erhielten sie die für das preußische Polizeirecht geradezu programmatische Antwort: **„Sie können jetzt wieder von neuem klagen!"** Nun riß unseren Genossen doch die Geduld und sie forderten vom Staatsanwalt, daß er den Polizeipräsidenten wegen des offenkundigen Mißbrauchs seiner Amtsgewalt strafrechtlich zur Verantwortung ziehe. Die Antwort der objektivsten Behörde der Welt lautete: Die Beamten und Kommissare hätten auf Befehl handeln müssen, der Polizeipräsident habe aber nicht das Gesetz verletzt, weil er in gutem Glauben gehandelt habe!!!

Die alte Polizeipraxis hat denn auch trotz aller Mühe des lieben Oberverwaltungsgerichts auch jetzt noch nicht ihr Ende erreicht. Der gute Polizeiglaube höret eben nimmer auf. Noch am 12. Januar d. J. verbot der Polizeipräsident die Abhaltung der Wahlrechtsversammlung aus den altbekannten Gründen der „öffentlichen Ruhe und Sicherheit." Und dieser paradiesische Zustand soll nach Bethmann-Hollweg und den freisinnigen Blocksklaven des politischen Börsenraubes künftig in ganz Deutschland bestehen.

Wie die robuste ostelbische Polizeikraft den gesetzlichen Paragraphengummi ganz nach Bedarf dehnt, dafür noch ein recht einleuchtendes Beispiel. Obgleich es den Frauen in Preußen schon längst erlaubt ist, an öffentlichen politischen Versammlungen unter dem Schutz des „Segments" teilzunehmen, wurde hier am 20. Dezember 1907 eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung aufgelöst, weil einige Frauen ebenfalls daran teilnehmen wollten. Der Polizeipräsident erklärte die Auflösung für völlig berechtigt, weil die öffentliche Versammlung tatsächlich nur eine „Vereinssitzung" gewesen sei. Und zwar deshalb, obgleich sie als öffentliche Versammlung angemeldet und auch bescheinigt war, weil die Anmeldung vom Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt erfolgt und mit diesem Zusatz unterschrieben war. Ferner auch, weil zum Besuch dieser öffentlichen Versammlung durch ein Flugblatt eingeladen war, das die „Parteileitung" an die „Parteigenossen" gerichtet hatte. Diese auch hier noch verblüffende Polizeilogik veranlaßte eine Bezirksgruppe der politischen Organisation, die praktische Probe darauf zu machen, wie lange denn die Polizei selbst ihre neue Konstruktion des Begriffs der „Vereinssitzung" aufrecht erhalten würde. Gerade 20 Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins arrangierten eine engere Bezirksmitgliedersitzung und meldeten sie in der Form an und luden dazu auch so ein, wie es das Polizeipräsidium als das besondere Kennzeichen der „Vereinssitzung" selbst forderte. Das Resultat war: mit Eintritt der Polizeistunde wurde diese wirkliche Vereinssitzung polizeilich aufgelöst, weil sie nun wieder keine Sitzung sondern eine öffentliche Versammlung sein sollte!

Also selbst die ausschweifendste Phantasie dürfte an die Vielseitigkeit der preußischen Polizeisindigkeit nicht heranreichen. Dabei dürfte es nicht überflüssig sein, aus den hiesigen Erfahrungen heraus zu betonen, daß die Freisinnsmannen, die jetzt das Recht des Volkes, aus reinster Freiheitsliebe natürlich, gewissenlos opfern, hier stets die allergetreueste Schutztruppe der grenzenlosesten Polizeireaktion waren. Als unsere Genossen in einer besonderen Versammlung gegen das ungesetzliche Versammlungsverbot vom 12. Januar protestierten, verhöhnte die einstfreisinnige „Danziger Zeitung" diese Notwehr der entrechteten Arbeiter, indem sie dummdreist das Verbot als nur „angeblich" ungesetzlich noch beschönigte.

* * *

Es sind nicht bloß die Danziger Genossen, die solche Erfahrungen gemacht haben. Auch in anderen Teilen Preußens sind schon häufig Versammlungen und nicht bloß politische verboten worden. Im Kreise Gelsenkirchen wurden zum Beispiel beim letzten großen Bergarbeiterstreik die Versammlungen der Bergleute verboten, als sich eine Opposition gegen den Beschluß der Siebenerkommission auf Beendigung des Streiks zu regen begann. Die preußische Polizei kümmerte sich eben bisher den Teufel um die ihr wohlbekannte Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, die Präventivverbote für ungesetzlich erklärte. Ob Herr Bethmann-Hollweg den festen Willen hat, dafür zu sorgen, daß es künftig anders wird? Warten wir ab. Jedenfalls wird er an diese seine Verpflichtung andernfalls im Reichstage energisch erinnert werden.

Tarifverhandlung im Baugewerbe.

Die Verhandlungen in München sind am Dienstag vorläufig zum Abschluß gebracht worden. In überfüllten Versammlungen nahmen nach sehr lebhafter Diskussion die

Arbeiterorganisationen den Schiedsspruch fast einmütig an. Der Arbeitgeberverband hat den Schiedsspruch gleichfalls akzeptiert.

Somit wäre für diesen Platz der Friede im Baugewerbe schon endgültig gesichert, wenn es dem Arbeitgeberbund nicht eingefallen wäre, zu fordern, daß für die einzelnen Verträge die Genehmigung des Bundesvorstandes und der Zentralvorstände der Gewerkschaften eingeholt werden muß und ersterer die Genehmigung nur dann erteilen will, wenn in allen Gebieten, einschließlich Berlin, eine Einigung erzielt ist.

Immerhin ist der Münchener Abschluß von einer großen Bedeutung für die gesamten Verhandlungen. Zunächst deshalb, weil hier zurzeit auf Grund des in Berlin vereinbarten Schemas verhandelt worden ist. Zunächst erschien es, als seien die Gegensätze unüberwindlich. An vier vollen Tagen verhandelte die Kommission, dann war noch eine Sitzung des Schiedsgerichts erforderlich, um zu einer Verständigung zu gelangen. Viel trägt dazu bei, daß der Wille zu einem Frieden vorhanden war. Das scheint in anderen Bezirken bei den Arbeitgebern nicht immer der Fall zu sein. Das Münchener Gebiet stellt einen erheblichen Teil des diesjährigen Streikgebietes dar, zirka 12—14 000 Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer, kommen in Frage, so daß, auch unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, der Friedensschluß von großer Bedeutung ist.

Für diese Arbeiterschaft bringt der Vertrag mancherlei Vorteile. Es wurde bereits gemeldet, daß die Lohnerhöhung für Bauarbeiter und Zimmerer 6 Pf., für Maurer und die acht Spezialgruppen 4 Pf. beträgt. Und noch eine Verbesserung wurde erzielt. Der alte Vertrag galt nur innerhalb der Burgfriedensgrenze. Der Geltungsbereich des jetzt geschlossenen Vertrages umfaßt dagegen noch 26 angrenzende Orte. Diese Erweiterung ist durch die wirtschaftliche Entwickelung bedingt, die auch in Bayern die Vororte mit der Großstadt zu einer wirtschaftlichen Einheit verbindet. In den Vororten wird die Bautätigkeit immer lebhafter. Dagegen waren hier bisher die Löhne meistens erheblich niedriger wie in der Großstadt und die Arbeitszeit teilweise länger als 10 Stunden. Das wird nun anders. Der Vertrag hat für alle Arbeitsstellen des Vertragsgebietes Geltung.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Zentralinstanzen soll der Vertrag am 11. April beiderseitig unterzeichnet werden.

In Posen ist es gleichfalls zur Einigung gekommen. Ob die Arbeiter die Bedingungen annehmen, ist noch nicht bekannt, auch stehen die Einzelheiten des Vergleichs noch aus.

Heute beginnen die Verhandlungen in Berlin (für Maurer und Bauarbeiter, nicht für Zimmerer).

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. April 1908.

Wahlmätzchen und sonstiger Humbug im Dreiklassenhause.

Im Dreiklassenhause fand sich, um mit dem Rektor aller Freisinnigen auf der Dieffenbachstraße zu sprechen, der sogenannte Kulturblock zusammen, der sich aus Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen zusammensetzen soll. Die epochemachende Erstlingstat dieses Kulturblocks war, daß er mit Zentrumshilfe die Freifahrt für die Wahlmänner beschloß. Schade, daß er nicht noch freie Verpflegung hinzufügte. An sich läßt sich ja gegen den Antrag nicht viel einwenden. Die Konservativen stimmten wahrscheinlich bloß dagegen, weil ohne sie eine Mehrheit vorhanden war. Außer Kindern und Narren sprechen manchmal auch Regierungskommissare die Wahrheit. So sei denn bemerkt, daß dem Gehege der Zähne eines Regierungskommissars, der den Antrag, man weiß nicht weshalb, bekämpfte, die Aeußerung entfloh: Für die Landtagswahlen liege kein öffentliches Interesse vor. Sehr wahr! Das einzige öffentliche Interesse, das die Oeffentlichkeit am Dreiklassenwahlrecht hat, ist die Beseitigung dieses Monstrums.

Dann gab es noch ein Geschwätz über Ostmarkenpolitik, das als vollwertiger Ersatz für Schlafpulver benutzt werden könnte. Am Donnerstag versammelt sich das Geldsackshaus zur Schlußsitzung. Die Bauernfangsanträge, die die Konservativen für die Littauer und Masuren und die hochverräterischen Freisinnigen für die Gewerkschaften, denen sie eben den Strick des § 7 um den Hals geworfen, eingebracht haben, verschwinden also im Orkus.

Seufzende Bürgermeister und gekränkte Leberwürste.

Das Herrenhaus unterhielt sich am Mittwoch kurz über das Quellenschutzgesetz und lange über das Polizeikostengesetz. Der Haß gegen den „Wasserkopf" Berlin, der alle preußischen Gesetze durchzieht, hat sich auch in diesem Machwerk nicht verleugnet. Oberbürgermeister Kirschner jammerte über den legislativen Antiberolinismus und ein paar andere Bürgermeister stimmten in die Klagelieder ein. Herr Kirschner versuchte sogar eine Abänderung durchzusetzen, und ein paar nicht ganz verbohrte Junker taten ihm den Gefallen, dafür zu stimmen. Die Mehrheit der Junker aber hielt es für unnötig, dem Freisinn, der auch ohne Wurstzipfel kuscht, noch ein Almosen zuzuwerfen, und so wurde denn der Abänderungsantrag abgelehnt. — Den Rest der Sitzung füllten alle möglichen Quisquilien aus, darunter die Klagen des Grönthaler Schulenburg über Anzapfungen, die sich ein leibhaftiges Herrenhausmitglied gegen ebenso leibhaftigen anderen Herrenhäusler in irgend einem Berliner Blatte gestattet haben soll. Am Donnerstag werden die Lords die mageren Knochen besichtigen, die das Dreiklassenhaus den Beamten hingeworfen hat.

Das Urteil im Schandsäulenprozeß bestätigt.

Leipzig, 8. April. Das Reichsgericht hat die Revision des Genossen Hans Marckwald von der „Königsberger Volkszeitung", der wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Memeler Denkmalskomitees (Schandsäulenartikel) am 4. Januar zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, verworfen.

So hat sich die deutsche Justiz eine neue Denksäule errichtet! Um eines Artikels willen, der unanfechtbare historische Tatsachen, die von den bürgerlichen Geschichtsschreibern bezeugt werden, darlegte, um eines Artikels willen, der den deutschen Kaiser in keiner Weise angreift oder auch nur nennt, der lediglich Tatsachen über die Urgroßmutter des Kaisers mitteilt, muß Genosse Marckwald als Majestätsbeleidiger auf 15 Monate ins Gefängnis! In der Aera der angeblichen Milderung des Majestätsbeleidigungsparagraphen! Deutschland ist fürwahr ein Kulturstaat!

Auf der Denksäule, die diese Tat der deutschen Justiz verewigt, muß übrigens auch dem deutschen Freisinn eine Gedenktafel gewidmet werden. Ein freisinniges Blatt, die Königsberger „Hartungsche Zeitung" war's, die den Artikel unseres Königsberger Parteiblattes dem Staatsanwalt als Verbrechen wider die Majestät denunzierte. Dasselbe Freisinnsblatt hat frühzeitig angefangen, sich der Rolle anzupassen, die der deutsche Freisinn in diesen Tagen in der deutschen Politik exekutiert hat.

In der Begründung des Reichsgerichtsspruchs wurde ausgeführt:

„Der fragliche Beweisantrag konnte ohne Gesetzesverletzung abgelehnt werden, da die Frage, ob die unter Beweis gestellten Tatsachen richtig sind, von der ersten Instanz sowohl bezüglich der Schuld- als der Straffrage für unerheblich erachtet worden seien. Eine Verletzung des materiellen Rechtes liege nicht vor. Die Auslegung der beiden Artikel durch das Landgericht sei auch für das Reichsgericht maßgebend. Festgestellt sei danach als Sinn der Artikel, daß die Errichtung eines Denkmals für die Schmach des Staates erfolgt sei, nicht für einen Aufschwung, daß im weiteren Sinne der Vorwurf einer Schandtat gemacht sei und daß der Artikel den Zweck verfolge, die ganze Veranstaltung der Denkmalserrichtung sowie alle Teilnehmer und Förderer zu schmähen und herabzuwürdigen. Wer geschmäht werden sollte, mußte allerdings aus den Artikeln den Lesern erkennbar sein. Diese Erkennbarkeit ist aber tatsächlich festgestellt in bezug auf die Person des Kaisers ohne Rechtsverletzung und ohne Widerspruch. Die mündlichen Ausführungen des Verteidigers verwechseln den Begriff der abfälligen Kritik mit dem Begriff der Beleidigung. Mit Recht ist auch eine Selbständigkeit jeder der beiden Einzelhandlungen angenommen worden. Das Reichsgesetz vom 7. Februar 1908 war nicht anwendbar, weil es erst nach Erlaß der angefochtenen Entscheidung in Kraft getreten ist."

Das freisinnige Dreigestirn.

Einen heiteren Beitrag zur Paschawirtschaft in der freisinnigen Volkspartei, besonders bei der Aufstellung der freisinnigen Kandidaten zur nächsten Landtagswahl, liefert in der „Berl. Volksztg." ein Freisinniger, der jahrelang als Vertrauensmann der freisinnigen Volkspartei tätig war. Er schreibt:

„Es ist eine Eigentümlichkeit der Persönlichkeiten, die zurzeit in der „Freis. Ztg." das Wort führen, daß sie in kritischen Lagen Tatsachen zu schaffen suchen, indem sie sie der freisinnigen Wählerschaft als geschehen verkünden. Die „Volkszeitung" hatte schon einmal Gelegenheit, diese eigentümliche Taktik festzulegen, als die „Freis. Ztg." und die offizielle Parteileitung die Bildung eines Landtagsausschusses für Charlottenburg unter dem Vorsitze einer bestimmten Persönlichkeit meldete, während in Wahrheit gar nichts geschehen war und bei der nachherigen Bildung des Ausschusses wirklich eine ganz andere Person gewählt wurde. Jetzt meldet dieselbe „Freis. Ztg.": Versammlungen der Vertrauensmänner der freisinnigen Volkspartei, die letzter Tage in den betreffenden Berliner Landtagswahlkreisen stattfanden, haben beschlossen, den Wahlmännern die Kandidaturen nachfolgender Herren zu empfehlen. Und es folgt dann für jeden Wahlkreis der Name des einzigen, von den dirigierenden drei Herren der Zentralstelle — Kopsch, Wiemer, Fischbeck — schon seit Monaten festgelegten Kandidaten, z. B. für den zweiten Wahlkreis des Herrn Gerschel usw. Es wäre wertvoll, wenn die Parteileitung auch bekannt gäbe, wo eigentlich die „große" Vertrauensmännerversammlung des zweiten Berliner Landtagswahlkreises stattgefunden hat, wann und wer denn eigentlich zu dieser Versammlung der Vertrauensmänner des Kreises geladen wurde. Hunderte von Anhängern der freisinnigen Volkspartei in Berlin, die bei allen früheren Wahlen als Wahlmänner und Vertrauensmänner tätig gewesen sind, haben jeden Tag auf die übliche Einladung zu den Versammlungen der Vertrauensmänner gewartet, um an dieser hierzu berufenen Stelle ihre politische Ansichten über die Personen der Kandidaten zum Ausdruck zu bringen und die nur ihnen — nicht einzelnen „einflußreichen" Herren — zustehende Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen. In einzelnen der großen Bezirksvereine, die in dem zweiten Wahlkreis den Rahmen für die Organisation bilden, wurde vor kurzem noch von den Vorsitzenden berichtet: es sei noch gar nichts Definitives beschlossen, nur Herr Fasquel habe einmal sechs (!) Herren aus den Vorständen der einschlägigen Bezirksvereine eingeladen, die wieder erst ihre zuständigen Vereine befragen und dann den Wählern Vorschläge unterbreiten würden. Sollten beispielsweise im zweiten Wahlkreise diese sechs Herren unter Leitung des Herrn Fasquel die „Versammlung der Vertrauensmänner des zweiten Berliner Landtagswahlkreises" darstellen? Ist es vielleicht in den anderen elf Kreisen teilweise ähnlich bestellt gewesen?"

Wir finden das Aufstellungsverfahren echt freisinnig-mugdanesisch.

Triumph der Aufschneiderei.

Man kann den Freisinnigen nicht verdenken, daß sie zur bevorstehenden Landtagswahl Geld sammeln und eine „dringende Bitte" nach der anderen hinausschicken; allzu kurios sind aber darin die Anpreisungen ihrer Verdienste um die Freiheit, als daß wir unseren Lesern nicht zur Erheiterung einige Stellen daraus mitteilen sollten. So heißt es zum Beispiel in einer Bitte um Geld des „Vorstandes des Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise" (Vorsitzender Herr Kreitling):

„Bisher war Berlin ausschließlich durch Abgeordnete der „Freisinnigen Volkspartei" vertreten. Das muß auch ferner so bleiben, denn die Freisinnige Volkspartei ist die Vorkämpferin für wahre bürgerliche Freiheit und Volkswohlfahrt."

Eine solche Aufschneiderei! —

Eine Probe für die „Wahlrechtsfreunde".

Die Parteiorganisation von Danzig-Stadt will den freisinnigen „Wahlfreunden" eine neue Gelegenheit zur Probe auf das Exempel ihrer volksfreundlichen Ehrlichkeit bieten. Sie hat an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Danzig den Antrag gestellt: Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung mögen beschließen: „An den preußischen Landtag ist ein Antrag zu richten, der die Beseitigung des jetzigen Kommunalwahlrechts in Preußen und an dessen Stelle die Einführung des freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts, zum mindesten aber seine Ersetzung durch das Reichstagswahlrecht, fordert."

Nachspiel zum Journalistenstreik.

Der schöne Titel, mit dem der grobe Herr Gröber die Reichstagsjournalisten belegt hat, scheint selbst bei den Redakteuren der „Germania" Anstoß erregt zu haben; denn die Verlegerin des Zentrumsorgans, die Aktiengesellschaft „Germania" macht im „Reichsanzeiger" bekannt: „Aus dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft ist der Landgerichtsdirektor Adolf Gröber in Heilbronn ausgeschieden."

Auch den Zentrumsjournalisten erscheint demnach der Gröber zu grob.

Göttliche Weltordnung.

Daß wir in der herrlichsten der Weltenordnung leben, beweist eine Verhandlung vor dem Duisburger Schwurgericht. Dort hatte sich wegen Straßenraubes der Hafenarbeiter Jakob Bartoß aus Duisburg zu verantworten. B. hatte einem Fräulein Zeppenfeld ein Handtäschchen geraubt und damit zirka 50 M. erlangt. B. war bis dahin immer in Arbeit und stets ein fleißiger Arbeiter gewesen. Wegen des hohen Eisganges war er stellenlos geworden. In seinem Hause herrschte die bitterste Not. Sein einziges Kind lag sterbenskrank danieder und hatte große Kosten verursacht. Seine sich um sein Schicksal bitter grämende Ehefrau hatte ihn am 22. Januar nach Arbeit oder Geld ausgeschickt. 70 Pfennige waren sein ganzes Vermögen. Mit diesem Gelde war er nach Mülheim gegangen, um zu versuchen, bei der Firma Thyssen Arbeit zu bekommen, doch wurde er dort wegen Arbeitsmangels zurückgewiesen, worauf er in seiner Verzweiflung zum Straßenräuber wurde. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Die bürgerlichen Blätter bemerken lakonisch: Wohl noch nie hat eine solche Schilderung sozialen Elends im Schwurgerichtssaale stattgefunden.

Die Städte und die Kohlenteuerung.

Bei der Beratung des Karlsruher Haushaltsetats erklärte der Oberbürgermeister Siegrist, die Erhöhung des Kohlenpreises um nur 1 M. pro Tonne verursache der Stadt Karlsruhe 54 000 M. Mehrkosten, da sie jährlich etwa 54 000 Tonnen Kohlen benötige. Durch den Zolltarif und die Erschwerung der Vieh- und Fleischeinfuhr würden die Städte stark geschädigt, daß sie ihren Beamten und Arbeitern die höheren Ausgaben für die verteuerten Lebensmittel in Form von Gehalts- und Lohnzulagen wieder vergüten müßten. Es sei zu bedauern, daß bezüglich der Preistreiberei für die Kohlen die Regierungen versagen. Der Stadtv. Mainiger, Besitzer einer großen Bierbrauerei, bemerkte, man habe kaum eine Ahnung, wie der Zolltarif die Futtermittel verteuert habe. — Als die Sozialdemokratie vor sechs Jahren das gleiche prophezeite, hat man sie der Uebertreibung bezichtigt!

Oesterreich.

Der konfiszierte Wahrmund.

Wien, 8. April. Das Oberlandesgericht hat der Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das Erkenntnis des Landesgerichts in der Angelegenheit der Broschüre Professor Wahrmunds stattgegeben und die Konfiskation der Broschüre im alten Umfange wieder hergestellt.

Studenten gegen die Ausweisungsbarbarei.

Lemberg, 8. April. Die Polizei hat zwei aus Russisch-Polen stammende Hörer der Universität aufgefordert, binnen 8 Tagen Oesterreich zu verlassen. Ebenso ist zwei russisch-polnischen Hörern der technischen Hochschule die Ausweisung angekündigt worden. Die Studenten veranstalteten eine Kundgebung, bei der es zu lärmenden Auftritten kam. —

Frankreich.

Eine Debatte über die innere Politik.

Paris, 6. April. (Eig. Ber.)

Jaurès hat heute, angesichts der bevorstehenden Gemeinderatswahlen, von Clemenceau Rechenschaft über die Ausführung oder genauer Nichtausführung des Regierungsprogramms gefordert. In einer eindringlichen Rede zeigte er die schuldhafte Verschleppung der am Beginn der Legislaturperiode angekündigten Reformen und appellierte noch einmal an die bürgerliche Linke, die zweideutige Situation durch eine offene Erklärung zu klären. Clemenceaus folgende Erwiderung war zwar ihrem Ideengehalt nach nur eine durch die Zutat kleiner Bosheiten genießbar gemachter schwächlicher Aufguß längst ausgelaugter Argumente. Vom Hinweis auf den einstigen Ministerialismus Jaurès' bis zur „philosophischen" Betrachtung über die Unmöglichkeit, das angeblich vom Sozialismus versprochene Paradies auf Erden zu verwirklichen, fehlte nicht einer der vulgärdemokratischen Gassenhauer, mit denen der geistreiche Zyniker seine Republikaner zum besten hat. Aber politisch war die Sprache des Ministerpräsidenten diesmal klüger als sonst, weil er seine Nerven zu beherrschen wußte und den Mißvergnügten auf der Linken keine Blöße bot. Kriegslustig waren freilich die Abgeordneten, die in die Ferien gehen und auch daheim in die Wahlagitation eingreifen wollen, ohnehin nicht und so war der Ausgang nicht zweifelhaft, als Clemenceau treuherzig versichert hatte, er wolle eine Mehrheit, die links bei den „unabhängigen" Sozialisten beginne und bis zur demokratischen Linken reiche. Als sie einander in der Mogelei fanden, verstanden sie sich gleich. . . . Nebenbei: Bei der Aufzählung seiner „Leistungen" berief sich der Minister namentlich darauf, daß er — Briand und Viviani zu Ministern gemacht habe. . . . In seiner Replik entwarf Jaurès noch ein treffendes Porträt des heute auf „positive Arbeit" so versessenen „freiheitlichen" Politikers Clemenceau, dessen ganze Laufbahn darin bestanden hat, erst Regierungen und nunmehr Regierte zu terrorisieren. Auch gedachte er mit heißen Worten der von einem herrschsüchtigen Unternehmertum dem Hunger preisgegebenen Bauarbeiter, deren Los die ungeheueren Aufgaben beleuchtet, die der Demokratie gestellt sind. Das war, wie die bürgerlichen Beurteiler wohl sagen werden, eine Rede „zum Fenster hinaus". Das mußte in der Tat ihre Bestimmung werden, nachdem sie den Bourgeoisrepublikanern zum einen Ohr hinein und zum anderen wieder hinausgegangen war. —

Portugal.

Die Wahlunruhen.

Wie umfangreich die Unruhen gewesen sein müssen, zeigt die Tatsache, daß die Zahl der Verhafteten 500—600 weit übersteigt. Die Verhafteten wurden in die Festung Caxias, wo auch Franco seine Feinde einkerkern ließ, in Untersuchungshaft gebracht. Lissabon gleicht einer belagerten Stadt. Die öffentlichen Plätze sind mit Truppen besetzt, die mit Maschinengewehren ausgerüstet sind. Die Zahl der Erschossenen wird mit 6 angegeben; 15 Personen wurden lebensgefährlich, über 100 mehr oder minder schwer verletzt. Die Republikaner erklären, für die Unruhen nicht verantwortlich zu sein und richten die heftigsten Angriffe gegen die skandalösen Wahlfälschungen der Regierung. —

England.

Der Ministerwechsel.

London, 8. April. „Daily Chronicle" zufolge werden in dem Kabinett voraussichtlich folgende Aenderungen eintreten: Lloyd-George wird das Schatzamt, Earl of Crewe das Kolonialamt, Churchill das Handelsamt übernehmen, Lord Tweedmouth wird Lordpräsident des Geheimen Rats und Mc Kenna Erster Lord der Admiralität werden.

Lord Tweedmouth erhielte demnach ein rein dekoratives Amt, das ihm das Verlassen des Marineministeriums erleichtern soll. Das kommt davon, wenn man in seiner Korrespondenz nicht vorsichtig genug ist. —

Gut erzogen.

Die Bemerkungen einiger Zeitungen, die es tadelten, daß der König zur Zeit eines Ministerwechsels sich auf Reisen befinde, haben raschen Erfolg gehabt. Wie aus Biarritz telegraphiert wird, wird König Eduard seine Reise abbrechen und bereits am 15. April die Heimreise antreten, um sofort nach seiner Rückkehr einem Ministerrate zu präsidieren. —

Türkei.

Die mazedonischen Reformen.

Die englische Antwort auf die russischen Vorschläge akzeptiert zwar diese im wesentlichen, legt aber noch besonderen Nachdruck auf schleunige Durchführung der Justizreformen und der Finanzreform. Englands Vorschläge gehen hier im wesentlichen dahin, daß die mazedonischen Steuern nur für die Durchführung der Reformen verwendet werden dürfen, während die pünktliche Bezahlung der von der Türkei unterhaltenen bewaffneten Macht Aufgabe der Pforte sei. England droht dabei der Türkei, im Falle sie den Reformen neue Hindernisse bereite, seine Zustimmung zur Erhebung des dreiprozentigen Zuschlagzolles auf die türkische Einfuhr zu widerrufen.

Das energische Eintreten Englands für Reformen hat ihm wieder die Sympathie der Balkanvölker gebracht. In einer gestern in Sofia abgehaltenen und von etwa zehntausend Personen besuchten Versammlung wurde der englischen Regierung der aufrichtigste Dank für ihren Vorschlag ausgedrückt, der reelle Reformen für Mazedonien vorsehe. Die englische Regierung wurde ersucht, auf der Durchführung ihres Vorschlages zu beharren, der einzig und allein Ordnung und Frieden in Mazedonien dadurch gewährleisten werde, daß er die im Artikel 23 des Berliner Vertrages vorgesehenen politischen Rechte verbürge. Die Nichtanwendung dieses Artikels habe in den letzten 30 Jahren die Vernichtung von 30000 Menschenleben verschuldet.

Vom Militarismus.

Die imperialistische Politik der Republikaner beginnt selbst in dem reichen Amerika Besorgnisse zu erregen. Im Senat erhob Maine, der Vorsitzende der Kommission für Marineangelegenheiten, lebhaften Einspruch gegen das Anwachsen der militärischen Ausgaben und erklärte, dies würde ein Defizit herbeiführen. Sein Antrag, die Angelegenhit nochmals zu erwägen, wurde zur Besprechung gestellt. Doch wurden die militärischen Ausgaben, die in diesem Jahre um 20 Millionen Dollars höher sind, schließlich bewilligt. Auch gegen die militärischen Pläne des Kriegsministers Taft, die auf eine Verdoppelung des stehenden Heeres hinauslaufen, erhob sich lebhafter Widerspruch. —

Amerika.

Die unabhängige Arbeiterpartei.

Genosse Adolf Hepner (New York), der sich jetzt kurze Zeit in Deutschland aufhält, schreibt uns:

Der Austritt eines Teiles der organisierten Arbeiterschaft aus der „American Federation of Labour" ist ein Ereignis, das die amerikanischen Sozialisten schon seit Monaten mit Spannung erwarteten. Der Austritt ist verursacht durch die Weigerung des Exekutivkomitees, an dessen Spitze die alten konservativen Gewerkschaftler Gompers und Mitchell stehen, eine selbständige politische Arbeiterpartei zu gründen. Die Notwendigkeit einer unabhängigen Arbeiterpolitik ist aber den amerikanischen Arbeitern sehr deutlich demonstriert worden durch die Entscheidung des obersten Gerichtshofs, der auf Grund der Shermanakte, die sich gegen alle Verabredungen zur Einschränkung der freien Konkurrenz richtet, den Gewerkschaften den Boykott untersagte und so die Arbeiter plötzlich eines wichtigen Kampfmittels beraubte. Diese Entscheidung wurde Mitte Januar 1908 gefällt und in sozialistischen Kreisen wurde nun sicher erwartet, daß die „Federation of Labour" ihre alte Schaukelpolitik zwischen den Republikanern und Demokraten werde aufgeben müssen.

Die deutschen Gewerkschaften (wie die der Möbelarbeiter z. B.) hatten auf einen Moment wie diesen seit Jahren gewartet; ihre wiederholten Anträge auf eine unabhängige Politik in den Jahres- und Generalversammlungen der „American Federation of Labour" waren regelmäßig am Widerstande von Gompers, Mitchell und Genossen gescheitert. Als ich vor etwa 15 Jahren Gompers hierüber interpellierte, erwiderte er: „Ich bin kein Führer in dem Sinne, wie Sie es wünschen; ich schiebe nicht, sondern lasse mich schieben. Wenn die Mehrheit den Beschluß faßt, daß der Verband selbständige Arbeiterpolitik treibe, bin ich dabei; die Minderheit, Eure Leute, unterstütze ich nicht."

Am Tage vor meiner Abreise aus St. Louis, als ich mit Genossen Höhn in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" die Situation besprach, erinnerte mich Höhn an jenes Gespräch mit Gompers, das auch ich noch im Gedächtnis hatte.

Ich möchte nun nicht gerade behaupten, daß es — wie es in der gestrigen Depesche gesagt wird — gerade „600 000" Arbeiter sind, die sich von der „American Federation of Labour" losgesagt haben, um in die sozialistische Arbeiterpartei einzutreten.

Denn ich habe mir längst angewöhnt, Schätzungsziffern durch 3 zu dividieren, besonders wenn sie von einem amerikanischen Reporter kommen.

Aber auch dann ist dieser Anfang ausgezeichnet. Ist der Stein erst einmal ins Rollen gekommen, so läuft er — in Amerika — wunderbar rasch.

Das Postscheckgesetz vor der Budget-Kommission.

(Sitzung vom 8. April 1908.)

Heute früh 9 Uhr setzte die Budgetkommission die Weiterberatung des Postscheckgesetzes fort. Wenn nicht Osterferien einträten und eine Steigerung der Sitzungsdauer noch möglich wäre, müßten den Abgeordneten Hausschlüssel vom Reichstagsgebäude ausgehändigt werden, damit sie im Notfall ihre Arbeit beginnen können, noch bevor die Bäckerjungen das Kaffeebrot in die Häuser tragen. Die Debatte war noch sehr umfangreich, im Resultat aber ergebnislos, denn es blieb fast durchgängig bei der Regierungsvorlage.

Erzberger erklärte für das Zentrum, daß es für den sozialdemokratischen Antrag, welcher die Verordnung zur Genehmigung dem Reichstag unterbreitet wissen will, stimmen werde, wenn die Regierung ablehne, die Gebührenfestsetzung in das Dispositiv des Etats aufzunehmen. Im weiteren spricht er sich gegen Herabsetzung der Gebühren aus.

Unterstaatssekretär Twele erklärt den sozialdemokratischen Antrag für ebenso unannehmbar, wie den Zentrumsantrag. Mehr als die Verordnung dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorzulegen, könne die Regierung nicht tun. Würde einer der beiden Anträge angenommen, dann sei das Gesetz in Frage gestellt, da die Regierung vorerst auf eine gesetzliche Festlegung der Gebühren nicht eingehe. Kraetke teilt mit, daß mit Bayern und Württemberg Verhandlungen gepflogen worden seien, dort werde zu gleicher Zeit wie im übrigen Reich der Postscheckverkehr eingerichtet. In Bayern wird an jedem Sitz einer Oberpostdirektion ein Scheckamt errichtet. — Weiter polemisiert Kraetke gegen Herabsetzung der Gebühren. Kaempf ist zufrieden, wenn die Verordnung zur Kenntnis vorgelegt wird; er spricht sich nochmals für niedrige Gebühren aus, will aber keine Verzinsung der Einlagen. Geschäfte, welche im Jahre mehr als 1000 Buchungen veranlassen, sollen gehalten sein, höhere Einlagen zu machen.

Beck (natl.) verlangt in einer Resolution, daß die höheren Gebühren für die über 500 hinausgehenden Buchungen in Wegfall kommen und Kreth begründet nochmals seinen Standpunkt, den Scheckverkehr bei der Post nicht zu erleichtern.

Genosse Eichhorn wendet sich gegen Twele und polemisiert ausführlich gegen die Einwendungen gegenüber den sozialdemokratischen Anträgen. Insbesondere hebt er hervor, daß die Post mit der Einrichtung doch wesentlich auch den Zweck verfolgt, große Betriebskapitalien zur Verfügung zu haben, die nicht nur der Post allein dienstbar sein würden. Soll dieser Zweck erreicht werden, bleibt eben gar nichts anderes übrig, als eine mäßige Verzinsung eintreten zu lassen. Die Furcht vor einer Konkurrenz gegen die Kreditgenossenschaften, Genossenschaftsbanken und Sparkassen sei unbegründet, deren Hauptaufgaben liegen auf einem ganz anderen Gebiete.

Nach weiteren Reden der Abgg. Racken und Kaempf und des Staatssekretärs Kraetke wird zur Abstimmung geschritten. Die beiden sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, ebenso die Anträge Kaempf, welche die Gebühren auf 3 Pf. herabsetzen und für einen gewissen Buchungsüberschuß höhere Einlagen vorsehen wollen. Die nationalliberale Resolution wird erst mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen, dann stellt sich heraus, daß sich Raab geirrt hat; in der neuen Abstimmung bleibts bei der Regierungsvorlage, nur daß für Barrückzahlungen außer der Gebühr von 5 Pf. $^1/_{10}$ pro Mille, statt $^1/_8$ pro Mille vom zurückgezahlten Kapital berechnet werden. Die Probezeit soll bis 1912 dauern, statt bis 1914 wie die Regierung vorgeschlagen. Damit ist die prinzipielle Seite der Vorlage erledigt; die daraus resultierenden Etatspositionen werden nach unerheblicher Debatte genehmigt.

Die Budgetkommission soll nun nach den Osterferien noch über die Anleihegrundsätze, das heißt über die Frage beraten, welche Ausgaben auf Anleihe genommen werden sollen.

Außerdem sind noch die auf Erweiterung der Veteranenbeihülfen gerichteten Anträge zu erledigen.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission.

In drei Sitzungen beschäftigte sich die Kommission mit der Prüfung der Wahl des konservativen Abgeordneten Henning, Wahlkreis Kalau-Luckau. Henning erhielt bei der Hauptwahl am 25. Juni 1907 eine Stimmenzahl von 15 346, der sozialdemokratische Kandidat 9059, der freisinnige 5296, der polnische 574. Henning hat 204 Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten. Gegen die Wahl ist Protest eingelegt worden.

Aus den Akten wurde zunächst die gesetzwidrige Einteilung der Wahlbezirke in der Stadt Finsterwalde festgestellt. Die Wahlbezirke sind in Finsterwalde wohl räumlich abgegrenzt worden, wie es § 6 des Wahlgesetzes vorschreibt, auch waren für die einzelnen Wahlbezirke besondere Wahllokale bestimmt, aber diese räumliche Abgrenzung wurde wieder aufgehoben dadurch, daß der Bürgermeister die Wählerlisten nach dem Alphabet aufstellen ließ und daß die bis zu einem bestimmten Buchstaben alphabetisch eingetragenen Wähler in einem der Wahllokale wählen mußten, obgleich sie in einem anderen Wahlbezirk wohnten. Diese Gesetzwidrigkeit wurde für erheblich erklärt und die Kassation des Wahlaktes beschlossen. Durch diesen Beschluß würde indes die Mehrheit für Henning erhöht, da in Finsterwalde der sozialdemokratische Kandidat die übergroße Stimmenzahl erhalten hatte.

Aus den Akten wurde weiter festgestellt, daß die Wählerlisten im Wahlkreise oft sehr unvollständig, also leichtfertig hergestellt waren; doch führte das nicht zu Weiterungen.

Als wesentlichsten Punkt des Protestes heben wir hervor, daß durch ein beigelegtes Wahlflugblatt für Henning nachgewiesen wurde, daß fünf Bürgermeister, sowie vierzehn Amtsvorsteher und Gemeindevorstände des Kreises Luckau den Aufruf unter Beifügung ihres Amtscharakters unterzeichnet haben.

Trotz der Entscheidung des Plenums in Falle Enders, Sonneberg, erklärte die Kommission mit sechs gegen vier Stimmen, dies nach dem Antrage des freisinnigen Referenten für eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung, die die Kassation der Wahl im Bezirke Luckau zur Folge haben muß. Im Plenum wird diese Wiederherstellung der früheren Praxis jedenfalls eine sehr lebhafte Auseinandersetzung nach sich ziehen.

Der Protest behauptet dann weiter, in Moyra sei vom Gemeindevorstand bekannt gegeben worden, daß die Wahl von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr stattfinde. Auch das wurde für erheblich erklärt; ebenso, daß in Bahnsdorf ein Konservativer für Erkrankte gewählt haben soll.

Nach den für erheblich befundenen Monita soll nunmehr der Referent eine Berechnung aufstellen, nach der nach den Ferien die endgültige Entscheidung der Kommission über diese Wahlerfolgen soll.

Aus der Partei.

Die Verfolgung der rumänischen Sozialdemokratie.

Bukarest, 31. März. (Eig. Ber.)

Nochmals der Fall Rakovski. Bekanntlich weilt unser Genosse Rakovski, der Führer der rumänischen Arbeiterbewegung, seit Juli vorigen Jahres im Auslande, da die rumänische Regierung alle Grenzen für ihn hermetisch verschlossen hat. Sein Bildnis ist in 40 000 Exemplaren gedruckt und an alle Grenzwächter, Spitzel und Gendarmen verteilt worden, damit R. gleich nach seinem Erscheinen dingfest gemacht und laut der bei allen 32 Präfekturen des Landes liegenden „geheimen Instruktionen" ins Jenseits spediert wird. Was mag denn den rumänischen Machthabern dies fürchterliche Grauen vor dem Menschenkinde Rakovski eingejagt haben? Einerseits ist es die Befürchtung, daß die Arbeiterpartei nach ihrer Wiedervereinigung mit dem Führer zu einer energischen Aktion gegen das herrschende Franco-Regiment übergehen wird; andererseits die Befürchtung, daß Rakovski bei der gerichtlichen Behandlung seines Falles die Fälschungen, Gesetzesübertretungen der Bande Bratianu-Radejde-Stelian aufdecken und so die Gesamtregierung durch ein Urteil des Kassationshofes bloßstellen wird.

Nun ist aber der Fall Rakovski auch in seiner Abwesenheit vor Gericht gelangt. Die Regierung hat nämlich, statt sich mit den begangenen Gesetzlosigkeiten zu begnügen, tölpelhafterweise die Streichung Rakovskis aus den Wählerlisten veranlaßt. Dagegen hat R. dem Constanzaer Gerichtshofe eine Berufung eingesandt und mit seiner Verteidigung zwei Advokaten, versehen mit vom rumänischen Konsulat zu Rom authentifizierten Vollmachten, beauftragt. Die Regierung, in Gefahr für alle ihre Machenschaften vor Gericht Rede stehen zu müssen, verweigerte aber feigerweise, die Unterschrift des römischen Konsuls zu legalisieren, so daß das Gericht die Vollmacht Rakovskis nicht anerkannte, unseren Genossen als nicht vertreten betrachtete und die Berufung verwarf. Die Sache gelangt nur vor den Kassationshof und alle Welt ist gespannt zu sehen, ob es noch Richter in Rumänien gibt.

Das ergötzliche an der Sache war die Furcht des Präfekten von Constanza, des berühmten Aktenfälschers Varnov, daß R. am Verhandlungstage, 18. März, persönlich vor Gericht auftauchen werde. Vor Entsetzen ließ er sämtliche Regimenter und die Polizeimannschaften mobilisieren, ja er ließ sich sogar aus Bukarest ein Spitzeldetachement senden. Nun ist der brave Mann dem Himmel dankbar, daß sich der Kassationshof nicht in Constanza, sondern in Bukarest befindet, wo allenfalls genügend Militär vorhanden ist, um die Regierung vor Rakovski zu schützen.

Mißglückter Versuch, die Universitäten in den Kampf gegen die Arbeiterbewegung hineinzuzerren. Genosse M. Gh. Bujor, Redakteur unseres Zentralorgans „Romania Muncitoare" (das arbeitende Rumänien) in Bukarest und Mitredakteur unserer Monatsschrift „Viitoral Social" (die soziale Zukunft) zu Jassy, ist zugleich Student der Rechte an der Jassyer Universität. Die Arbeiterbewegung auch dieses Führers zu berauben, Bujor zu verfolgen und zu ächten, das war das edle Vorhaben diesmal des Unterrichtsministers Spiru Haret, dieses verlogenen Hanswurstes, der noch vor Jahresfrist, als er in der Opposition stand, eine berühmt gewordene aufrührerische Broschüre an die Bauern verteilen ließ. Herr Haret stellte an den Senat der Jassyer Universität das Ansinnen, Bujor, weil er in Bukarest die Arbeiter „aufhetze" und in Jassy die „anarchistische" Zeitschrift „Viitoral Social" redigiere, zu relegieren. Der Senat lehnte es jedoch ab, auf die Sache einzugehen und antwortete Haret, er möge ihm die Artikel des „Viitoral Social" bezeichnen, die „anarchistisch" seien. Da hat nun der Herr Minister eine harte Nuß zu knacken, denn der „V. S." ist eine rein wissenschaftliche marxistische Zeitschrift. Wahrscheinlich aber kennt Herr Haret sie nur aus den Berichten des liberalen Sudelblattes „Voinza Nationala".

•

Ausweisungen. Die trockene Guillotine funktioniert unaufhörlich weiter, raubt Kindern und Eltern ihre Ernährer und legt der Arbeiterschaft Opfer über Opfer auf. Die Bewegung richtet sich aber darauf ein und leistet Heroisches in Selbstbeherrschung und Resignation. Es ist unmöglich, alle Fälle einzeln anzuführen. Einige aber sind durch die Nichtigkeit ihrer Beweggründe typisch für die Sozialistenhetzereien an der Donau. Aus Botoschany wurden dieser Tage zwei junge Leute, ein Bursche und ein Mädchen, fast Kinder noch, ausgewiesen. Ein Barbier wurde ausgewiesen, weil er auch Sozialisten, nicht nur Nichtsozialisten, rasierte! Solcher lächerlichen Brutalität würden sich sicherlich selbst die russischen Schergen schämen.

Unsere Toten.

In Halberstadt starb der Genosse Aug. Ibe im Alter von 65 Jahren. Noch zu Lebzeiten Lassalles schloß er sich als junger Maurergeselle der Arbeiterbewegung an. Und seitdem ist er ihr treu geblieben bis zum Tode. Trotz häufiger Maßregelungen, die seine wirtschaftliche Lage sehr trübe gestalteten, hat sein Eifer in der Parteiarbeit nie nachgelassen. Unterm Sozialistengesetz hat er die gefährlichsten und verantwortungsvollsten Posten ausgefüllt. Wenn es galt, den „Sozialdemokrat" zu verbreiten, dann war August Ibe als erster immer bereit. Viele Tausende Exemplare dieser damals bestgehaßten Waffe der verfemten Partei wurde manches Mal von Halberstadt aus nach allen Teilen Deutschlands versandt, und bei dieser Arbeit, bei der nur die zuverlässigsten und mutigsten Genossen gebraucht werden konnten, war August Ibe immer der zuverlässigste und mutigste.

In Borne (Provinz Sachsen) starb der Berginvalide Genosse Eduard Schünhoff, ebenfalls ein verdienter Veteran der Arbeiterbewegung, der er seit Ende der 60er Jahre angehörte. Bei den Faschingswahlen 1887 wurde er mit noch sechs anderen auf das Straßenpflaster geworfen. Das hielt ihn nicht ab, nach wie vor für die Partei zu wirken. Ehre dem Andenken der beiden Veteranen!

Warnung! Zurzeit treibt sich in Südbayern ein Subjekt herum, das unter dem Namen Karl Schmitz, Schneider, auf Grund eines Verbandsbuches und einer Legitimation, scheinbar ausgestellt vom Vorsitzenden des Ortsvereins Reichenhall, insbesondere bei den Parteigenossen betrügerische Bettelesten betreibt. Zuletzt war dieser Schmitz in Ottnzburg; er dürfte sich jetzt nach Nordbayern gewandt haben. Im Betretungsfalle wird ersucht, sofort das Verbandsbuch und die falsche Legitimation, unterzeichnet „Schwarz", abzunehmen.

Sozialdemokratische Partei Bayern, Gau Südbayern,
Hans Rimmerfall, Pasing, Kanalstr. 1 I.

Personalien. In die Redaktion der „Märkischen Volksstimme" in Kotibus ist der Genosse Karl Wendemuth aus Erfurt als dritter Redakteur eingetreten. Genosse Wendemuth besuchte die Parteischule und war kurze Zeit in der Redaktion des Sonneberger „Volksfreund" und der „Tribüne" in Erfurt tätig.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Verworfen wurde vom Landgericht Dresden die Berufung des Genossen Grötzsch von der „Sächsischen Arbeiterzeitung" gegen ein Schöffengerichtsurteil, das eine Strafverfügung über 100 Mark Geldstrafe wegen zweier angeblicher Boykottnotizen bestätigte. Der Fall ist insofern bemerkenswert, weil beide Notizen keinerlei Aufforderungen enthielten, sondern lediglich die Tatsache mitteilten, daß größere Lokale der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen. Die zweite Notiz war sogar eine Berichtigung, die besagte, in der Lokalliste sei der „Anker" in Laubegast zur Verfügung stehend aufgeführt. Es liege jedoch eine Verwechselung mit dem „Anker" in Tolkewitz vor. In Wirklichkeit stehe der „Anker" in Tolkewitz der Arbeiterschaft zur Verfügung, während der „Anker" in Laubegast der Arbeiterschaft verweigert werde.

Das Gericht sah auch in dieser Notiz, die unser Parteiblatt bringen mußte, um einen zu Unrecht Beschuldigten Genugtuung zu geben, die indirekte Aufforderung zum Boykott. Sächsische Justiz!

Der Genosse Höch von der „Volkszeitung" zu Düsseldorf wurde wegen angeblicher Beleidigung eines christlichen Gewerkschaftsbeamten zu 180 Mark Geldstrafe verurteilt.

Genosse Paul Kleefoth von der „Pfälzischen Post" zu Ludwigshafen wurde wegen angeblicher Beleidigung von Lehrern der Goetheschule zu 330 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein interessanter Preßprozeß, so berichtet man uns unterm 8. April aus Halle a. S., steht dem Genossen Däumig vom „Volksblatt" bevor. Wir berichteten am Dienstag unter der Spitzmarke: „Aus einer Edelschmiede" über einen erheblichen Einbruchsprozeß, in welcher der Edelschmied Wratzke, der zum Halleschen Kaisereinzug den Ehrenpokal geliefert hat, keine beneidenswerte Rolle spielte. Herr Wratzke, der mehrere fürstliche Aufträge zur Anfertigung von Hochzeitsgeschenken, Gedenktafeln, Diplomen usw. erhalten hat, wurde von der Strafkammer der Hehlerei für verdächtig erklärt, da er von einem zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Einbrecher in 6 bis 8 Fällen „altes Gold" gekauft hat. Mehrere wohlhabende Leute, die bei den Einbrüchen ihre Juwelen eingebüßt haben, sind sehr aufgeregt über das Verhalten des Ehrenpokalfabrikanten, der vor Gericht als Zeuge sogar zugab, dem Haupteinbrecher ein Probierfläschchen und Scheidewasser gegeben zu haben, damit dieser „beim Einkauf" die Goldteile probieren könne. Das „Volksblatt" machte zu den Einkäufen des Herrn Wratzke die „unloyale Bemerkung", ob sich denn solches Gold auch zu Ehrenpokalen eigne? Hierdurch fühlt sich der Edelschmied beleidigt und er hat heute ein Verfahren gegen das „Volksblatt" anhängig gemacht. Der Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten gegen W., obwohl er sechs bis achtmal „altes Gold" gekauft hat, wegen Hehlerei ab, das Gericht erklärte ihn der Hehlerei für verdächtig, und die Presse wird verfolgt. — Recht so; denn Recht muß Recht bleiben. Jedenfalls wird die Reinigung des Edelschmieds aber nicht ganz leicht vonstatten gehen.

Gewerkschaftliches.

Die Kanzel im Dienste des Unternehmertums.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, ist bekanntlich Gegner des Streiks. In Konsequenz dessen

müssen die arbeitslosen Mitglieder dann, wenn die Mitglieder der Gewerkschaften irgendwo zum Streik genötigt waren, Streikbrecherdienste leisten. Bei den vorjährigen Kämpfen der Berliner Bauarbeiter, Tischler, Draht- und Gießereiarbeiter (Thomas u. Keyling) betätigten sich die Herrschaften in diesem arbeiterverräterischen Geschäft praktisch.

Indes, nicht alle katholischen Arbeiter lassen sich so zum Verrat an ihrer eigenen Klasse mißbrauchen. So wurden gelegentlich des Bauarbeiterkampfes Mitglieder dieser Richtung vom Verbandsbureau, Kaiser-Straße 37, angehalten, Streikarbeit zu verrichten. Die Leute lehnten dies ab. Der Vorstand verweigerte darauf diesen Renitenten die Unterstützung. Auch dem Kassierer des katholischen Arbeitervereins der Piusgemeinde, Herrn Seydel, passierte dies. Die Entrüstung war darob groß. In den Versammlungen wurde die Verbandsleitung, insbesondere der Sekretär Göltz, schwer angegriffen. Um zu verhüten, daß derartige Fälle sich wiederholen, fängt man jetzt an, den Streikbruch von der Kanzel zu verherrlichen. Diese Mission scheint einem Moabiter Dominikanermönch zugefallen zu sein. Ein solcher leistete eine Probe seines Könnens auf diesem Gebiete gelegentlich einer Predigt, welche er in der auf dem Winterfeldtplatz gelegenen Kirche hielt.

In seiner Predigt behandelte er Feigheit und Menschenfurcht im Gegensatz zum Bekennermut.

Der biblische Pilatus beziehungsweise dessen Verhalten gegenüber dem Nazarener lieferten den Stoff, woran er die Feigheit und Menschenfurcht demonstrierte. Den Streikbruch verherrlichte er und ist nach ihm der Streikbruch der Ausfluß echten Bekennermutes!

Wörtlich führte er etwa folgendes aus:

„Ein nachahmungswertes Beispiel von Ueberzeugungstreue hatte ich im Laufe der Woche in Moabit an Arbeitern zu beobachten Gelegenheit. Unvernünftige Arbeiter einer dortigen Firma (die Hartungsche?) traten in den Ausstand. Der Firma gelang es, mit vernünftigen Arbeitern (Streikbrechern) den Betrieb zu besetzen. Darüber waren die Ausständigen sehr empört. Die vernünftigen Arbeiter hatten unter allerlei Schikane sehr zu leiden. Die Polizei nahm sie gegen die Ausständigen in Schutz. Wenn sich abends die Fabriktore öffneten, wurden die Arbeitswilligen von einem auf der Straße stehenden Pöbel unter Johlen und Schreien empfangen und verfolgt. Trotzdem kehrten sie an jedem Morgen wieder zu den Arbeitsstellen zurück. **An dem Verhalten dieser finden wir ein herrliches Beispiel von Ueberzeugungstreue und diesen Bekennermut.**"

Also eine vollständige Verherrlichung des Streikbruchs! Ob sich die so bearbeiteten katholischen Proletarier in Zukunft williger zum Streikbruch kommandieren lassen? Wir glauben es kaum! Nach Schluß der Predigt zeigte sich in den Kreisen der Predigtteilnehmer große Entrüstung über das Gerede des Gottesmannes. Ob aber das Mönchlein auch schon über die Konsequenz seiner Theorie nachgedacht hat? Was wollten die angeblich unvernünftigen Hartungschen Arbeiter? Eine Reduzierung ihres Verdienstes, womit sie der Unternehmer beehrt hatte, wollten sie abwehren. Im Hinblick auf die teueren Lebensmittelpreise waren sie zu dieser Abwehr um ihrer selbst willen gezwungen. Der Streik war also vollständig berechtigt. Wenn ihnen die Abwehr nicht gelingt, liegt die Schuld an den von dem Mönch glorifizierten Streikbrechern. Wenn aber nun den Arbeitern die Löhne reduziert werden, was folgt daraus? Die geringeren Einnahmen müssen auf andere Art ersetzt werden. Dies geschieht durch Einschränkung auf allen Gebieten, auch auf dem des heute schon so elenden Wohnungswesens. Und da vielfach zuerst. Es werden Logierleute angenommen. Die Folge davon ist eine weitere Steigerung des ohnehin schon so großen sittlichen und moralischen Elends. Ueber letzteres wettern aber die geistlichen Herren stets.

Resultat: Das Mönchlein und seine Gesinnungsgenossen jammern und heulen über eine unchristliche sittenlose Welt. Selbst fördern sie aber diese Sittenlosigkeit, indem sie Streikbrecher — also Menschen, die das Emporkommen der Arbeiterklasse systematisch unmöglich machen — als Tugendhelden glorifizieren. Ein größerer Widerspruch ist nicht leicht denkbar. Wie lange noch werden sich katholische Arbeiter als Streikbrecher, als Verräter ihrer eigenen Klassengenossen gebrauchen lassen?

Berlin und Umgegend.

Streiks und Lohnbewegungen des Textilarbeiterverbandes im Jahre 1907. Die industrielle Hochkonjunktur des Jahres 1907 kommt auch in den zahlreichen Lohnbewegungen, welche der Textilarbeiterverband in diesem Jahre zu führen hatte, zum Ausdruck. Forderungen wurden in 246 Fällen gestellt und zwar kamen dabei 168 Orte mit 754 Betrieben und 91 712 Beschäftigten in Betracht. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen zum Zwecke der Verbesserung der Arbeitsbedingungen fanden 164 in 85 Orten mit 504 Betrieben und 54 777 Beschäftigten statt. An diesen Bewegungen waren 37 949 Personen beteiligt. Die Unternehmer gehörten in 62 Orten der Unternehmerorganisation an. In 162 dieser Fälle wurden die Differenzen beigelegt infolge von Arbeitern angeregten Vergleichsverhandlungen. Die Organisationsinstanzen wurden in 36 Fällen zu den Verhandlungen zugezogen. Durch diese friedlichen Lohnbewegungen wurde erreicht: Für 17 454 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um 52 647 Stunden pro Woche und für 35 753 Beteiligte eine Lohnerhöhung um 44 339 M. pro Woche. Außerdem erhielten in 25 Fällen 4078 Beteiligte einen Lohnaufschlag für Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit. In fünf Fällen wurde für 1213 Beteiligte ein korporativer Arbeitsvertrag vereinbart. Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen zum Zwecke der Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen fanden 16 in 15 Orten mit 16 Betrieben und 2088 Beschäftigten statt. Beteiligt waren hieran 2095 Personen. In 14 dieser Orte gehören die Unternehmer ihrer Organisation an. 14 dieser Abwehrbewegungen mit 2070 Personen endeten mit vollem Erfolg. Abgewehrt wurde hierdurch für 107 Beteiligte eine Lohnreduktion von zusammen 306 M. pro Woche und in 12 Fällen mit 1964 Beteiligten Maßregelungen. Eine Bewegung endete ohne Erfolg. Angriffsstreiks wurden 38 ausgefochten. Dieselben dauerten zusammen 595 Tage. Beteiligt hieran waren 4303 männliche und 6745 weibliche, zusammen 11 048 Personen. Bei diesen Streiks entfielen auf die Beteiligten zusammen 95 715 Streiktage und 236 095 M. entgangener Arbeitsverdienst in dieser Zeit. Beendet wurden mit vollem Erfolg 21 mit 5239 Beteiligten, mit teilweisem Erfolg 12 mit 3780 Beteiligten und ohne Erfolg 4 mit 1674 Beteiligten. Ein Streik war am Ende des Jahres noch nicht beendet. Erreicht wurde durch die Streiks Verkürzung der Arbeitszeit für 5897 Personen zusammen 10 263 Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 7984 Personen von 9115 M. pro Woche und sonstige Vorteile in einem Fall mit 70 Beteiligten. Die Angriffsstreiks kosteten zusammen 90 190 M. Abwehrstreiks fanden 23 statt und dauerten diese zusammen 636 Tage. Beteiligt hieran waren 1242 männliche und 612 weibliche Personen, zusammen 1854. Die Beteiligten zählten zusammen 23 245 Streiktage und 63 820 M. Verlust an Arbeitsverdienst während des Streiks. Von diesen Abwehrstreiks endeten mit vollem Erfolg 8 mit 866 Beteiligten, mit teilweisem Erfolg 4 mit 218 Beteiligten und ohne Erfolg 10 mit 401 Beteiligten. Ein Kampf war am Schluß des Jahres noch nicht beendet. Abgewehrt wurde für 96 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit von zusammen 288 Stunden und für 825 Personen eine Herabsetzung des Lohnes um 653 M. pro Woche. Für 618 Personen wurden sonstige Verschlechterungen abgewehrt. Da 10 Abwehrstreiks erfolglos waren, trat für 110 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit um 385 Stunden, für 161 Personen eine Herabsetzung des Lohnes um 536 M. pro Woche und für 130 Personen sonstige Verschlechterungen ein. Die Abwehrstreiks kosteten dem Verband 37 158 M. Die Unternehmer sperrten in 5 Fällen aus. Die Aussperrungen dauerten zusammen 173 Tage. Hieran waren beteiligt 8637 männliche und 7136 weibliche, zusammen 15 773 Personen. Die Beteiligten hatten hierdurch einen Verlust an Arbeitszeit von 184 150 und außerdem 481 770 M. Verlust an Arbeitsverdienst. Von den Aussperrungen endeten erfolgreich für die Arbeiter 1 mit 2285, mit teilweisem Erfolg 2 mit 3130 und erfolglos 1 mit 208 Personen. Eine Aussperrung mit 10 150 Beteiligten war am Schluß des Jahres noch nicht beendet. Die Ausgaben des Verbandes für die 4 beendeten Aussperrungen betrugen 65 908 M. Für Streiks und Aussperrungen verausgabte der Verband insgesamt 193 256 M. gegen 453 482 M. im Jahre 1906.

Streik der Speichereiarbeiter.

Der Streik der Speicherarbeiter vom Lehrter Speicher dauert unverändert fort. Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden. Wohl aber ist zu verzeichnen, daß einige Wäger Streikarbeit verrichten, indem sie Getreide aus den Waggons auskarren. Der Unternehmer, Herr Dormer, hat noch einen zweiten Speicher in der Kaiserin-Augusta-Allee. Dieser ist mit maschinellen Ausladevorrichtungen versehen und wird dort die Arbeit in Stundenlohn ausgeführt. Die Kahnladungen, welche für den Lehrter Speicher bestimmt waren, sind nun infolge des letzten Streiks nach dem letztgenannten Speicher dirigiert worden. Die dort beschäftigten Lohnarbeiter weigerten sich jedoch, Streikarbeit zu verrichten und wurden deshalb bei der Betriebsleitung vorstellig. Hier erklärte man ihnen: Wem es nicht passe, der kann gehen! Die Lohnarbeiter haben sich daraufhin mit ihren streikenden Kollegen solidarisch erklärt und am Mittwoch früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Somit ruht jetzt die Arbeit auf beiden Speichern vollständig.

Achtung, Metallarbeiter! Die Sperre über die Firma Flohr, Chaussee-Straße, ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer! Bei der Firma Georg Karmann, Inhaber G. Kramer und O. Frohmann, Bamberger Straße 34, haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Karmann verlangt, daß sämtliche Arbeiten, auch solche, die im Tarif festgelegt sind, im Lohn ausgeführt werden. Da es sich hauptsächlich um altdeutsche Tarifarbeiten handelt und Karmann dadurch einen erheblichen Vorteil hat, die Kollegen aber Nachteil erleiden, konnten diese nicht darauf eingehen. In Frage kommen die Bauten Wilmersdorf, Kaiser-Allee, Süd-West-Korso, Nassauische Straße und Friedrichsfelde, Walderseestraße. Die Firma ist gesperrt. Die Verbandsleitung.

Achtung! Friseurgehülfen. Die Differenzen bei Wysocki-Rixdorf, Kaiser-Friedrich-Straße 244, sind beigelegt. Gesperrt für unsere Mitglieder: Zwolinski, Steinstr. 17; Zimming, Wattstr. 13; Poppe, Kottbuser Ufer 56. Kontrollkarte ist hellgrün mit weißem Rand.

Verband der Friseurgehülfen, Zweigverein und Vororte.
Paul Liere.

Deutsches Reich.

Werftarbeiteraussperrung in Hamburg!

Durch Verhandlungen zwischen den Verbandsfunktionären mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes wurden die Differenzen beigelegt. Die Forderung der Unternehmer, die Wiedereinstellung der Streikenden müsse durch das Arbeitsnachweisbureau der Arbeitgeber erfolgen, wurde zurückgezogen. Maßregelungen finden nicht statt.

Die Tarifverhandlungen für das rheinisch-westfälische Baugewerbe.

Essen, 7. April. Der Herrenstandpunkt der rheinisch-westfälischen Scharfmacher kam in den gestrigen Verhandlungen mal wieder recht zum Ausdruck. Die Arbeiter erklärten sich bei der Verhandlung über die Lohnfrage zur Beratung der Lohnparagraphen bereit, gaben jedoch kund, daß sie eine Aenderung ohne Lohnerhöhung nicht annehmen könnten. Die Arbeitgeber erklärten ihrerseits, und zwar mit aller Bestimmtheit, daß in Hinsicht auf die ungünstigen Geschäftsverhältnisse, die in vielen Etablissements schon Lohnverkürzungen veranlaßt hätten, sie eine Lohnerhöhung nicht bewilligen könnten.

Der Vermittelungsvorschlag des unparteiischen Vorsitzenden, Beigeordneten Dr. Wiedtfeldt, wurde von den Arbeitgebern darauf mit folgender Resolution abgelehnt:

> Der Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen spricht Herrn Dr. Wiedfeldt seinen Dank dafür aus, daß er den Vermittelungsvorschlag im Interesse einer Verständigung gemacht hat. Der Verein stimmt Herrn Dr. Wiedfeldt darin zu, daß sein Vorschlag auf den ersten Blick brauchbar erscheint, erklärt aber nach reiflicher Prüfung, daß dem Vorschlag so erhebliche Bedenken entgegenstehen, daß seine Annahme unmöglich ist. Infolge der früheren Uneinigkeit der Arbeitgeber sind die Löhne in den letzten Jahren den Verhältnissen nicht unerheblich vorausgeeilt. Das Baugewerbe bedarf daher einiger Jahre der ruhigen Fortentwickelung, ehe es weitere allgemeine Lohnerhöhungen verträgt. Wenn das Baugewerbe im Gegensatz zu den meisten Industrien trotz der äußerst ungünstigen Geschäftslage sich bereit erklärt hat, an den bisherigen hohen Löhnen festzuhalten, so glaubt es damit die Grenze des Möglichen erreicht zu haben. Abgesehen von der Schwierigkeit, überhaupt einen Maßstab für die Konjunktur zu finden, ist der Vorschlag auch aus dem Grunde unannehmbar, weil er nur in einseitiger Weise zugunsten der Arbeitnehmer die Möglichkeit von Lohnerhöhungen, nicht aber von Lohnherabsetzungen bei weiterem Rückgang der Konjunktur vorsieht. Unter Berücksichtigung aller Verhältnisse erwarten die Arbeitgeber von der Einsicht der Arbeiterführer die Genehmigung des vorgeschlagenen Vertrages zu den bestehenden Lohnsätzen, **andernfalls würden die Arbeiterführer die Verantwortung für den bevorstehenden Lohnkampf zu tragen haben.**

Die Resolution war bereits vorher fertiggestellt, und macht unter diesen Umständen den Eindruck, als läge den Unternehmern im Ernst nicht viel an einer Einigung. Die Arbeitnehmer erklärten, sich nicht über die Resolution äußern zu können.

Die Schuhmacher in Köln haben am Dienstag die Arbeit eingestellt. Die Innung hatte zunächst den von dem freien und dem „christlichen" Verband eingereichten Tarif rundweg abgelehnt. Erst als die Gehülfen darauf die Kündigung einreichten, bequemte man sich zu Verhandlungen. Der Mindestlohn betrug bisher 3,50 M. für alle Lohnklassen. Nach dem zwischen den Gehülfen- und den Arbeitgeberorganisationen entworfenen Tarif soll der Mindestlohn in den drei Klassen für die Folge 4,50 M., 4 M. und 3,50 M. betragen. Eine von den Gehülfenverbänden gemeinsam abgehaltene Versammlung lehnte aber die weiteren Bedingungen der Meister, die jeden Gehülfen nach ihrem Belieben einer Lohnklasse zuweisen und ferner bei Lieferung der Zutaten erhebliche Abzüge am Stücklohn machen wollen, ab und beschloß, bei allen Meistern, die den Tarif nicht anerkennen, die Arbeit einzustellen.

Ein Freisinniger empfiehlt Prügel für Streikposten.

Während des Brauerstreiks in Augsburg hat ein Braumeister einen ruhig dastehenden Streikposten mißhandelt, und zwar auf Befehl des Unternehmers. Da der Staatsanwalt die Klage gegen den Täter nicht erhob, mußte der Mißhandelte Privatklage anstrengen. Die Verhandlung selbst wurde zwar ausgesetzt; aber sehr bemerkenswert sind einige Aeußerungen des Verteidigers des rohen Unternehmerknechts. Der freisinnige Rechtsanwalt Rottenhöfer meinte, das Streikpostenstehen sei ja leider erlaubt, aber lange werde es ja nicht mehr dauern; immerhin seien Ohrfeigen das richtige Mittel für Streikposten, darüber bestehe für ihn kein Zweifel.

So denken sie alle diese Freisinnigen und Liberalen, nur sind nicht alle so ehrlich, es in so brutaler Weise auszusprechen!

Ein Gewerkschaftssekretariat, dem die Aufgabe zugewiesen ist, die gewerkschaftliche Bewegung in jenen durchwegs ländlichen, aber stark mit Industrie durchsetzten Bezirken zu fördern, wurde für den östlichen Teil Oberfrankens und die Oberpfalz errichtet. Mit dem Institut ist auch eine Auskunftsstelle verbunden. Als Arbeitersekretär wurde der Genosse Mich. Weiß, Glasschleifer aus Weiden, aufgestellt.

Die Lohnbewegung der Schneider in Regensburg ist dank einer guten Organisation nun zugunsten der Arbeiter beendet.

Ausland.

Die Aussperrung der Bauarbeiter.

Paris, 7. April. (Eig. Ber.)

So weit die Ergebnisse des ersten Aussperrungstages urteilen lassen, scheint die Aktion der Scharfmacher mißglückt zu sein. Von 1300 Unternehmern haben nur gegen 400, die dem Syndikat angehören, die Bauplätze geschlossen. Mindestens 100 Mitglieder des Syndikats haben die Aussperrungsparole nicht befolgt, zum großen Verdruß der Leiter der Aktion, die nun auf Pressionsmaßregeln gegen ihre „Arbeitswilligen" sinnen. Das gelungenste ist, daß — wie die „Humanité" heute enthüllt — der Führer der Unternehmer, Herr Villemin selbst arbeiten läßt — allerdings unter dem Namen eines Zwischenmeisters. Die Unternehmervereinigung hat es eben noch nicht zur Brigantensolidarität gebracht und hinter der Mache steckt neben der Absicht, die Arbeiterorganisation zu zertrümmern auch das heimliche Bestreben, die eigenen Kollegen zu beschummeln. Die kleinen Meister scheinen das einzusehen und verhehlen nicht ihr Mißtrauen gegen die Versprechungen der Aussperrungsgeneräle. Diese versuchen die Oeffentlichkeit über die Situation zu täuschen. Nach einer Statistik der Polizeipräfektur waren gestern 552 von den 746 Bauplätzen von Paris geschlossen. Die Herren vom Syndikat behaupten allerdings, daß über 80 Proz. der Maurer ausgesperrt sind, aber es ist nicht zu übersehen, daß ein großer Teil der Arbeiter schon vorher im Streik gestanden hat. Von den kleinen Unternehmern aber werden jetzt noch neue Arbeiter aufgenommen. Die Gewerkschaft legt dem keine Hindernisse in den Weg, vielmehr gibt sie bekannt, daß Leute, die die Fortsetzung der Arbeit auf den Bauplätzen zu hindern suchen, als bezahlte Agenten der Unternehmer zu betrachten sind.

Ueberhaupt bereitet die Haltung der ausgesperrten Arbeiter der von der bürgerlichen Presse belehrten Oeffentlichkeit so manche Ueberraschung. Man hat dem Publikum immerzu von den Greueltaten der Gewerkschaftler, den gewalttätigen Methoden der Arbeitskonföderation vorgeredet (so hat ein nationalistisches Blatt noch in den letzten Tagen erzählt, daß die Unorganisierten in mit Nägeln gespickte Karren geworfen würden!), und nun sieht man keinen Terrorismus als beim Unternehmerverbande. Die Taktik der Gewerkschaft zeigt aber auch, daß die Arbeiter die bitteren Erfahrungen früherer Jahre nicht ungenützt gelassen haben. Die Parole heißt jetzt: „Kaltes Blut" und die Arbeiter sind entschlossen, sie zu befolgen.

Ueber die Organisation der Maurer macht der „Travailleur du bâtiment", das Organ der Föderation der Baugewerbe, folgende Angaben: Die Gewerkschaft der Maurer, die vor dem 1. Mai 1906 kaum 1500 Mitglieder zählte, hatte ein Jahr später 8000 und jetzt etwa 15 000. An Beiträgen liefen etwa 12 000 Fr. monatlich ein. Die Verwaltungsausgaben sind äußerst gering, da die Funktionäre entweder besoldete Gewerberichter sind oder ihre Gewerkschaftsarbeit in den Mußestunden unentgeltlich leisten. So haben die gesamten Ausgaben im Februar 3254 Fr. betragen, wobei die Kosten zweier Gewerkschaftsblätter, die an die Mitglieder unentgeltlich verteilt werden — des Gewerkschaftsorgans „Emancipé" und des oben genannten Föderationsorgans — inbegriffen sind. Das Gewerkschaftsvermögen beträgt jetzt über 100 000 Fr.

Natürlich werden die Maurer bei längerer Dauer der Aussperrung an die Solidarität der Arbeiterklasse appellieren müssen. Zunächst kommen hier die anderen Organisationen, die dem Verbande der Bauarbeiter angehören, in Betracht. Aber auch die Arbeiter der anderen Gewerbe werden die so vielversprechende Organisation, die gerade um ihrer Erfolge willen als erste in Frankreich dem Angriff einer Kampfvereinigung der Unternehmer ausgesetzt ist, nicht ohne Hülfe lassen.

Der Generalstreik in der holländischen und belgischen Diamantindustrie.

Mit musterhafter Einmütigkeit haben sowohl in Amsterdam wie in Antwerpen die Diamantarbeiter die allgemeine Arbeitseinstellung durchgeführt. Die ersten Massenversammlungen der Streikenden fanden am Montag statt, in Amsterdam zwei Versammlungen zu gleicher Zeit, weil eben kein Saal vorhanden ist, der die 9—10 000 Diamantarbeiter zu fassen vermag. Die Unternehmerpresse hatte von einer inneren Schwäche der Organisation gefabelt. „Töricht", sagte der Referent Henri Polak, „ist die Behauptung, daß wir innerlich geschwächt sein sollten. Das beweist das glänzende Gelingen dieser Bewegung. Ohne Anfeuerung oder Agitation, einfach durch Abstimmung ist der Beschluß zur Arbeitseinstellung gefaßt und wie ein Mann führen die 9000 Mitglieder des Diamantarbeiterverbandes den Beschluß aus, auch die 2000, die dadurch in ihren persönlichen Interessen getroffen werden. Eine Organisation, die das kann, steht ohne gleichen in der internationalen Arbeiterbewegung da." —

Die Streikversammlung in Antwerpen war von über 3000 Arbeitern besucht, ein Beweis dafür, daß auch hier, wo die Diamantindustrie nur ungefähr ein Drittel so viel Personen beschäftigt als in Amsterdam, der Streik einmütig durchgeführt wird. Die Fabriken liegen still. Selbst Diamantschleifer, die nicht Verbandsmitglieder sind, streiken mit. Die wenigen, die noch arbeiten, sind altbekannte Streikbrecher, deren Arbeitskraft wenig wert ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zusammenstöße.

Sofia, 8. April. (W. T. B.) Aus Anlaß eines Rencontres zwischen zwei Offizieren und einem sozialistischen Redakteur, wobei der Redakteur von den Offizieren geschlagen wurde, wurde heute abend eine große sozialistische Demonstration gegen die Armee veranstaltet. Es mußte Kavallerie requiriert werden, welche die Demonstranten auseinanderjagte.

Sternberg schlägt sich, Sternberg verträgt sich.

Wien, 8. April. (W. T. B.) Das Duell zwischen den Abgeordneten Bergmann und Graf Sternberg hat heute abend stattgefunden. Bergmann wurde am rechten Oberarm verletzt. Die Gegner schieden versöhnt.

Irrsinn.

Ellwangen, 8. April. (W. H.) Im Schrezheimer Walde überraschten gestern nachmittag zwei Bauern den 16jährigen Lehrling Kaspar Müller in dem Augenblick, als er den 15jährigen Sohn des Tagelöhners Hieber zerfleischte. Er hatte ihm bereits die Arme und Beine weggeschnitten und den Körper entsetzlich zugerichtet. Hieber war von Müller letzten Sonntag bei einem Spaziergang nach einem Wortwechsel erwürgt und im Wald versteckt worden. Müller, der bereits in seiner Kindheit Spuren von Geistesstörung gezeigt hatte, dürfte die Tat im Irrsinn begangen haben.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

148. Sitzung vom Mittwoch, den 8. April 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück.

Entsprechend den Anträgen der Geschäftsordnungskommission wird die Genehmigung zur Strafverfolgung wegen Beleidigung gegen die Mitglieder Dr. Hahn (k.), Stadthagen (Soz.), Legien (Soz.) nicht erteilt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Entwurfs eines Vereinsgesetzes.

Abg. **Gröber** (Z.):

Als das Vereinsgesetz angekündigt wurde, setzte man große Hoffnungen darauf für die freiheitliche Ausgestaltung und Entwickelung des Vereins- und Versammlungswesens in Deutschland. Die Vorlage bringt aber Verschlechterungen sogar gegenüber dem rückständigen Vereinsrecht in einzelnen Bundesstaaten. Daß die Freisinnigen trotzdem dem Gesetz zustimmen, zeigt, daß das Zentrum freisinniger ist, als die Freisinnigen. (Stürmischer Widerspruch bei den Freisinnigen, Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Daß die Freisinnigen die Gefährlichkeit des Sprachenparagraphen für alle gewerkschaftlichen Bestrebungen selbst erkennen, beweist der von ihnen im preußischen Abgeordnetenhause eingebrachte Antrag; hier im Reichstage bewilligen sie ein Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, und rufen dann die Hülfe der preußischen Regierung dagegen an. (Lebhaftes Hört! hört! im Zentrum.) Herr v. Payer will seine Abstimmung damit entschuldigen, daß, wenn die Freisinnigen das Gesetz ablehnen, andere es bewilligen werden. Nein, Herr v. Payer, weder Zentrum noch Sozialdemokratie wird für ein solches Ausnahmegesetz stimmen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Im württembergischen Landtage hat Herr v. Payer sich sehr entschieden gegen diesen Ausnahmeparagraphen, der ein politisches Kampfmittel bilden soll, erklärt. (Lebhaftes Hört! hört!) Der Staatssekretär hat versichert, gegen die Masuren, die Litauer, die Wenden, würde das Gesetz nicht angewendet werden; wie kann er Versprechungen im Namen der Landeszentralbehörden machen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sonst hören wir hier bei jeder Gelegenheit die Antwort: „Das geht uns nichts an, das ist Landessache.“ Aber davon abgesehen, bleibt eben alles der Polizeibehörde überlassen, die Freiheit der Bürger des Reiches hängt von dem Ermessen der Polizei ab. Der § 7 stellt einen Bruch mit dem gemeinen Recht dar; die Folge wird ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit des Rechtes sein. Es gibt keine Minderheit mehr, die sich nicht jeden Augenblick sagen muß, daß eine solche Vergewaltigung auch gegen sie ausgeübt werden kann. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Nicht mit Unrecht haben sich die Juden an uns gewendet. (Lachen bei den Freisinnigen.) Meine Herren vom Freisinn! Sie lachen darüber; Sie lachen über sich selbst! (Lebh. Zustimmung im Zentr.) Unwillkürlich fragt man, welche weiteren Ausnahmegesetze noch weiter zu machen seien. Früher bestand hier eine Abwehrmehrheit gegen Ausnahmegesetze aus Zentrum und Freisinnigen; diese Abwehrmehrheit hat die Zuchthausvorlage zu Fall gebracht, sie hat das Reichstagswahlrecht geschützt und weiter ausgebaut. Dieser Abwehrmehrheit ist es zu danken, daß die verwerfliche preußische Polenpolitik nicht in den Reichstag verpflanzt ist. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Der Freisinn hat sich von dieser Mehrheit getrennt, und was nun kommen wird, wissen wir nicht und der Freisinn weiß es auch nicht; aber jedenfalls trägt er die Verantwortung dafür. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Dies Gewaltgesetz wird auch eine Schädigung des Ansehens der Gesetze im Volke zur Folge haben. Früher haben Sie den Grundsatz „Macht geht vor Recht“ getadelt, jetzt haben Sie selbst danach gehandelt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch im Auslande kann uns dies Gesetz nicht Sympathien erwerben und allzuviel haben wir wahrlich nicht. (Sehr wahr! im Zentrum.) Herr Miquel sagte einmal, drei große Fehler hat Bismarck begangen, den Kulturkampf, das Sozialistengesetz, die Polengesetzgebung. Der Kulturkampf und das Sozialistengesetz haben Fiasko gemacht; die Polenpolitik aber wird noch fortgesetzt, sie wird aber ebenfalls Fiasko machen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Im gegenwärtigen Moment hat die Macht das Recht besiegt; möge bald das Recht siegen. Das deutsche Volk ist viel zu edel, als daß es sich auf die Dauer eine solche Gewaltpolitik gefallen läßt. (Stürmischer, anhaltender, wiederholter Beifall im Zentrum und bei den Polen, anhaltendes Zischen im Block.)

Abg. Fürst **Hatzfeldt** (Rp.): Ich gebe dem Danke unserer Partei für die Liberalen Ausdruck, daß sie unseren berechtigten Wünschen bei § 7 und bei § 10a entgegengekommen sind. Daß das Gesetz ein freiheitliches ist, hat Herr v. Payer hier vor kurzem in einer hochbedeutsamen Rede dargetan. Es konnte nur ein Kompromiß sein, da keine Partei allein die Mehrheit hat. Das Volk aber erwartet von uns positive Arbeit. Möge der positiven Arbeit dieses Gesetzes recht bald die der Finanzreform folgen. (Bravo! beim Block.)

Vizepräsident Dr. **Paasche** teilt mit, daß zu den Abänderungsanträgen der Sozialdemokraten und des Zentrums zu § 7 und zur Abstimmung über das ganze Gesetz Anträge auf namentliche Abstimmung gestellt sind.

Abg. Fürst **Radziwill** (Pole): Der Abg. v. Payer hat bei der zweiten Beratung gesagt, die Polen verlangen Rechte, erkennen aber nicht Pflichten an. Dagegen erheben wir auf das entschiedenste Protest. (Zustimmung bei den Polen.) Wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht hinter diesem Gesetz und der preußischen Polenpolitik steht. Möge bald der Sonnenschein einer besseren Erkenntnis über das, was freiheitliche Entwickelung ist, die Blocknebel zerstreuen. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Abg. **Dietrich** (k.): Herr Dr. Spahn bestritt in der zweiten Lesung das Bestehen einer Polengefahr; ich verweise ihn auf die Ausführungen des Historikers Spahn, der ihm wohl nahe steht (Zuruf: Es ist sein Sohn!), der ihm also sehr nahe steht. (Heiterkeit.) Die angeblichen freiheitlichen Bestimmungen der Süddeutschen sind Behauptungen, die auf nicht genügender Kenntnis der Gesetzgebung beruhen. Der Gedanke der Beschränkung der Rechte der Jugendlichen ist nicht von den Konservativen zuerst ausgesprochen, sondern von Herrn Kopsch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Gedanke ist einfach vernünftig und richtig, und daher weder konservativ noch liberal. (Sehr richtig! im Zentrum, stürmische Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten); ich meine, er gehört keiner Partei, er ist konservativ und liberal. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Junck** (natl.): Wenn das Zentrum von Freiheit redet, so ist das nicht die Freiheit, die wir im Herzen tragen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.) Die Hetze gegen das nationale Werk dieses Gesetzes zeugt auch von großer Unkenntnis seiner Bestimmungen. So hat in Leipzig eine Volksversammlung resolviert: „Die Versammelten sind nicht gewillt, daß ihnen das selbst in Sachsen geltende Recht noch weiter verschlechtert werde und die Ausführung des Vereins- und Versammlungsrechts in das Ermessen der Polizei gestellt wird.“ (Lachen beim Block.) Die Versammelten, die das beschlossen haben, können das Gesetz gar nicht gelesen haben. Gerade für Sachsen bringt es erhebliche Fortschritte. Auch für Hessen existieren keine Bestimmungen zur Eindämmung der polizeilichen Befugnisse. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Verfassung!) Die Verfassung hebt doch nicht die polizeilichen Bestimmungen auf. (Abg. David [Soz.]: Natürlich hebt sie sie auf.) Die Freiheiten von 1848 haben später erhebliche Beschränkungen erlitten, so daß das Gesetz einen entschiedenen Fortschritt darstellt. (Widerspruch der hessischen Abgeordneten.) Und die geringen Opfer, die das neue Gesetz verlangt, sollten die Süddeutschen im Interesse der Reichseinheit gern bringen. Auch der Arbeiterbewegung werden durch dieses Gesetz keine unnötigen Fesseln auferlegt. Selbstverständlich meine ich die Arbeiterbewegung, die bestrebt ist, die wirtschaftliche Besserung der arbeitenden Klasse auf dem Boden des Staates herbeizuführen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine Berufung auf das Naturrecht lehnen wir ab. Der nationale Staat ist in seiner Gesetzgebung völlig autonom, über solche scholastischen Bedenken sind wir hinaus; der nationale Staat ist in seiner Gesetzgebung völlig autonom. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Die Art des Auftretens des Herrn v. Dziembowski beim Schlusse der zweiten Lesung war nicht geeignet, das Ansehen und die Würde des Reichstages zu vermehren. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Zum Schluß noch eine Bemerkung. Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt in seiner Anwendung. Ich gebe zu, daß in Preußen und Sachsen die gesetzlichen Bestimmungen oft in einer Weise angewendet sind, die — ich mag nicht von Unfug sprechen — die der Würde des Staates nicht immer entsprochen hat. Aber wir halten fest an der Erklärung des Staatssekretärs, daß es der feste Wille der Reichsregierung sei, daß das neue Gesetz ohne Schikane und loyal angewendet werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Heine** (Soz.):

Wir lehnen das Gesetz ab, ohne daß die geringste Meinungsverschiedenheit innerhalb unserer Partei darüber entstanden ist. Herr v. Payer meinte, unser Widerstand habe wenig innere Kraft gezeigt, und es sei uns wohl nicht ernst mit der Ablehnung. Wir wären froh, wenn das Gesetz vom Block unter Dach und Fach gebracht würde. Das war wenig höflich. (Zuruf bei den Freisinnigen.) Nein, Herr Heckscher, unter Ihnen sind viele, die froh wären, wenn sie jetzt nicht beim Block wären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das war wenig höflich, aber ich will bei der Abrechnung mit dem Block an mich halten, denn wenn ich sprechen wollte, wie ich denke, würde mir der Herr Präsident wohl mit Recht dazwischenfahren. Den Herren, welche Herrn v. Dziembowski wegen seiner neulichen scherzhaften Bemerkungen vor der Oeffentlichkeit anschwärzen wollen, bemerke ich, die Würde dieses Hauses wird nicht durch ein paar grobe Worte oder durch einen Scherz verletzt. Jeder Parlamentarier hat das Recht, auch die Waffen des Spottes und des Scherzes anzuwenden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Payer meinte, unseren Reden habe die Kraft gefehlt. Mit einem Gegner mag ich darüber nicht streiten; aber vielleicht überlegt er einmal, welche Gefühle einen Redner erfassen müssen, der sich einer Mauer gegenüber sieht, einer toten Masse, an der alle Gründe abprallen, welche alle Gründe nicht annehmen will, nicht annehmen darf, denn sie hat ja ihr bestes Wesen auf dem Blockaltar niedergelegt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Wo aber, frage ich Herrn v. Payer, ist mehr Freudigkeit des Kampfes? Ein großer Teil Ihrer eigenen Anhänger, Ihrer eigenen Presse hat Sie während dieser letzten Wochen beschworen, das Gesetz nicht zu machen. Herr Schrader hat sich genötigt gesehen, öffentlich um Indemnität zu bitten. **Innere Kraft der Blockpolitik zeigt sich darin nicht.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir bekommen täglich von den Millionen, die wir vertreten, Zustimmungserklärungen zu unserer Haltung, und nicht nur von unseren eigenen, auch von den Anhängern der freisinnigen Parteien. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Payer hat sich darauf berufen, Sachverständige hätten gesagt, das Gesetz bedeute auch für Süddeutschland eine Besserung. Denen, die anderer Meinung sind, scheint er das Kriterium der Sachverständigkeit absprechen zu wollen. Ich nehme für die Süddeutschen im Zentrum und bei uns die Sachverständigkeit in Anspruch, die auch Herr Payer hat. Aber über norddeutsche Verhältnisse wird er sich wohl selbst nicht für einen Sachverständigen halten. Ich aber bin auf diesem Gebiete sachverständig. Seit zwanzig Jahren gehört ein großer Teil meiner Tätigkeit vereinsrechtlichen Fällen und ich weiß, wie in Preußen und Sachsen ausgelegt wird. Deshalb sage ich noch einmal, für Württemberg, Baden, Hessen bringt das neue Gesetz in einigen Punkten direkte Verschlechterungen, in anderen eine Gefährdung der bisherigen liberalen Praxis; für Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringen und einige andere Kleinstaaten bringt es einige unbedeutende Verbesserungen, unzweifelhafte Verbesserungen bringt es für die beiden Mecklenburg. (Große Heiterkeit.) Das ist alles. Dem gegenüber steht das **Verbot der Jugendlichen**, das für Preußen eine erhebliche Verschlechterung ist, und das **Sprachenverbot**, das für das **ganze Reich** ein Novum ist. Im hessischen Landtage hat der freisinnige Abgeordnete Gutfleisch treffend ausgeführt, daß Preußen sich soviel Gesetze geben könne, wie es wolle, daß das Reich aber seine Finger davon lassen solle, denn es könne den bestehenden Zustand nur verschlechtern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt Herr Junck, das Gesetz bringe eine Kodifikation und bedeute schon deshalb einen erheblichen Fortschritt. Wir in Preußen wissen von dem Wert einer solchen Kodifikation etwas zu reden. Wir haben eine solche Kodifikation seit 50 Jahren. Worüber wir zu klagen haben, das ist, daß neben der Kodifikation

Kleines Feuilleton.

Die Kunst — für alle. Anatole France, den wir mit Stolz den unseren nennen, entwickelte in Paris vor einer Gesellschaft, die sich „Kunst für alle“ benennt und Volk und Kunst zusammenfassen will, seine Ideen über die Kunst. Die leitenden Gedanken werden auch bei uns interessieren, zumal da sie den Unterschied zwischen deutscher und französischer Kultur zeigen. Oder wäre es in Deutschland denkbar, daß einer der hervorragendsten Schriftsteller, ein Mitglied der Akademie, sich zu ähnlichen Anschauungen bekennen würde?

A. Frances Ausführungen gipfelten nach der „Humanité“ in folgenden Sätzen:

Die Kunst allein gibt dem Leben Wert. Die Kunst für alle, das heißt für alle ein wertvolles und lebenswürdiges Leben. Ja, die Kunst muß für alle sein, da sie von allen herstammt, da alle sie schaffen, der Handwerker so gut wie der Künstler. Künstler und Handwerker haben die gleiche Stellung zur Schönheit; gemeinsam haben sie sie verwirklicht; die schönen Künste lassen sich nicht von den gewerblichen Künsten trennen. Sie sind die Kunst, die Quelle aller Freuden, die Blüte aller Tugenden, die einzige Existenzberechtigung, die ich wenigstens zu entdecken vermochte. Mag auch die Kunst als ein Luxus bezeichnet werden, so ist sie doch sicher der edelste, der einzig edle Luxus. Dem reichen Geizigen, dem nach Gütern Lüsternen ist sie versagt. Jener lebt mitten unter den Schätzen der Kunst, ohne sie zu beachten. Mag er sich auch mit Meisterwerken umgeben, in seinen Galerien und in seinen Gemächern die herrlichsten Schöpfungen in Form und Farbe aufspeichern, um sich herum die kostbarsten und hervorragendsten Werke anhäufen, er hat doch keinen Genuß davon. Er hält die Schönheit gefangen, aber er besitzt sie nicht. Er wird nie die feinste Lust kennen, die schönen Dinge zu bewundern. Diese Lust ist den selbstlosen und edlen Geistern vorbehalten und vorzugsweise denen vielleicht, die nicht mit einem großen Anteile an den Gütern dieser Welt geboren sind. Aber um sie auszukosten, braucht man Muße und Ruhe. Wie könnte sich der Geist den ästhetischen Genüssen hingeben, wenn der Körper von Mühen und Leiden erdrückt wird. Um mit der Kunst vertraut zu werden, bedarf es Stunden der Ruhe und Existenzsicherheit. Wohltaten, die unsere Gesellschaft denen nicht gern verschafft, die für sie mit ihren Händen arbeiten. . . . Das Schauspiel, das uns zur Stunde geboten wird, kann uns nicht mit allzuviel Freude, Stolz und Hoffnung erfüllen. Alles liegt dunkel und trübe vor uns. Ein Geist des Schwindels und des Irrtums hat sich der herrschenden Demokratie bemächtigt. Eine dichte Wolke scheint die schreckliche soziale Wirklichkeit ihren Augen zu verbergen. Man glaubt alles gesagt und alles getan zu haben, indem man den Klassenkampf leugnet. Aber die Ereignisse entwickeln sich nach den Gesetzen eines unerbittlichen Geschickes. Nichts vermag die unvermeidlichen Fortschritte aufzuhalten. Der Tag wird kommen, da jedermann in einer besser geordneten Gesellschaft in Frieden die Früchte seiner Arbeit genießen wird. Dann wird die Kunst wahrhaft für alle sein, und dann wird unser Werk vollbracht sein.

London — die Weltstadt des Elends. Welche kolossale Menschenanhäufung, welche Durcheinanderwürfelung von Angehörigen verschiedener Nationalität und Rasse, welche Unsumme von Elend, Not und Laster die kapitalistische Entwickelung an einem Punkt der Welt — in London — zustande gebracht hat, davon gibt eine in der „Köln. Ztg.“ erschienene Zusammenstellung Kunde.

Vor hundert Jahren hatte London noch keine Million Einwohner, heute zählt Groß-London, d. h. die Stadt und alle Vorstädte, die mit ihr ein zusammenhängendes Ganzes bilden, über 7 Millionen Einwohner, mehr als die Gesamtbevölkerung Schottlands und Irlands und ungefähr ein Sechstel der Bevölkerung Großbritanniens. Innerhalb der engeren Grenzen der Grafschaft London stammen etwa 35 000 Personen aus Wales, 50 000 aus Schottland, 60 000 aus Irland, 40 000 aus Rußland, 27 000 aus Deutschland, 11 000 aus Frankreich, 10 000 aus Italien, 4000 aus Holland und über 6000 aus den Vereinigten Staaten. Auf den Durchschnitt berechnet, wird in der Grafschaft London alle vier Minuten ein Mensch geboren, während alle sieben Minuten ein Leben erlischt. London ist die reichste Stadt der Welt und die City der Kopf des gewaltigen Polypen, der mit seinen Saugarmen die ganze Welt umspannt; in dieser Stadt des Reichtums stirbt ein Mensch unter dreien im Armenhaus, im Hospital oder im Irrenhaus; zieht man nur die Erwachsenen in Betracht, so stirbt vielleicht einer von zweien in den öffentlichen Zufluchtsstätten, noch ungünstiger ist das Verhältnis in der Arbeiterklasse. Dreißig Prozent der Einwohner haben ein Einkommen von unter 20 M. in der Woche. Der goldglänzende Gott Mammon wirft also einen schwarzen Schlagschatten; man findet es begreiflich, wenn der Bischof vor kurzem in einer Ansprache an die Männer der City etwas überschwenglich sagte: „Was London ist, was London bedeutet — es gibt wohl kein solches Problem in der ganzen Weltgeschichte!“ Die Zahl der Londoner, die jährlich die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch nehmen, beträgt 430 000; man könnte eine Stadt wie Leipzig ausschließlich mit Londoner Almosenempfängern besiedeln. In einer Nacht wurden über 2400 offenbar Obdachlose gezählt, die in Winkeln schliefen oder auf der Straße umherstreiften. Mehr als 16 000 Kinder sterben jährlich, ehe sie ein Jahr alt sind; in der Arbeiterbevölkerung stirbt vielleicht die Hälfte der Kinder, ehe sie ein Alter von fünf Jahren erreicht haben, zum größten Teil infolge der verbrecherischen Milchverfälschung, die in London im Schwange ist und die das öffentliche Gewissen als Schande zu empfinden anfängt. Rund 16 000 Polizisten wachen über London, etwa 3000 Londoner werden jährlich wegen Verbrechen abgeurteilt, 300 Personen werden durchschnittlich auf der Straße überfahren und getötet — die Zahl erscheint niedrig, wenn man den riesenhaften Verkehr an manchen Stellen, die Menge von Betrunkenen und aufsichtslos umherstreifenden Kinder berücksichtigt. 31 000 Menschen verlassen London jährlich, um nach außereuropäischen Plätzen überzusiedeln, die meisten Auswanderer gehen nach Australien und Neu-Seeland. Ein Heer von 250 000 Männern und Frauen, ungefähr die Gesamteinwohnerschaft einer Stadt wie Frankfurt a. M., ist tätig, um die Londoner ihre Güter, ihre Briefe und Telegramme zu befördern; im Durchschnitt schicken die Londoner täglich mehr als 2 Millionen Briefe, 500 000 Postkarten und 80 000 Telegramme ab. Die Straßenbahnen befördern jährlich 100 mal die Zahl der Einwohnerschaft. Der gesamte Miet- und Pachtbetrag der Londoner Häuser und Grundstücke beträgt jährlich 50 000 000 Pfd. Sterl., die Gemeindesteuern, vom Wasser abgesehen, belaufen sich auf 14 000 000 Pfund Sterl. In der City betrug 1801 der Mietwert des Acre, rund 40 Ar, jährlich 700 Pfd. Sterl., während er heute 8000 Pfd. Sterl. beträgt. 990 000 000 Liter Wasser werden täglich London zugeführt. Der Wert des Weines, der jährlich im Londoner Hafen anlangt, beträgt 70 000 000, der der Eier 2 000 000; der des Tees und Tabaks je 10 000 000, der des Getreides 11 000 000 Pfd. Sterl.

Humor und Satire.

— **Enttäuschung.** Bauer (in der Kunstsammlung): „Jatzt bin i' scho' zwoa Stund herin, i' möcht' nur wissen, wann's ama' losgeht da.“

— **Ohnmacht.** „In so 'ner Umgebung muß man ja versauern“, dachte die Gurke, als sie im Einmachtopfe erwachte.

(„Meggendorfer Blätter.“)

— **Humor des Auslandes.** Sie: „Warum sind Sie so sicher, daß Ihr Stück Erfolg haben wird?“ — Er: „Ei, selbst der Theaterdirektor errötete, als er es las.“ („Life.“)

— **Eine Kuriosität.** „Einen Gruß von Mutter,“ sagte ein kleiner Junge zum Schlachter, „und sie schickt mich her, daß ich Ihnen den großen Knochen zeigen soll, den Sie ihr heute morgen mit dem Rindfleisch geschickt haben.“ — „Sag Deiner Mutter, das nächste Mal, wenn ich einen Ochsen ohne Knochen schlachte, will ich ihr eine Keule zum Geschenk machen,“ versetzte der Fleischermeister grinsend. — „Einen Gruß von Mutter,“ fuhr der kleine Mann fort, „und sie sagte, das nächste Mal, wenn Sie wieder ein Stück Rindfleisch mit einem Hammelknochen darin haben, möchte sie gern den ganzen Kadaver als Kuriosität kaufen.“ („Pick me Up.“)

Notizen.

— **Gastspiele.** Eleonora Duse gibt im Neuen Theater wieder Proben ihrer bewundernswerten Kunst. Sie begann mit einer lustigen Komödie des alten Goldoni und wird mit D'Annunzio fortfahren. Daß sie diese Reisewirtschaft mit hundertmal gespielten Stücken und mäßigen (manchmal auch weniger als mäßigen) Ensembles aushält, ist erstaunlich und bedauerlich. — Frau Charlotte Wiehe (sie ist Dänin und daher akzentlos) erfreute im Trianon-Theater wieder einmal mit ihrer entzückenden Grazie in ihrer alten und immer noch nicht verdrängten „Glanznummer“, dem Minodrama „Die Hand“. — Im Berliner Theater sind die Tegernseer mit den bekannten oberbayerischen Dramen, in denen vor allem geschuhplattelt, gesungen, gezitbert, gerauft wird, eingezogen. Da sie all' diese Künste meisterlich beherrschen und eine natürliche Begabung zum „Komedispielen“ zeigen, so hat mancher seine Freud' daran. — Summa: es ist überall das alte Lied.

— **Theaterchronik.** Das Zentral-Theater wird am 13. April endgültig geschlossen, da der letzte Direktor nach Düsseldorf verpflichtet ist und ein Ersatz nicht zu beschaffen war.

— **Arno Holzens** neuestes Drama „Sonnenfinsternis“, die Fortsetzung seines Zyklus „Berlin, die Wende einer Zeit in Dramen“, ist im Verlage von Joh. Sassenbach in Berlin als Buch erschienen.

eine Willkür und Ungerechtigkeit der Praxis

herrscht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Junck hat das Wort „Unfug" als zu stark abgelehnt. Es ist noch lange nicht stark genug. Man könnte viel besser von einem Verbrechen reden, das den Staatsbürgern angetan wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Kommission haben wir uns alle Mühe gegeben, den Begriff des Vereins, des „Politischen", zu definieren und dergleichen mehr. Wenn es den Freisinnigen mit der Bekämpfung der Willkür ernst ist, weshalb haben Sie da unsere Anträge abgelehnt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da konnten sie so viel kodifizieren, wie sie wollten. Der § 10a ist ein unerhörter Rückschritt. Gerade die Arbeiterjugend bedarf für die Zeit zwischen dem Schulabgang und dem Eintritt ins Militär weitere Bildung. (Lachen rechts.) Ich denke gar nicht an die politische Bildung. Die kommt von allein später. Ich meine die ganz einfache allgemeine Bildung, der Unterricht über das, was im Staate, in der Natur, in der Wissenschaft vorgeht. Wenn der junge Arbeiter vom Militär kommt, pflegt er meistens bald zu heiraten und er hat dann nicht mehr die Zeit, sich um solche Dinge zu kümmern. Die Sorge um seine Familie lastet schwer auf ihm. Und noch mehr Wert als auf die intellektuelle Bildung lege ich auf die körperliche Ausbildung. Wir sind nun glücklich soweit gekommen, daß bei uns die Arbeiterklasse anfängt, in Turn- und Sportvereinen diese Ausbildung zu pflegen. Es gibt kein besseres Mittel, die Jugend in diesen Jahren vor Dingen zu bewahren, vor denen jeder sittlich denkende Mensch sie bewahren möchte, als die Beschäftigung mit dem Sport. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß das Verbot der Jugendlichen, an Vereinen und Versammlungen teilzunehmen, den Ruin unserer Arbeiter-Turnvereine bilden würde. Man wird einwenden, das seien keine politischen Vereine. Nun, **ich weiß aus meiner Praxis**, daß in Preußen und Sachsen die **Turnvereine der Arbeiterklasse regelmäßig als politische Vereine gelten.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Keinem Menschen wird es einfallen, die Vereine der Deutschen Turnerschaft als politische Vereine zu bezeichnen. Ich klage die Herren von den freisinnigen Parteien, die für den § 10a stimmen, an, daß sie die körperliche und sittliche Ausbildung der Arbeiterjugend untergraben. (Lachen bei den Freisinnigen, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie sind gewarnt worden, wir haben es Ihnen gesagt, wie es kommen wird, **also auf Dummheit können Sie sich nicht berufen.** (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den Liberalen.)

Nun zum **Sprachenverbot.** Der Abg. v. Payer hat gemeint, er hätte keine Veranlassung, sich sonderlich für die Herren Polen zu erwärmen. Das war wenig geschickt und noch weniger demokratisch. Wenn ich hier gegen nationale Unterdrückungsmaßregeln auftrete, so tue ich das nicht nur als Demokrat, sondern auch als nationalempfindender Deutscher. (Lachen rechts.) Ich will, daß die Kultur des deutschen Reiches erhalten bleibt. Aber ich halte es für unwürdig der deutschen Kultur, gegen fremdsprachige Bewohner des Reiches Unterdrückungsmaßregeln auszuüben. Das deutsche Volk hat sich vor allen anderen Völkern dadurch ausgezeichnet, daß es sich ein Verständnis auch für fremde Kulturen bewahrt hat. Ich möchte nicht, daß diese Charaktereigenschaft der deutschen Kultur verloren geht. Ich heiße gewiß nicht alles gut, was von polnischer Seite im Nationalitätenstreit geschehen ist. Auswüchse eines nationalen Fanatismus sind mir ebenso widerwärtig als die Auswüchse eines gehässigen parteipolitischen Fanatismus. (Abg. Mugdan ruft bei den letzten Sätzen wiederholt laut dazwischen: Sehr richtig! Sehr gut!) Herr Mugdan halten Sie doch endlich einmal den Mund. (Stürmische Heiterkeit.) Ich weiß schon von der Schule her, wie groß er ist. Die Deutschen müßten sich für zu gut halten, als daß sie Gewaltmaßregeln gegen die Polen anwenden. Sie sollten auch zu klug dazu sein. Von keiner Nationalität leben mehr Teile unter fremden Nationen als von der deutschen. Die Deutschen verlangen im Ausland, daß ihre Sprache respektiert wird. Wir müßten deshalb hier so klug sein und gegen Fremde bei uns nicht gehässig vorgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) **Die Unfruchtbarkeit der preußischen Polenpolitik** ist doch nun wohl seit **hundert Jahren erwiesen.** Man sollte sich England zum Vorbild nehmen, das es fertig gebracht hat, daß die Buren schon vier Jahre nach dem Kriege Loyalitätsdemonstrationen veranstalten, und Deputationen nach London schicken, um ihren Unterwerfer ihre Treue zu versichern. (Zuruf rechts: Irland!) Herr v. Payer nannte die Unterdrückung der polnischen Sprache ein Postulat der demokratischen Gerechtigkeit. Ich möchte zu ihm als Doppelkollegen, als Politiker und Rechtsanwalt sprechen: Durch solche Argumente, Herr v. Payer, stärkt man das Mißtrauen, das vielfach gegen Politiker besteht, die Advokaten sind. (Heiterkeit.) Schon in meinem eigenen Interesse hätte ich gewünscht, daß Sie solche Argumente nicht vorgebracht hätten. Ich hätte es wenigstens vermieden. Im übrigen hat sich Herr v. Payer darauf beschränkt, seine Abstimmung zu entschuldigen. Er hat uns eine Vorlesung gehalten, daß man in der Politik mit den Möglichkeiten rechnen müsse und daß man durchaus nicht jedesmal alle Konsequenzen ziehen müsse. Das war mir nicht gerade neu. Ich bin der letzte, der eine Politik der praktischen Erfolge verwerfen würde bloß deshalb, weil irgend eine doktrinäre Bestimmung sich dagegen ausspricht. Ich frage aber: **wo ist der praktische Erfolg,** den Sie bei dieser Politik verfolgt haben? (Sehr gut! b. d. Soz.). **Was haben Sie bei dieser Politik in Ihre Scheuern gebracht?** Warum zählt Herr Schrader in der Zuschrift an seine Wähler nicht auf, worin die ungeheuren Errungenschaften seiner Politik bestehen. (Zuruf im Zentrum: im Börsengesetz!) Das neue Gesetz öffnet der Willkür Tür und Tor, es schafft einen unerträglichen Zustand. Es gibt der Behörde die Möglichkeit, dieser oder jener Partei, dieser oder jener Gesellschaftsschicht das Vereins- und Versammlungsrecht auf Umwegen zu verkümmern. Das ist die Grenze, bis zu welcher ein liberaler Mann keine Konzessionen machen durfte. Der Liberalismus durfte ein Mehr oder Weniger von Rechten ertragen, aber er durfte nicht die Willkür reichsgesetzlich verewigen. Nun verspricht der Staatssekretär eine loyale Handhabung. Das Versprechen genügt uns nicht, denn der Staatssekretär handhabt nicht die Gesetze, sondern die Regierungen der Einzelstaaten. Bestenfalls kann er hier seine Mißbilligung aussprechen, aber er müßte hinzufügen, daß ihm alle Machtmittel fehlen, auf die Regierungen der Einzelstaaten einzuwirken. (Zuruf bei den Freisinnigen: Er sitzt im preußischen Staatsministerium!) Gewiß, aber er ist nicht preußischer Minister des Innern. Die Freisinnigen scheinen schon Furcht vor den Folgen zu bekommen und haben den bekannten Antrag im preußischen Abgeordnetenhause eingebracht. Dieser Antrag bestätigt, was wir gesagt haben. Gefährdet der § 7 die Gewerkschaften nicht, dann brauchte man diesen Antrag nicht. **Der Freisinn ist reaktionär, dort wo er die Macht hat,** und er gebärdet sich freiheitlich, wo er nichts ausrichten kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Der Abg. v. Payer hat sich darüber beklagt, daß wir die Freisinnigen in der Vereinsgesetzkommission nicht genügend unterstützt hätten. Aber haben wir denn nicht alles getan, um Ihnen den Rücken zu steifen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wären vielleicht bereit gewesen, das Vereinsgesetz anzunehmen, wenn es bei den Beschlüssen der ersten Kommissionsberatung geblieben wäre. (Lebhaftes Hört! hört!) Die Ausnahmebestimmungen im Absatz 2 und 3 des § 3 zugunsten der Wahlversammlungen und gewerblichen Versammlungen sind in der Kommission mit unseren Stimmen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen worden, ebenso verschiedene andere Anträge. Hätten wir das nicht hineingebracht, so hätten Sie (zu den Freisinnigen) es von den Konservativen nie bekommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben Sie nicht im Stiche gelassen, aber Ihre konservativen Freunde waren gegen Sie wenig rücksichtsvoll. Wie ist denn eigentlich der § 10a in das Gesetz gekommen? In der ersten Lesung haben die Freisinnigen dagegen gestimmt. (Hört! hört! bei der Minderheit.) Darf ich an Herrn v. Payer die ergebenste Frage richten, ob diese Opposition gegen den Ausschluß der Jugendlichen ernst gemeint war? (Sehr gut! b. d. Sozialdem.) Schon in der ersten Lesung im Plenum hatte ich gesagt, daß dieser Antrag kommen würde und daß die Freisinnigen schließlich schweren Herzens nachgeben würden. Als ich neulich Herrn Müller-Meiningen an diese Prophezeiung erinnerte, sagte er, sie sei nicht schwierig gewesen, denn das sei ja die hauptsächlichste Konzession der Freisinnigen beim Vereinsgesetz. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abg. Dr. Müller-Meiningen: Das war privatim.) Das ist doch kein Geheimnis gewesen. Aber die Prophezeiung war wirklich nicht schwer, denn die Sache war ja schon vorher perfekt,

das Spiel mit verteilten Rollen

war wohl schon in den Norderneyer Dinergesprächen verabredet worden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es erinnert mich das an Fälle, die ich in meiner Praxis als Rechtsanwalt manchmal habe: das Dienstmädchen läßt, wenn die Herrschaft ausgegangen ist, ihren Liebhaber herein; der räumt Kasten und Kisten aus und bindet nachher dem Mädchen die Hände oder steckt ihm wohl auch ein Tuch in den Mund, damit es nachher sagen kann, daß es vergewaltigt worden sei. An solche Geschichten erinnert die Vergewaltigung des Freisinns. (Schallende Heiterkeit. Widerspruch bei den Freisinnigen.) Wenn ich Ihnen unrecht tue, und Sie sich wirklich von den fünf Stimmen der Konservativen in der Kommission haben vergewaltigen lassen, um so schlimmer für Sie als Politiker. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am Schluß der ersten Lesung des Vereinsgesetzes in der Kommission ereignete sich der Vorfall mit dem Börsengesetz, über den die konservative und ein Teil der liberalen Presse ganz ungeschminkt berichtet hat, daß das Vorgehen der Konservativen die Freisinnigen zu Konzessionen im Vereinsgesetz zwingen sollte. Die Freisinnigen haben das bestritten und behauptet, daß sie dem Vereinsgesetze ganz freiwillig zustimmten und kein Zusammenhang mit den Konzessionen beim Börsengesetz bestehe. Aber was ist schließlich Zusammenhang? (Heiterkeit.) Was ist eine solche Erklärung mit einer Mentalreservation? Wenn Sie nichts davon wissen, so habe ich dafür nur die eine Erklärung, daß Sie überhaupt nicht wissen, was Sie tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) **Alle Welt weiß von diesem Zusammenhang** und sagt, daß die **Konservativen mit Hilfe des Börsengesetzes die Freisinnigen zu Konzessionen im Vereinsrecht gezwungen haben.** Ich nehme das den Konservativen nicht übel, sie sind Politiker, die wissen, was sie wollen. (Heiterkeit rechts.) Diese Vorgänge können ja auch niemanden überraschen, der das Wesen der konservativ-liberalen Paarung kennt. Es ist das Verdienst des Abgeordneten Müller-Meiningen, zuerst diesen Paarungsgedanken **zur Verhinderung der bayerischen Wahlreform** ins Leben gerufen zu haben. Von dem glänzenden Erfolg dieser Paarung wissen die Herren vom Zentrum zu erzählen. (Heiterkeit.) Der Widersinn eines solchen Bündnisses muß auch die Konsequenzen haben, wie hier beim Vereinsgesetz. Das ist eben die Folge der Paarung von Kaninchen und Karpfen. (Heiterkeit.) Die Parung läuft darauf hinaus, daß die Konservativen nach hinten ziehen, und die Regierung auch hinten, und der Freisinn zieht nach vorn, hätte ich beinahe gesagt, aber es ist gar nicht wahr, er strengt gar nicht seine Kraft an, sondern rennt den Konservativen nach. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Rede des Herrn v. Payer war nichts als der Ausdruck der Angst, daß die Regierung irgend etwas zum Vorwande nehmen könnte, die Freisinnigen auszuschalten. Wenn man eine Koalitionspolitik in diesem Geiste auffaßt, kann sie natürlich dem Liberalismus keine Früchte bringen, sondern nur den Konservativen und Antisemiten. Die Worte Payers sagen nicht mehr und nicht weniger aus, als die Bereitwilligkeit des Freisinns, sich zu unterwerfen, damit er nicht hinaus geworfen wird. (Lebh. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Jammer der ganzen deutschen Politik ist ja das maßlose und rücksichtslose Selbstbewußtsein der Konservativen, vom echten Junker bis zum konservativen Beamtenbureaukraten, und der Mangel eines annähernd soweit gehenden Selbstbewußtseins beim bürgerlichen Liberalismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bismarck pflegte als echter Junker bei Friktionen zu sagen: Entweder ich bleibe und Sie gehen oder Sie gehen und ich bleibe. (Große Heiterkeit.) Genau so reden die Konservativen und die Regierung mit den Freisinnigen. Entweder Ihr unterwerft Euch oder wir unterwerfen uns nicht. **Die Konservativen haben keine Minute gezögert, das Zustandekommen des Gesetzes in Frage zu stellen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) **Der Liberalismus aber hat sich niemals gesagt, daß Bülow das Reichsvereinsgesetz nötiger braucht, als das Volk.** Denn der Block lebt ja nur von der Fiktion, daß er liberal sei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man dem Volke sagen würde, daß er nur die alte konservative Politik treibt, dann würde es ja fragen: Wozu brauchen wir denn da den Block? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Liberalismus mehr Kraft angewendet hätte und nicht so ängstlich gewesen wäre, hätte er auch viel mehr erreichen können. (Zuruf des Abg. Müller-Meiningen: Woher wissen Sie denn das alles? Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Verehrter Herr Kollege Müller-Meiningen, das weiß ja jeder Junge auf der Straße, das ergibt ja die Gesamtheit der politischen Zustände, wie konnten Sie so etwas nicht wissen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß hat der Staatssekretär und der Reichskanzler Ihnen nicht gesagt: Wenn ihr wollt, könnt ihr auch mehr bekommen!, sondern immer unter den verbindlichsten Manieren erklärt: Wir können nicht, wir können nicht, es geht nicht. (Heiterkeit.) Aber bei der Gesetzesmacherei geht es wie beim Pferdehandel. (Große Heiterkeit.) Wenn man gleich von vornherein sagt, welchen Preis man zahlen will, so ist das Geschäft zwar frühzeitig fertig, aber ein gutes Geschäft ist es nicht. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat bei dem Antrag Hanssen zu § 7 eine Haltung eingenommen, die mich und meine Freunde ja nicht überrascht hat, aber doch sehr charakteristisch war. Am Sonnabend lag die Sache so, daß der Antrag Hanssen, ich will nicht sagen sicherlich, aber doch vielleicht angenommen worden wäre, wenn die Herren vom Zentrum dafür gestimmt hätten. Sie hätten dem Block also eine Verlegenheit bereiten können. Warum haben Sie dies wohl unterlassen? Ich kann es mir schon denken. Sie wollten eben bei dieser Gelegenheit zeigen,

daß Sie auch noch da sind, wenn die Regierung Sie braucht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um das vorzubereiten, was doch einmal kommen muß und kommen wird, sobald die Freisinnigen dem Zentrum die Kastanien aus dem Feuer geholt und die Finanzreform gemacht haben, haben Sie dies getan. Ich nehme Ihnen eine solche Taktik nicht übel. Sie sind immer klug gewesen wie die Schlangen und nicht ohne Falsch wie die Tauben. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich sage nur: der arme Freisinn! Das ist also der Grund der Angst, wie Herr v. Payer geäußert hat, von der Regierung ausgeschaltet zu werden. In dieser Lage, wo der schon vor der Tür steht, der sie einst herabsetzen wird, da haben sie alles geopfert, Grundsätze, gegenwärtige Erfolge und ich sage noch mehr die Zukunft der liberalen Partei in Deutschland. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Zurufe bei den Freisinnigen.) Die Sozialdemokratie hat oft betont, es gibt in Preußen vieles durchzusetzen, was durchgesetzt werden muß gegen die Konservativen, gegen die Agrarier, gegen das Zentrum. Ich erinnere nur an die Fragen der freien Schule, der freien Wissenschaft und Kunst, der Befreiung von wirtschaftlichen Beschränkungen und unzähliges andere. Die Sozialdemokratie ist immer bereit gewesen, in diesen Kämpfen an der Seite der Freisinnigen zu stehen und sie hat an ihrer Seite gestanden. **Aus dieser natürlichen Kampfreihe der Freiheit haben sich die Freisinnigen durch ihr Vereinsgesetz selbst ausgeschaltet.** Die Fragen, um die es sich handelt, sind deshalb nicht erledigt. Die Kämpfe um **die bürgerliche und geistige Freiheit,** um die Kultur werden künftig auch ausgefochten werden, **aber ausschließlich unter der Fahne der Sozialdemokratie.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Widerspruch im Block.) Die Kämpfe gegen das Zentrum werden wir führen und Sie, **Herr Müller-Meiningen, werden nicht mehr mitzählen.** (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schrader** (frs. Vgg.): Die Kämpfe um die Freiheit werden nicht aufhören, darin hat Herr Heine recht. Aber die Sozialdemokratie führt diesen Kampf unter der Fahne des Klassenkampfes und deshalb können wir mit ihr nicht zusammenstehen und konnten mit ihr auch kein Vereinsgesetz machen. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Die Behauptungen des Herrn Gröber, das neue Gesetz bringe für Süddeutschland erhebliche Verschlechterungen, ist irrig, sonst wären die Vertreter der süddeutschen Regierungen hier dagegen aufgetreten — die Ausführung des Gesetzes ist freilich Sache der Einzelstaaten, aber dem Reich gebührt die Ueberwachung und wir werden hier an der Ausführung Kritik zu üben haben. Es ist ein großer Vorzug, daß wir ein einheitliches Gesetz bekommen. Es befriedigt uns nicht in allen Teilen; aber für uns lag die Frage so, ob wir dies weniger gute Gesetz ablehnen sollten, oder die viel schlechteren Zustände in Preußen bestehen lassen sollten. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, den § 7 zu beseitigen; wir halten die Polenpolitik Preußens für falsch. Ich zweifele, ob der Krieg zwischen den Polen und der preußischen Regierung mit der Unterwerfung der Polen enden wird. Trotzdem haben wir für den § 7 gestimmt, um die Vorteile des Gesetzes nicht verloren gehen zu lassen, zumal bei Ablehnung des Gesetzes ein preußisches Gesetz die Polen noch mehr entrechtet hätte. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Abg. **Haas** (Natl.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Ein von den Blockparteien gestellter **Antrag auf Schluß der Generaldiskussion** wird angenommen.

Abg. **v. Payer** (deutsche Vp. zur persönlichen Bemerkung) führt aus, daß in Württemberg ein polizeiliches Ueberwachungsrecht besteht.

Abg. **Dr. Spahn** (Z.): **Herr Dietrich hat einen Aufsatz meines Sohnes gegen mich zitieren wollen;** darin führt mein Sohn aber aus, daß durch die preußische Polenpolitik erst eine Polengefahr herangezogen wird.

Abg. **v. Dziembowski** (Pole): **Mir ist der Vorwurf gemacht,** ich hätte in ernster Stunde Witze gemacht. Ich habe lediglich das Bedürfnis empfunden, in letzter Stunde ein ernstes Wort zu dem Gesetz zu sprechen. Wenn ich die von mir vorgeschlagenen Ueberschriften nicht näher begründen konnte, so lag das an der Unruhe des Hauses.

Präsident Graf **Stolberg:** Das ist nicht persönlich.

Abg. **Köhler** (wirtsch. Vgg.): Die Vorwürfe, die ich gegen den hessischen Regierungsvertreter erhoben habe, nehme ich in der schroffen Form, in der ich sie erhoben habe, zurück.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1, 1a, 2, 2a, 3, debattelos angenommen.

§ 3a bestimmt, daß von der Anzeigepflicht frei sind, Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen.

Die Abgg. **Preiß** und Genossen (Els.) beantragen die Worte „der Wahlberechtigten" zu streichen.

Desgleichen nimmt § 3a von der Anzeigepflicht aus Versammlungen zur Erörterung gewerkschaftlicher Bestrebungen.

Die Abgg. **Albrecht** und Genossen beantragen, unter die dort aufgezählten Berufe aufzunehmen „technische und kaufmännische Angestellte" und statt „Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen" zu sagen: „Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen."

Abg. **Preiß** (Els.) begründet den von ihm gestellten Antrag, der nicht gegen die Intentionen der Regierung und der Majorität, vielmehr im Sinne derselben Schikanen vermeiden wolle.

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (frs. Vp.): Wir haben diese Bestimmung aus dem bayerischen Vereinsgesetz mit herübergenommen. Eine Wählerversammlung wird durch die Teilnahme von Nichtwahlberechtigten nicht etwa zu einer Nichtwählerversammlung. Das Recht der materiellen Teilnahme richtet sich nicht nach dem § 3a, sondern nach dem § 1.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** bestätigt diese Auffassung.

Abg. **Severing** (Soz.):

Die Auffassung des Herrn Müller-Meiningen und des Staatssekretärs sind für die Gerichte nicht bindend; sie sollten die Auffassung durch Annahme des Antrages Preiß bestätigen. — Unsere Anträge rechtfertigen sich durch entsprechende Besorgnisse. Sie sagen, in § 3 und 3a seien die liberalsten Bestimmungen des Gesetzes enthalten. Die Arbeiter denken anders darüber, und zwar nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch die christlich-sozialen und die freisinnigen Arbeiter. Wenn Arbeiter in Fabrikversammlungen sich über sanitäre Maßnahmen unterhalten, so wird das, wenn die Polizei will, für Erörterung politischer Angelegenheiten erklärt und die Versammlung muß angemeldet werden. Deshalb ist es nötig, daß in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen werden, welche

der polizeilichen Willkür Grenzen ziehen.

Im Landtag haben die Freisinnigen eine Resolution eingebracht, die Landesgesetzgebung möge die Schäden des § 7 wieder beseitigen. Glauben Sie, daß die preußische Regierung und ihre konservativen Blockbrüder dazu verhelfen werden? Hier sollten Sie die Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen, zu reparieren, was Sie in der zweiten Lesung begangen haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat erklärt, Angelegenheiten der im § 152 der G.-O. bezeichneten Art seien nicht politischer Natur. Aber Staatssekretär und Minister sind bei uns sehr vorübergehende Erscheinungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission ist darauf hingewiesen, daß auch nicht angemeldete Versammlungen polizeilich überwacht werden können.

In Remscheid wurde der Beamte des Deutschen Metallarbeiterverbandes bestraft, weil angeblich zu einer Werkstattversammlung jedermann Zutritt gehabt haben sollte. Dabei hatte nur ein

Polizeibeamter in Zivil

sich Einlaß zu verschaffen gesucht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird auch in Zukunft

viel Plackereien mit der Polizei geben

über die Auslegung des Begriffes „politische Angelegenheiten". (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns alle Mühe gegeben, nach dieser Richtung hin klare und fest umgrenzte Bestimmungen zustandezubringen. Leider sind alle unsere Anträge abgelehnt worden. Wenn nun der § 3a den gewerblichen Arbeitern einen angeblichen Schutz gewährt, was haben die kaufmännischen Angestellten verbrochen, die in gleicher Weise unterdrückt werden, wie die Arbeiter? Es ist sehr leicht denkbar, daß die kaufmännischen Angestellten eines großen Warenhauses zusammentreten müssen, um ihre Lage zu besprechen.

Wo ist übrigens Herr Schack

bei dieser Frage? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht hat er von der Regierung die Zusicherung erhalten, daß dem deutschnationalen Handlungsgehülfenverband keinerlei Schwierigkeit gemacht würde. Weiter verlangt unser Antrag, daß sich der § 3a nicht nur auf Versammlungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen beziehen solle, sondern auch auf solche zur Erhaltung bestehender Arbeitsbedingungen. Eine solche Einfügung ist notwendig für alle großen Abwehrstreiks. Hoffentlich stimmen die freisinnigen Parteien wenigstens diesen kleinen Verbesserungen zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ueber die Frage, ob auch Verabredungen zur Erhaltung bestehender Arbeitsbedingungen unter den § 3a fallen sollen, haben wir uns in der Kommission stundenlang unterhalten. Ich habe Erkenntnisse des Oberverwaltungsgerichts vorgelegt, die dahingehen, daß auch Verabredungen zur Erhaltung geltender Lohn- und Arbeitsbedingungen unter den § 152 der Gewerbeordnung fallen. Der andere Wunsch der Sozialdemokraten ist bereits erfüllt, was aus dem Wortlaut des § 3a hervorgeht. (Hört! hört! bei der Mehrheit.)

Abg. **Legien** (Soz.): Die Erklärung des Staatssekretärs klingt recht einleuchtend. In der Praxis wird die Sache aber einen ganz anderen Verlauf nehmen. Wenn die Mehrheit auch das will, was unser Antrag verlangt, dann mag sie es, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, **in das Gesetz hineinschreiben.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Preiß wird abgelehnt. Die Abstimmung über die beiden sozialdemokratischen Anträge ist eine namentliche. Der erste Antrag wird mit 205 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird der zweite Antrag abgelehnt. § 3a wird in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen finden die §§ 4—6 in der Kommissionsfassung debattelos Annahme. § 7 bestimmt im Absatz 1: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen."

Die Abgg. **Albrecht** und Gen. (Soz.) beantragen, vor „Versammlungen" einzufügen: „politischen".

Der Absatz 2 des § 7 nimmt von der Vorschrift des Absatz 1 aus internationale Kongresse, sowie Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen.

Die Abgg. **Albrecht** u. Gen. (Soz.) beantragen ferner, auch die Versammlungen zur Erörterung gewerkschaftlicher Angelegenheiten (§ 3a, Abs. 3) von der Vorschrift des Absatz 1 auszunehmen.

Dasselbe beantragen auch die Abgg. Graf **Hompesch** und Gen. (Zentrum).

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Das Gesetz ist ein Ausnahmegesetz schlimmster Art, diesen Charakter erhält es besonders durch den § 7, der eine Neuerung für das Versammlungswesen in ganz Deutschland schafft. Angenommen ist dieses Gesetz von der Mehrheit der Volksvertreter, die aber nur eine Minderheit des deutschen Volkes vertreten. Auf Grund der Abstimmung über § 7 habe ich hierüber eine Zusammenstellung gemacht, wobei ich zu der Mehrheit dieses Hauses auch die Stimmen der unabhängigen Lothringischen Landespartei gezählt habe. Die Minderheit der Wähler, deren Abgeordneten das Gesetz angenommen haben, beträgt

5 Millionen 189 826 Stimmen.

Für das Zentrum, die Polen, die Sozialdemokraten und die vier vernünftigen freisinnigen Abgeordneten. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. **Paasche:** Herr Abgeordneter, Sie dürfen keinen Abgeordneten unvernünftig nennen. Durchschnittlich sind alle Abgeordneten vernünftig. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Ledebour** (fortfahrend):

Ich habe nicht behauptet, daß die anderen Abgeordneten nicht vernünftig sind. Das wäre nur eine Schlußfolgerung, die ich also nicht ziehen will. (Große Heiterkeit.) Also für die Abgeordneten der Minderheit sind

über 6 Millionen Stimmen

abgegeben worden. Daß diese nicht auch die Mehrheit des Reichstages bestimmen, liegt daran, daß wir eine durchaus ungerechte Wahlkreiseinteilung haben. Das mögen sich namentlich die Herren vom Zentrum ad notam nehmen. Die Herren, welche den § 7 angenommen haben, haben wohl keine richtige Vorstellung davon, wie außerordentlich schwierig es ist, sich in einer fremden Sprache auszudrücken oder auch nur Verhandlungen in einer fremden Sprache zu folgen. Die Herren Polen, welche hier zum Teil besser deutsch sprechen, als manche Herren auf der rechten Seite, werden mir bestätigen, mit wie großen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben, wenn sie jeden Gedanken sprachlich richtig ausdrücken wollen. Und nun denken Sie gar an die Bevölkerung, die in einer Gegend lebt, in der selbst der Deutsche nur zum geringsten Teile richtig deutsch sprechen kann. Die Sprachbildung, die sie später auf dem Kasernenhof genießen, ist auch nicht geeignet, die Mängel der Schulbildung zu heben. Indem Sie an diese Leute die Anforderung stellen, die Verhandlungen in Versammlungen in deutscher Sprache vorzunehmen, nehmen Sie ihnen tatsächlich die Möglichkeit, am politischen Leben überhaupt teilzunehmen, wenigstens soweit es sich in öffentlichen Versammlungen abspielt. Dieses 60prozentige Ausnahmegesetz teilt die polnische Bevölkerung in eine

halb und in eine ganz entrechtete.

Gerade diejenigen Orte, in welchen die Polen ihre kulturellen Mittelpunkte haben, fallen schon jetzt unter das Ausnahmegesetz. Noch viel schärfer trifft die Ausnahmebestimmung die Gewerkschaftsbewegung, die deutsche sowohl, wie die der Polen. Auch diese konzentriert sich natürlich in den großen und kleinen Industrieorten, und ist fast gar nicht vorhanden in den kleinen Orten, die der Ausnahme unterliegen. Das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet, das ganze oberschlesische, fällt unter diejenigen Orte, die weniger als 60 Proz. polnischer Bevölkerung haben. Schon dadurch zeigt sich dieser Paragraph als ein

Ausnahmerecht gegen Polen, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler.

Und das entspricht auch den innigsten Herzenswünschen der Herren, die die Einbringung dieses Paragraphen betrieben, und die ihn dann eingebracht haben. Ich glaubte, wenn die Regierung in der Lage wäre, dem widersprechen zu können, was hierüber behauptet wurde, daß dann entweder der Reichskanzler, der ja hier verschiedentlich hospitiert hat, oder Herr v. Bethmann-Hollweg auf Grund von Mitteilungen des Reichskanzlers ein Dementi geben würde. Wir haben aber die merkwürdige Erscheinung erlebt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg, um einen angeblichen Ausspruch Bülows zu dementieren, sich nicht auf Bülow berief, sondern auf ein Dementi des Abg. Behrens. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei Herrn Behrens also werden wir künftig anfragen müssen, wenn die Regierung sich in Schweigen hüllt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das stimmt auch ganz gut zu der hohen Wertschätzung, welche die Regierung den Herren von der Wirtschaftlichen Vereinigung zuteil werden ließ. Berief sich doch Herr v. Bethmann-Hollweg bei der Auslegung dieses Gesetzes auf den Amtsrichter Graf, der zur selben Parteigruppe gehört, und hier den schönen Grundsatz vertreten hat, daß Macht vor Recht geht. Das scheint Herrn v. Bethmann-Hollweg so imponiert zu haben, daß er sich auch bei der anderen Anfrage auf Herrn Behrens berief. Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs darüber, wie die Regierung den Begriff der öffentlichen Versammlung auslegt, genügen nicht. Herr Schrader hat zwar eben noch versichert, daß bei Regierung alles aufbieten wird, den vielen Uebergriffen der Beamten entgegenzutreten. Da halte ich es für notwendig, daß der Staatssekretär endlich eine klipp und klare Antwort gibt, ob unter den § 7 des Gesetzes gewerkschaftliche Versammlungen überhaupt fallen sollen. Der Abg. Graf hat in der zweiten Lesung an den Staatssekretär die Frage gerichtet, ob durch den § 7 der christlichen Gewerkschaftsbewegung Nachteile erwachsen würden. Darauf hat der Staatssekretär nur geantwortet, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung nicht schikaniert werden sollte. Auf eine spätere Anfrage des Abg. Müller-Meiningen hat der Staatssekretär dann noch geantwortet, daß keineswegs nur die christlich-nationale Arbeiterbewegung vom § 7 verschont werden solle. Das kann natürlich ein so genügsames Gemüt, wie das des Abg. Heckscher befriedigen. Uns genügt diese Antwort nicht. Als mein Fraktionsfreund Hué eine klipp und klare Antwort über das, was mit den freien Gewerkschaften geschehen solle, verlangte, da hat sich der Staatssekretär

diplomatisch ausgeschwiegen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich entnehme aus den Erklärungen des Staatssekretärs, daß die freien Gewerkschaften und die Gewerkschaften der Polen unter den § 7 gestellt werden sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Bethmann-Hollweg, der nach dem, was wir in der letzten Zeit von ihm gehört haben, wohl ein Diplomat, aber kein Staatsmann zu sein scheint, hat die Methode der unklaren und ungenauen Beantwortung klarer Fragen gewählt, damit er später, wenn er gefragt wird, antworten kann, daß er niemals sich für Befreiung der freien Gewerkschaften von den Fesseln des § 7 ausgesprochen hat. Der Abg. Hansen hat uns nachgewiesen, daß in Nordschleswig sogar Hochzeiten und künstlerische Veranstaltungen als politische Versammlungen angesehen sind. (Abg. Korfanty ruft: Bei uns in Oberschlesien ist das auch so!) Dann liegt eben nicht nur ein Uebergriff eines einzelnen Polizeibeamten in Schleswig oder Oberschlesien vor, sondern dann besteht eine **generelle Praxis.** Ich richte die Frage an den Staatssekretär, wie er über diese Praxis denkt, und ob sie auch unter dem neuen Gesetz noch befolgt werden soll? Wie unerhört die gewerkschaftliche Bewegung drangsaliert wird, mag ein Brief vom 11. Februar aus Bochum beweisen, in dem dem Abg. Legien mitgeteilt wird, daß sich in Recklinghausen ausländische Bergarbeiter, die sich abmeldeten, auf dem Rathause melden mußten, wo ihnen eröffnet wurde, sie müßten

binnen 24 Stunden Deutschland verlassen oder aus dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband austreten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So sieht die Wirklichkeit aus, das ist das Wohlwollen, das Herr v. Bethmann-Hollweg für die Gewerkschaftsbewegung zu haben hier vorgibt. Ich möchte die freisinnigen Parteien bitten, den wenigen Herren zu folgen, die wie Herr Potthoff so einsichtsvoll waren, gegen die Schikanierung der Gewerkschaftsbewegung zu stimmen. Nun hat der Abg. v. Payer eingewendet, man könne in Deutschland nicht jeder fremden Sprache dasselbe Recht einräumen wie der deutschen. Darum handelt es sich gar nicht. Es handelt sich um bestimmte Volksbestandteile, die entweder bei uns heimatsberechtigt geworden sind, oder die von den Unternehmern in Massen nach Deutschland geschleppt werden. Diesen Leuten muß man die Möglichkeit geben, sich über ihre Lage in der Muttersprache zu unterhalten. Darüber kommt man mit advokatorischen Einwänden, wie sie der Abg. v. Payer gemacht hat, nicht hinweg. Wenn das **Bedürfnis** dafür vorhanden ist, in Versammlungen die Muttersprache zu gebrauchen, dann muß auch das Recht gelten, sich ihrer zu bedienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Freisinnigen das bestreiten, so beweisen sie nur, daß sie allmählich auf den **Standpunkt der polizeilichen Bevormundung** angelangt sind, auf den Standpunkt, daß die Beamten nicht der Bewohner wegen, sondern die

Bewohner der Polizei wegen da sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch der Abg. von Payer selbst zugegeben, daß das ganze Gesetz auf dem Grundsatz der polizeilichen Ueberwachung aufgebaut sei. Damit hat er den Polizeistaat in jeder Beziehung anerkannt. Nun hat sich der Abg. Hieber auf den Demokraten Jordan berufen. Die „Frankfurter Zeitung" hat bereits darauf hingewiesen, daß Jordan nach heutigen Begriffen ein Nationalliberaler genannt werden müsse. Wilhelm Jordan als Demokraten zu bezeichnen wäre ebenso falsch, als wenn ein Geschichtsschreiber den Abg. v. Payer, weil er sich Demokrat nennt, als einen Gewährsmann für die jetzt geltende demokratische Auffassung bezeichnen würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich vermag mit dem besten Willen einen ernstlichen Unterschied zwischen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft und den Herren Nationalliberalen nicht mehr finden. Ich gebe den Herren den Rat, ihre Fraktionsgemeinschaft zu erweitern zu einer Gemeinschaft der er von Payer bis Bassermann. Erst diese Gemeinschaft würde der jetzigen Lage vollkommen entsprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt in der historischen Entwickelung begründet, daß das Bürgertum immer mehr kapitalistischer geworden ist, daß die Arbeiter sich vom Liberalismus völlig abwenden. (Inzwischen hat sich der Abg. Bassermann zum Abg. v. Payer begeben und sich neben ihn gesetzt. Heiterkeit.) Ich sehe schon, daß mein Rat befolgt wird. (Heiterkeit.) Also ich wiederhole: Das Bürgertum verliert mit der Zeit jedes Selbstvertrauen, es wagt gar nicht mehr, eine Volksbewegung zu entfesseln, es macht Konzessionen, anstatt die Empörung im Volke über die Reaktion wachzurufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darum erschien während der Beratung des Vereinsgesetzes wiederholt Herr **v. Kröcher** auf der Treppe des Bundesrats. Er brauchte sich nur hinzustellen als lebendiges Symbol des preußischen Landtages, um die Freisinnigen zu veranlassen, selbst zu tun, was sonst der preußische Landtag getan hätte. Es ging den Freisinnigen da, wie den Buttlerschen Dragonern, die den Wallenstein meucheln sollten. Erst ging es ihnen gegen das Gewissen, als ihnen dann aber der Bülow-Buttler mit dem Pestalutz-Kröcher drohte, da sagte der Mac Donald-Müller: „Na, wenn es sein muß und soll, dann mag ich's diesem Pestalutz nicht gönnen." (Große Heiterkeit.) Durch diese elende Haltung der freisinnigen Erwählten des Reichstagswahlrechts hat der Freisinn seine Forderung nach einer Reform des Landtagswahlrechts rettungslos diskreditiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Polen germanisieren wird dieser § 7 nicht. Er muß sie ja in die entschiedenste Opposition treiben und muß sie in den revolutionären Kämpfen der Zukunft auf unsere Seite führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bisher war die Gutmütigkeit und Autoritätsduselei der Polen ihr Nationalfehler, jetzt aber müssen sie immer revolutionärer werden. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Deutschtum im Auslande wird durch dieses Gesetz aufs schwerste geschädigt, nicht nur unsere auswärtige Politik wird diskreditiert, auch die 20 Millionen Deutscher im Auslande werden dadurch aufs schwerste getroffen. Sie schießen nach den Polen und

treffen die Deutschen im Auslande ins Herz.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Ungarn, wo die Magyaren gegen das Deutschtum einen ganz ähnlichen Kampf führen, wie Sie hier gegen die Polen, wurde ein Deutscher wegen Verherrlichung der Muttersprache zu langer Gefängnisstrafe verurteilt. In dem Gedicht hieß es:

Die Sprache, das Köstlichste, was wir besitzen,
Müßt Ihr schirmen, müßt Ihr schützen,
Unsere Sprache, das Erbe der Ahnen,
Soll auch noch den Enkel ermahnen,
Daß im Leben er niemals vergißt,
Stolz zu sein, daß er ein Deutscher ist.
Wer des Vaters Namen nicht ehrt,
War der Liebe der Mutter nicht wert.
Wer das Deutschtum verleugnen kann,
Der ist ein Wicht und ist kein Mann!
Hör' meine Mahnung, so schlicht sie ist:
Bedenke, daß Du ein Deutscher bist. (Bewegung.)

Genau so könnte hier ein polnischer Dichter sprechen. Schon treibt der Zar, dem Deutschland Liebesdienste über Liebesdienste erweist, die Deutschen aus Polen heraus und russifiziert weiter die Ostseeprovinzen. All diese Maßnahmen können sich zu ihrer Rechtfertigung berufen auf die

Barbarei der deutschen Regierung und des deutschen Reichstags,

auf die Zustimmung auch der Freisinnigen in diesem Hause. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Durch den § 7 wird die Gewerkschaftsbewegung aufs schwerste geschädigt, durch den § 7 wird der deutschen Sozialdemokratie die Propaganda unter den Polen in öffentlichen Versammlungen unmöglich, durch diesen Paragraphen wird das Ansehen des Deutschen Reiches schwer geschädigt, und die Deutschen im Auslande werden die Folgen am eigenen Leibe verspüren. Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi. (Was immer die Herrschenden an Wahnsinnstaten sündigen, müssen die Völker büßen.) Auch dieses Gesetz, das den Eindruck macht, als sei es von Leuten gemacht, die nicht mehr ihre fünf Sinne hatten, wird das **deutsche Volk büßen** müssen. (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten und Polen.)

Abg. **Sehda** (Pole): Die Kritik der Oppositionsparteien an diesem Gesetzentwurf war vernichtend. (Sehr wahr!) Die Mehrheitsparteien antworten nicht erst, weil sie keine Argumente mehr haben und weil sie sich nicht auf Gründe, sondern auf ihre Macht stützen. Die Behauptung, daß es uns mit der Opposition nicht ernst ist, ist eine unerhörte Beleidigung. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Dieses Attentat gegen die Entwickelungsmöglichkeit des polnischen Volkes muß uns ja zum äußersten Widerstand reizen. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Die Haltung des Freisinns kann nicht ernst genug verurteilt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Wenn die Regierung aber glaubt, eine Ueberwindung der polnischen Nationalität erreichen zu können, so irrt sie. Die Mehrheitsparteien haben den Sinn für Recht und Unrecht verloren; aber die polnische Sprache und Eigenart werden Sie nicht unterdrücken. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vg.): Bezüglich der angeblichen Erklärung des Reichskanzlers über den Ursprung des § 7 erwidere ich Herrn Hué, daß es bei der Erklärung bleibt, die ich am 25. Dezember 1907 im Einverständnis mit allen Mitgliedern der Deputation veröffentlicht habe. Auch Herr Wiedeberg hat mir sein Einverständnis ausgedrückt. Herr Korfanty sollte doch die Namen derjenigen nennen, zu denen der Reichskanzler die Aeußerung getan haben soll.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Im Namen des Reichskanzlers habe ich zu erklären, daß er zu den Mitgliedern der Deputation geäußert hat, der § 7 entspreche der von ihm stets befolgten Ostmarkenpolitik und **werde seines Wissens auch von großen Parteien gewünscht.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Einwirkung industrieller Kreise auf den Reichskanzler hat weder direkt noch indirekt stattgefunden.

Seitens der Blockparteien wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Abg. **Singer** (Soz., zur Geschäftsordnung): **Zum Wort gemeldet war jetzt der Abgeordnete Hué.** Wir haben es für selbstverständlich gehalten, daß ihm nach den Angriffen auf ihn das Wort verstattet würde; deshalb beantragen wir über den Schlußantrag namentliche Abstimmung.

Der Antrag wird von den Polen und Sozialdemokraten unterstützt. Die Unterstützung reicht aus.

Der Schlußantrag wird mit 201 gegen 162 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen.

Abg. **Korfanty** (Pole, zur persönlichen Bemerkung): Die Erklärung des Staatssekretärs hat meine Behauptung nur bestätigt.

Abg. **Hué** (Soz.): Den Beweis für meine Behauptung kann ich weder im Rahmen einer persönlichen Bemerkung, noch zur Geschäftsordnung geben. **Ich stelle fest, daß er mir durch den Schlußantrag abgeschnitten ist.**

Der erste sozialdemokratische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 199 gegen 170 Stimmen abgelehnt.

Der zweite sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt (für ihn stimmen die freisinnigen Abgeordneten Naumann, Dr. Neumann-Hofer, Potthoff).

Der Antrag des Zentrums wird in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird der § 7 in der Fassung der Kommission angenommen.

Die §§ 8, 9, 9a, 10 werden debattelos angenommen.

§ 10a enthält das Verbot der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen für Personen unter 18 Jahren.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.), die Ausnahme von dem Verbot für Vereine und Versammlungen mit gewerkschaftlichen Bestrebungen direkt auszusprechen.

Abg. Dr. **Frank** (Soz.):

In diesem § 10a zeigt sich die Mehrheit polizeilicher als die Polizei, preußischer als die preußische Regierung. Freilich sagen Sie, Sie werden nicht von politischen, sondern von pädagogischen Gründen geleitet. Diese selben Gedankengänge haben vor Jahren zur Verfolgung der studentischen Jugend, zu den berüchtigten Demagogenverfolgungen geführt. Die freisinnige Partei befindet sich jetzt auch **im Stadium der Demagogenverfolgungen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als jüngst der Aufruf eines Gymnasiasten zur Gründung eines nationalen Schülervereins durch die Presse ging, sind Sie nicht dagegen aufgetreten. Die politischen Organisationen des Bürgertums nennen Sie national und wollen sie erhalten, die nationalen Organisationen der Arbeiter nennen Sie politisch und verbieten sie. Durch die Annahme des Antrages werden aber die Schmutzwellen der Politik nicht von der Jugend ferngehalten. **Acht Jahre lang in der Volksschule und dann auf der Fortbildungsschule wird Politik getrieben.** Es wird dort ein Zerrbild der sogenannten Umsturzpartei entworfen und Haß eingepflanzt in die Herzen der Jugend gegen die Partei, der ihre Eltern angehören. Nicht die Politik schlechthin wollen Sie fernhalten von der Jugend, sondern die **proletarische** und **demokratische** Politik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Meiningen meinte, daß gerade wegen des Vorgehens unreifer Burschen bis tief in die Reihen der Freisinnigen Neigung für diesen Paragraphen bestanden habe. Aber die Fähigkeit, einen politischen Gegner ruhig anzuhören, hängt nicht vom Alter ab, ich erinnere nur daran, wie unangenehm Ihnen vor einigen Tagen der Abgeordnete v. Dziembowski war; es waren doch nicht Minderjährige, die ihn unterbrachen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die Ausführungen Müller-Meiningens über das Benehmen Minderjähriger in den Versammlungen sind wohl eine Folge der Erfahrungen, die seine Parteigenossen mit Blockbrüdern gemacht haben, vielleicht mit den temperamentvollen Herren von den deutschnationalen Handlungsgehülfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber gerade gegen diese hilft ihnen das Gesetz nicht. Denn diese, das ist seit der Wahlnacht ja oft konstatiert worden, stehen über dem Gesetz. **Sie nehmen lediglich 200 000 jugendlichen Arbeitern das Koalitionsrecht.** Sie sagen, das Gesetz soll gleichmäßig für alle Schichten gelten. Aber einen Arbeiter von 16 Jahren dürfen Sie nicht mit einem Gymnasiasten von 16 Jahren vergleichen. Die Not, die Armut, die wirtschaftliche Selbständigkeit reifen den Menschen sehr früh. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der für sich selber sorgt, ist sehr früh gezwungen, über die Welt und die Gründe der wirtschaftlichen Not nachzudenken. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie auch formell gleiches Recht schaffen, tun Sie der Arbeiterklasse unrecht, schaffen Sie in Wahrheit

ein Ausnahmerecht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) **Sie machen es den** jugendlichen Arbeitern unmöglich, sich politisch zu bilden, verlangen aber, daß sie sich über schwierige politische Begriffe klar sind. Wenn die jugendlichen Arbeiter in den Versammlungen bleiben, werden sie bestraft; zuerst mit Geld, und da sie gewöhnlich kein Geld haben, sperrt man sie ein. Dabei hat in der „National-Zeitung" der Rechtslehrer Heintze einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er verlangt, daß man mit den zahlreichen kleinen Freiheitsstrafen aufhöre. Hier schaffen Sie ein neues Gesetz nur gegen Jugendliche, das ist Ihre Strafrechtsreform. Sie wollen mit dem Gesetze es der Sozialdemokratie unmöglich machen, sich einen Nachwuchs zu sichern. Aber bilden

Sie sich gar nicht ein, daß die jungen Arbeiter in die „nationalen" Arbeiterorganisationen kommen. Wenn Sie den Tausenden, die in der Großstadt ohne Anschluß leben, es unmöglich machen, sich von älteren Kameraden in den Gewerkschaften belehren zu lassen, dann werden diese Leute in die sogenannten Klimbimvereine strömen. Sie werden die jungen Arbeiter herausjagen und in die Animierkneipen treiben. Es ist auch verwunderlich, wie Sie zur Festsetzung der Altersgrenze von 18 Jahren kommen. Die **Gewerbeordnung** betrachtet die Arbeiter von 16 bis 18 Jahren als Erwachsene, die Regierung hat uns erst jüngst eine Novelle zum Unterstützungswohnsitz vorgelegt und beantragt, daß das Alter, in welchem der junge Mensch selbständig einen Unterstützungswohnsitz begründen kann, **von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wird.** (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie selbst von der Rechten haben dem **zugestimmt.** Hier aber, wo es sich darum handelt, daß die Arbeiter ihre Rechte behaupten, hier wird das Alter herabgesetzt. Nun wissen wir, daß vielfach in Preußen und Sachsen der Versuch gemacht wird, namentlich auf dem Umwege über die Schulverwaltungen die jungen Leute um ihr Koalitionsrecht zu bringen. Es ist erst wenige Wochen her, daß Herr Müller-Meiningen dichtete: „Ob Studt, ob Holle, schwarz ist der Kopf bis in die Wolle". Aber das, was die beiden angedichteten Herren bisher im Verordnungswege durchzusetzen versucht haben, **das setzen sie jetzt durch ein Gesetz durch.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat gesagt, man wolle die jungen Leute fernhalten von der antimilitaristischen Propaganda. Wenn aber Neigung vorhanden wäre, die jungen Leute in der bezeichneten Richtung zu beeinflussen, dann wäre in der Zeit vom 18. Jahre bis zum Eintritt ins Militär genügend Spielraum. Bisher hat noch niemand bewiesen, daß die freien Jugendorganisationen sozialistischen Charakter haben. Sie sind nichts weniger antimilitaristisch als die Sozialdemokratie selber. Ein antimilitaristisches Programm in anderem Sinne als dem programmatischen Sinne der Sozialdemokratie haben die sozialistischen Jugendorganisationen nicht. In Deutschland ist man eben gewohnt, die politische Schulung in der Kaserne zu holen. (Zuruf: I bewahre!) Das sagen Sie, aber selbst erwachsene Leute müssen sich ja ihre politischen Tagesbefehle in der Kaserne holen. **Angst** vor den **Jugendorganisationen** haben nur die **Vertreter einer altersschwachen Weltanschauung, wir haben Vertrauen zu der Jugend und glauben an die neue Generation mit oder ohne § 10a.** Wir werden die Jugend für den Sozialismus und den Sozialismus für die Jugend erkämpfen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

§ 10a wird unverändert angenommen. Mit der Minderheit stimmen die Freisinnigen Abgg. Naumann, Potthoff und Dohrn.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf das Gesetz mit 197 gegen 168 Stimmen angenommen bei 5 Stimmenenthaltungen. Mit der Minderheit stimmen die freisinnigen Abgg. Dohrn, Neumann-Hofer, Potthoff. Der Abstimmung enthalten sich u. a. die nationalliberalen Abgg. Haas und Osann.

Die Verkündigung des Resultates wird von der Mehrheit mit lebhaftem Bravo!, von der Minderheit mit ebenso lebhaften Pfuirufen aufgenommen.

Präsident Graf **Stolberg:** Meine Herren! Ich bitte, die Pfuirufe zu unterlassen.

Angenommen wird dann noch die Resolution Gregoire, nach der durch ein reichsländisches Landesgesetz die französische Sprache in Lothringen im Gegensatz zu § 7 gestattet werden soll.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Börsengesetz.

Abg. **Singer** (Soz.): Schon die zeitliche Aufeinanderfolge der Beratung des Börsengesetzes hinter der des Vereinsgesetzes zeigt den inneren Zusammenhang dieser Gesetze. (Lebhafte Zustimmung beim Antiblock. Widerspruch bei den Freisinnigen.) Man braucht den Verhandlungen nur gefolgt zu sein, um klar zu erkennen, das Börsengesetz ist der Preis für die Verleugnung der liberalen Grundsätze durch die Freisinnigen, für den **Verrat des Volkes.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch bei den Freisinnigen.)

Präsident Graf **Stolberg:** Wenn Sie vom Verrat des Volkes gesprochen haben, nehme ich an, daß sie kein Mitglied des Hauses gemeint haben. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Singer** (fortfahrend):

Namens meiner Freunde habe ich bei der ersten Lesung dieser Vorlage eine Reihe von Bedenken erhoben. Sie sind nicht geschwunden, sondern durch die Ausgestaltung, die das Gesetz in der Kommission gefunden hat, ist es für uns unannehmbar geworden. Wie das Vereinsgesetz ein Ausnahmegesetz für die deutschen Arbeiter ist, so ist das Börsengesetz ein Ausnahmegesetz für die deutschen Konsumenten, im wesentlichen also wieder für die Arbeiterklasse. Wenn wir uns dazu verstanden hätten, für die Regierungsvorlage zu stimmen, trotzdem auch dort das Verbot des Terminhandels im Getreide aufrecht erhalten ist, so hätten wir es getan, weil die Regierungsvorlage die bestehende Rechtsunsicherheit zwar nicht ganz zu beseitigen, aber doch bedeutend einzuschränken imstande gewesen wäre. Mit dem, was die Kommissionsverhandlungen aus dem Gesetz gemacht haben, **ist das nicht mehr der Fall.** Man mag zur Börse stehen wie man will, dazu hat man jedenfalls kein Recht, einen Teil der Börsenbesucher anders zu behandeln als den anderen. Dieses Gesetz schafft aber einen **Ausnahmezustand** für den Teil der Börsenbesucher, der mit Mühlenfabrikaten handeln will und dadurch den Agrariern die Möglichkeit, das Volk noch mehr auszupowern, **etwas erschwert.** Es liegt kein Recht vor, die Produktenbörse unter ein Ausnahmegesetz zu bringen. Man hat sich in der Kommission auf die Zustimmung der Produktenbörse selbst berufen. Wenn man jemanden fragt, willst du ins Zuchthaus oder ins Gefängnis? so wird er natürlich das Gefängnis wählen. In dieser Lage befinden sich die Leute von der Produktenbörse. Die Liberalen, die im Interesse der Volkswohlfahrt die Börse als eine Notwendigkeit hingestellt haben, durften nun und nimmer die Produktenbörse einer Behandlung preisgeben, wie man sie anständigen Leuten nicht zumuten kann. Ein Börsenteilnehmer kann den Terminhandel ungehindert betreiben. Wenn er sich aber einfallen läßt, Getreide zu verkaufen, so steht er von vornherein unter dem Verdacht, ein Betrüger und Schwindler zu sein. Herr Mommsen hat sich gestern ja ganz begeistert für die Strafen ausgesprochen. Da wundere ich mich nur, daß er sich nicht als **Mitglied des Börsenvorstandes an die Regierung gewendet hat,** sie möchte doch **dieselben Strafbestimmungen auch für die Effektenbörse einführen.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Oder glaubt er vielleicht, daß an der Effektenbörse nicht auch geschwindelt wird? Der Liberalismus hat die Produktenbörse nicht nur den Agrariern ausgeliefert, sondern auch

der öffentlichen Verachtung preisgegeben.

(Zuruf rechts: Gut gebrüllt, Singer!) Dem Zwischenrufer bemerke ich, er hat kein Empfinden dafür, daß es sich in diesem Momente darum handelt, zu den vielen Ausnahmegesetzen, welche die Blockparteien für notwendig halten, eines hinzuzufügen, das einen ehrbaren Stand von Leuten in eine Situation bringt, daß ihre Geschäfte nur unter Polizeiaufsicht zulässig sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gestern wurde darüber diskutiert, ob die Börsengeschäfte unter den Deklarationszwang zu stellen sind. Wenn Sie meinen, daß die Börsenbesucher wie Pfandleiher behandelt werden müssen, deren Bücher unter behördlicher Kontrolle stehen, so müßte dies für alle Börsenbesucher gelten. Aber Ihre (zu den Freisinnigen) Berufsgenossen halten Sie von diesen Bestimmungen frei, denen Sie nur die Produktenbörse unterwerfen. Sonst hätte Herr Mommsen verlangen müssen, daß alle Börsengeschäfte deklariert werden, daß auch die Großbanken ihre Bücher den Behörden vorlegen müssen.

Die erste Beratung in der Kommission führte zu einem Ergebnis, daß die Regierung die Kommissionsbeschlüsse für unannehmbar erklärte. Nun kamen die ehrlichen Makler in den Personen der Nationalliberalen und machten ein Kompromiß. In dieses Kompromiß wurden auf Antrag der Konservativen noch erhebliche Aenderungen zugunsten des Agrariertums hineingebracht und die Nationalliberalen akzeptierten auch das noch. Man muß den Agrariern das Kompliment machen, daß sie es verstanden haben, in der Kommission die Nationalliberalen für ihre Zwecke zu bekommen. Der Liberalismus hat den Agrariern so ziemlich alle Wünsche erfüllt. Wenn dem Liberalismus diese Situation gefällt, nun ich habe nichts dagegen, das ist Geschmacksache. Aber die **Wahrheit muß festgestellt** werden und die Wahrheit besteht darin, daß **die Liberalen jetzt einer Fassung zustimmen, die sie noch vor kurzer Zeit**

als unannehmbar

bezeichnet haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Börsengesetz hat eine Fassung erhalten, daß Dr. Roesicke sagen konnte, wer gegen das Börsengesetz stimmt, stimme auch gegen die Landwirtschaft. Das Börsengesetz sowohl wie das Vereinsgesetz bedeuten nicht mehr und nicht weniger wie den

moralischen Zusammenbruch des Liberalismus.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm bei der Mehrheit.) Das Börsengesetz in seiner jetzigen Form ist eine Illustration zu dem Patzerschen Wort, daß der Liberalismus der Regierung weder Grund noch Vorwand geben wolle, ihn aus einem Block auszuschalten, **der sich bei den Diners im Reichskanzleramt sein politisches Verhalten diktieren läßt.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Schrader hat seine Vergangenheit nicht ganz verleugnen können. Er leistet in seinem offenen Brief feierlich Abbitte und sucht sein Verhalten zu entschuldigen. Ich kann nur auf das lebhafteste bedauern, daß Parteien, die früher um Ideale gekämpft haben, so heruntergekommen sind, daß sie um des Scheins willen an der Gesetzgebung mitzuwirken, ihre Vergangenheit verleugnen und ihre Prinzipien verraten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm bei der Mehrheit.) Ich bin mir nicht im Zweifel darüber, wie das Volk urteilen würde, wenn es gefragt würde, ob diese beiden Gesetze einen liberalen Charakter tragen. Es sind **Ausnahmegesetze,** die sich hauptsächlich gegen die Arbeiterklasse richten und die, das hoffe ich andererseits, ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse nicht verfehlen werden. Wir stimmen gegen das Börsengesetz, und wir sind sicher, daß unsere Abstimmung **im Interesse des Volkes die richtige ist.** Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die sogenannte Reform des Börsengesetzes keine Reform zugunsten der Konsumenten und keine Reform ist, die eine Besserung der Volksernährung im Gefolge hat. Es ist

eine Reform im Interesse der Agrarier,

im Interesse der Bevölkerungsklasse, die zwar selbst Börsengeschäfte machen will, die aber die Verallgemeinerung dieser Geschäfte nicht zugeben will, **damit der Getreidepreis hoch bleibt.** Wir leisten dem Volke einen Dienst, wenn wir dieses Gesetz ablehnen. Wenn Sie jetzt bei der Schlußabstimmung den Siegel unter diese Vorlage setzen, so verzichten Sie auf lange Zeit auf eine vernünftige Börsengesetzreform. Deswegen können die Herren, die heute das Börsengesetz und das Vereinsgesetz angenommen haben, die sich in einem gewissen Siegestaumel befinden, fest darauf rechnen, daß das Volk diese Abstimmungen nicht vergessen und bei den Wahlen die entsprechende Quittung geben wird. Das Gesetz ist zustande gekommen unter dem Zwange eines Parteiblocks, bei dem die Liberalen zwar geduldet werden, bei dem aber nichts Liberales erreicht ist. Die Gesetze wurden von den Agrariern und Reaktionären diktiert **und der Freisinn hat nur die Ehre gehabt, den Hausknecht der Reaktion zu spielen.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm bei der Mehrheit.)

Damit schließt die **Diskussion.**

Das Börsengesetz wird in **namentlicher Abstimmung mit 203** gegen 168 Stimmen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste **Sitzung Dienstag, den** 28. April, 8 Uhr: Petitionen. Präsident Graf **Stolberg wünscht den Abgeordneten fröhliche Ostern!**

Schluß 8½ Uhr.

Marx und die Sklaverei.

Wir haben vor einiger Zeit den Artikel wiedergegeben, den Genosse Kautsky in der „Neuen Zeit" unter dem Titel: „Marx als Verfechter der Sklaverei" veröffentlichte wider einen Artikel Schippels in den „Sozialistischen Monatsheften". Schippel teilte darauf im „Vorwärts" mit, daß er „mit ein paar, aber nicht allzu vielen und nicht allzu höflichen Worten" in der nächsten Nummer der „Monatshefte" „auf die Sache" zurückkommen werde. Das hat er denn auch in seiner Weise getan.

Schippel verwahrt sich zunächst gegen die Behauptung des Kautskyschen Artikels, er (Schippel) habe Engels „zum Gegner des Milizsystems" gemacht. Er habe Engels stets, schon im ersten Isegrim-Artikel in dem Sinne als Milizanhänger bezeichnet, daß er „das heutige System schließlich aus seiner inneren Bewegung im wirklichen Volksheere enden sah". Zur eigentlichen Sache schreibt Schippel sodann:

„Nun hat unser liederlicher Tugendhüter schon wieder eine andere Schandtat entdeckt. Ich habe nämlich — soll mans glauben? — Marx und Engels in alle Ewigkeit die Sklaverei als Notwendigkeit verteidigen lassen, während doch Marx . . . Und nun bricht wieder ein öder Wortschwall hervor, was Marx „schon" 1864 gegen die Sklaverei geschrieben habe, dann 1865, dann . . . Schande, Infamie habe er sogar gesagt . . ., und noch verschiedenes andere habe er gesagt.

Gewiß, das alles hat er seinerzeit gesagt. Sollte ich das alles nicht gewußt haben? Oder haperts doch vielleicht wo anders? Die Sache ist in der Tat so lächerlich einfach, daß ich die grausenerregende „Fälschung" — jede Parteidiskussion bewegt sich ja neuerdings nur zwischen „Fälschern" und „Unterschlagern" — wortgetreu nochmals abdrucke:

Text: Wir (alle, Marx, Engels, Edelmarxisten, Vulgärmarxisten, einfache Marxisten) „verwerfen und bekämpfen" „jede rohere Ausbeutungsform, die bereits durch eine höhere, mildere Form ersetzt werden kann — wobei wir die letzte konkrete Entscheidung natürlich für jeden einzelnen Fall von den vorliegenden, sehr vielgestaltigen Tatsachen und Umständen abhängig machen müssen." Dazu Fußnote: „Im Einzelfalle haben Marx und Engels zuweilen viel zögernder (gleich in der Urschrift unterstrichen: zögernder, weiter nichts!) geurteilt als bürgerliche Reformer. Zum Beispiel über die Abschaffung der Negersklaverei in den amerikanischen Südstaaten. Hierzu schreibt Marx 1847: „Ohne Sklaverei keine Baumwolle; ohne Baumwolle keine moderne Industrie . . . Ohne die Sklaverei würde Nord-Amerika, das vorgeschrittenste Land, sich in ein patriarchalisches Land verwandeln. Man streiche Nordamerika von der Weltkarte, und man hat die Anarchie, den vollständigen Verfall des Handels und der modernen Zivilisation. Laßt die Sklaverei verschwinden, und ihr streicht Amerika von der Völkerkarte." Und Engels erklärt 1884 das „vollkommen richtig für das Jahr 1847", erst später sei „die Abschaffung der Sklaverei möglich" geworden, „und selbst dann hatte sie zur Folge den Ruin des Südens". Ich halte das eine und das andere für falsch, für eine falsche Abschätzung der Tatsachen von 1847 und 1884, aber so wenig für unsozialistisch wie oben die allgemeinen Aeußerungen über Sklaverei."

Eines Kommentars bedürfen diese Sätze für vernünftige Menschen überhaupt nicht. Ich frage also den Genossen Kautsky nur noch: Ist er so unwissend, daß ihm unbekannt geblieben ist, wie rückhaltlos, ohne jedes aufsteigende Bedenken wegen der „Streichung Amerikas von der Völkerkarte", im Jahre 1847 der Kern der bürgerlichen Abolitionsbewegung die Abschaffung auch der südstaatlichen Sklaverei sofort für möglich und durchsetzbar erklärte? War also das angeführte Urteil Marx' in demselben Jahre 1847, im Vergleich zu manchem dieser Reformer, „zögernder" oder nicht? Ist der Genosse Kautsky so unwissend, daß ihm unbekannt geblieben ist, wie im Jahre 1884 viele bürgerliche Reformer längst nicht mehr an den Ruin des Südens als Folge der Abschaffung glaubten? War also das Urteil Engels' in demselben Jahre 1884, im Vergleich hiermit „zögernder" oder nicht? Wörtlich heißt es bei Engels, noch eindeutiger als in meiner knappen Zusammenfassung: „Dies war vollkommen richtig für das Jahr 1847 . . . Erst seitdem der Norden Korn und Fleisch für die Ausfuhr produzierte und daneben ein Industrieland wurde, und seitdem dem amerikanischen Baumwollmonopol in Indien, Aegypten, Brasilien usw. eine mächtige Konkurrenz entstanden, war die Abschaffung der Sklaverei möglich." Nochmals: da hatten es manche bürgerlichen Reformer „eiliger". Engels hat, wie ich jederzeit nachschlagen könnte, später dieses Urteil über die südstaatliche Wirtschaftsentwickelung selber berichtigt, aber eben . . . später, zögernder als mancher bürgerliche Abolitionist. Und weiter habe ich nichts behauptet . . ."

Aus der Replik Kautskys in der letzten Nummer (27) der „Neuen Zeit" heben wir folgendes hervor:

„Es handelt sich darum, daß Schippel behauptete, wir dürften nicht grundsätzlich gegen die Ausbeutung, Expropriierung und Versklavung der Eingeborenen in den Kolonien auftreten. Auch Marx habe mitunter gezögert, sich entschieden gegen die Abschaffung der Sklaverei auszusprechen. So habe er 1847 die Notwendigkeit der Sklaverei für Amerika anerkannt, und Engels habe 1884 erklärt, daß 1847 allerdings die Abschaffung der Sklaverei noch nicht möglich gewesen sei.

Wer sich gegen die Abschaffung der Sklaverei erklärt, ist ein Verfechter der Sklaverei. Aus welchen Gründen also Schippel gegen die Behauptung protestiert, er habe Marx zum Verfechter der Sklaverei gemacht, ist unerfindlich. Tatsächlich wiederholt er in seiner Entgegnung diese seine Darstellung des Marxschen Standpunktes.

Die Marxzitate von 1864 und 1865 gegen die Sklaverei läßt er nicht gelten, denn diese Zitate bewiesen bloß, daß sich die Verhältnisse seit 1847 geändert hätten. Was damals unmöglich gewesen, sei 1864 möglich geworden.

Schippel vergißt dabei, daß die Zitate von 1864 und 1865 nirgends sagen, erst jetzt sei die Zeit gekommen, die Sklaverei zu bekämpfen. Sie sprechen von der Sklaverei im allgemeinen, so auch die Zitate aus dem „Kapital". Man nennt nicht eine Institution eine Infamie, eine Schande, einen Greuel, wenn man gegen ihre Abschaffung noch wenige Jahre vorher Bedenken geäußert hat.

. . . . . .

Kennt Schippel frühere Aussprüche von Marx über die Haltung, die das Proletariat zur Sklaverei einzunehmen hat, dann möge er damit hervorkommen. Das Zitat aber aus dem „Elend der Philosophie", auf das er sich auch jetzt wieder stützt, ist dazu völlig unbrauchbar, denn, ich wiederhole es, darin wird nicht die Frage behandelt, auf die es ankommt. In dem Zusammenhang, in dem es steht, wird mit keinem Wort die Frage untersucht, wie das Proletariat sich zur Abschaffung der Sklaverei zu stellen hat, sondern es wird gezeigt, welche Rolle die Sklaverei für die bürgerliche Industrie spielt.

Das habe ich in meiner Kritik ausführlich gezeigt, das war der springende Punkt meiner Ausführungen — gerade darüber aber schweigt sich Schippel vollständig aus. Ich kennzeichne seine Auffassung des Marxschen Zitats als eine Verdrehung — und er bringt jetzt einfach die Verdrehung nochmals vor, ohne nur den leisesten Versuch, mich zu widerlegen oder zu korrigieren. Da brauchte natürlich auch ich nichts weiter zu tun, als die Anklage der Fälschung, die ich gegen ihn erhoben, ohne weitere Begründung als die in meinem ersten Artikel gegebene zu wiederholen.

Da aber Schippel in seiner Replik das Wort von Engels unterstreicht, die Abschaffung der Sklaverei sei 1847 noch nicht möglich gewesen, so sei für etwaige unerfahrene Leser eine kurze Bemerkung angefügt.

Marx und Engels begnügten sich nicht damit, die Institutionen, die sie bekämpften, einfach zu verdonnern. Sie suchten sie zu begreifen, ihre Grundlagen in den gegebenen Verhältnissen zu erkennen, nicht um in ihrer Bekämpfung zu „zögern", sondern um ihre Bekämpfung zweckmäßiger zu gestalten. Denn um dem Feind wirksam entgegentreten zu können, muß ich seine starken Seiten kennen.

Dank diesem Streben, nicht bloß die schwachen, sondern auch die starken Seiten des Gegners zu erforschen, haben sie manchen Satz geschrieben, der jeden stutzig macht, der nur Verurteilungen und Brandmarkungen unserer Gegner in unserer Literatur sucht. Aber jeder Kenner des Marxismus macht sich einer Fälschung schuldig, der solche Stellen als Anerkennung der gegnerischen Position hinstellt und in diesem Sinne ausnutzt.

So schrieb zum Beispiel Engels 1875 in seiner Schrift „Soziales aus Rußland":

„Nicht bloß der russische Staat im allgemeinen, sondern sogar seine spezifische Form, der Zarendespotismus, statt in der Luft zu hängen, ist ein notwendiges und logisches Produkt der russischen Gesellschaftszustände."

Wäre es nicht eine freche Fälschung, wenn jemand diesen Satz dahin auslegte, Engels habe 1875 noch „gezögert", auf die Beseitigung des Zarendespotismus hinzuarbeiten, der für Rußland notwendig sei?

Marx nennt einmal die industrielle Reservearmee, also die Arbeitslosigkeit, „eine Lebensbedingung der modernen Industrie", wer aber fände den Mut, zu behaupten, John Burns, diese Parallelerscheinung zu Max Schippel, stehe auf dem Boden des Marxismus, wenn er allen energischen Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widerstrebt?

Marx und Engels waren nicht die Leute, die erst an dem Tage Republikaner werden, an dem die Einführung der Republik möglich ist, erst dann Sozialisten, wenn die Diktatur des Proletariats vor der Tür steht, nur dort Gegner der Sklaverei, wo die bürgerliche Welt selbst schon deren Ueberwindung möglich macht.

Das mag Isegrims Auffassung sein. Es war nie die von Kämpfern wie Marx und Engels.

Isegrim suchte sie aber auf sein Niveau herunterzuziehen, um sie zur Deckung zu benützen für seinen eigenen Standpunkt, da es ihm doch zu bedenklich schien, ihn ohne solche Deckung einzunehmen, den Standpunkt, wir sollten um der „positiven Arbeit" in der Kolonialpolitik willen auch deren notwendige Konsequenzen schlucken: Expropriierung, Ausbeutung, Zwangsarbeit der Eingeborenen. Kurz, wir sollten unsere, in unserem Programm wie auf unseren Kongressen mehrfach festgesetzten Grundsätze verleugnen, die er obendrein noch als matte Predigerdenkweise verhöhnt.

Der Protest dagegen bildete den Ausgangspunkt meines Artikels. Ich erklärte dort: Schippel tritt unser Parteiprogramm mit Füßen, und um dies saubere Treiben zu beschönigen, fälscht er Marx.

Um die Anklage der Marx-Fälschung redet er sich mit unhöflichen Worten herum, die den springenden Punkte aus dem Wege gehen. Die Anklage, sein Standpunkt bilde eine Verletzung unseres Programms, übergeht er mit völligem Stillschweigen — nicht aus Raummangel, denn ein volles Drittel seiner Entgegnung gilt einer Auseinandersetzung über das Milizsystem und die zweijährige Dienstzeit in Oesterreich.

Nun, die Antwort, die er nicht gibt, ist auch eine Antwort.

Ich habe kein Joka meiner Anklage zurückzunehmen."

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Polizeiattacke gegen die Arbeitslosen.

Am Mittwoch, dem zweiten Verhandlungstag, wurde zu Beginn der Sitzung von dem am Dienstag vernommenen Bauführer Heinrichs eine Erklärung abgegeben. Aus den Zeitungen habe er ersehen, daß der Polizeihauptmann Schmidt über ihn ausgesagt habe, die Auffindung des Revolvers sei von Heinrichs zunächst verheimlicht worden. Diese Behauptung sei „überaus leichtfertig von einem höheren Polizeibeamten"; von einer Absicht der Verheimlichung könne gar keine Rede sein. Schmidt wies in scharfem Ton den Ausdruck „leichtfertig" zurück. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Blanckmeister suchte den Herrn Hauptmann zu beschwichtigen, indem er die Ansicht äußerte, dieser Ausdruck beziehe sich wohl mehr auf die Berichte der Zeitungen. Heinrichs wurde nicht gefragt, ob er das tatsächlich gemeint habe.

Fortsetzung der Beweisaufnahme.

Es wurde dann in der Beweisaufnahme fortgefahren. Vernommen wurde eine große Zahl Zeugen, die von der Verteidigung geladen waren. Die Aussagen ergaben in ihrer ziemlich vollständigen Uebereinstimmung ein hinreichend klares Bild der Vorgänge, die sich am Schiffbauerdamm abgespielt hatten. Mehr und mehr geriet jetzt

die Polizei selber auf die Anklagebank.

Droschkenkutscher Schumm, der am 21. Januar mit seiner Droschke vor dem Theaterneubau gehalten hatte, gab an: der Zug der Arbeitslosen sei

von beiden Seiten durch Polizei bedrängt

worden, auf

Fliehende sei eingehauen

worden, sogar

in seiner Droschke

sei ein Fahrgast noch durch

Säbelhiebe

verletzt worden. Die Aussagen wurden vom Droschkenkutscher Mohr unterstützt. Auf Befragen des Rechtsanw. Rosenfeld bekundete Mohr ferner, daß auch ein Mann in Zivilkleidung mit einem kurzen, stockähnlichen Gegenstand auf einen Fliehenden einhieb, der zu gleicher Zeit von einem Schutzmann in Uniform attackiert wurde. Hier meldete sich der gestern vernommene Polizeileutnant Maurer und gab an, daß Privatleute ihm gesagt hätten, sie würden mit zuschlagen, wenn der Zug noch einmal vorüberkäme. Polizeihauptmann Schmidt wußte sogar zu berichten, daß Bewohner des Schiffbauerdammes ihm direkt versichert haben, sie hätten tüchtig hauen geholfen. Aus fünf oder sechs Häusern seien ihm auch Flüchtlinge ausgeliefert worden, die man festgehalten hatte, bis Polizei kam.

Wie stand es mit Spitzeln?

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Herzfeld bezüglich der Aufgabe, die etwaigen Spitzeln bei solchen Zusammenstößen zugewiesen werde, antwortete Schmidt erregt:

„Ich weise es mit Entrüstung zurück, daß bei der Polizei Spitzel beschäftigt sind. Spitzel sind meines Erachtens Leute, die zu strafbaren Handlungen zu verleiten suchen."

Um über diesen Punkt Aufklärung zu schaffen, beantragte Rechtsanwalt Rosenfeld, zwei im Dienste der Polizei stehende Personen zu laden: den Kriminalbeamten Drabert, der als „Gräfling" Mitglied sozialdemokratischer Wahlvereine, zuletzt desjenigen für Berlin III geworden sei und an den Demonstrationen vom 12. Januar teilgenommen habe und neben ihm den Kriminalbeamten Kassube, der unter dem Namen „Schneider" in Berlin V und später unter dem Namen „Krutzke" in Berlin IV den Sozialdemokraten gespielt, am 12. Januar als Demonstrant kräftig gejohlt habe und schließlich in der Friedrichsgracht von seinen eigenen, ihn verkennenden Kollegen mit Säbelhieben so schwer verwundet worden sei, daß man ihn in einer Droschke fortschaffen mußte. Durch Draberts und Kassubes Bekundungen werde widerlegt werden, was Schmidt ausgesagt habe. Hauptmann Schmidt erläuterte nunmehr seine Aussage dahin, er habe nicht sagen wollen, daß es keine Spitzel gebe, sondern nur, daß in 25 Dienstjahren ihm keiner bekannt geworden sei und daß er auch die Institution der Spitzel nicht kenne.

Droschkenkutscher Reichenbach bestätigt im wesentlichen die Angaben der beiden anderen Kutscher. Von einem „Steinhagel", der auf die Schutzleute niedergeprasselt sei, weiß er nichts; es seien nur 3—4 Steine geworfen worden, aber nicht vom Neubau aus. Den Mann in Zivil, der auf einen Wehrlosen einhauen half, bezeichnet er als Kriminalschutzmann. Auf des Vorsitzenden Frage „Warum?" antwortet er: „Weil der Herr gleich so kampfbereit war; der hatte direkt darauf gewartet." Dieser Mensch sei auch von keinem Schutzmann am Einhauen gehindert worden. Von der Zeugenbank trat jetzt ein Schutzmann vor. Er versicherte, von Hausportiers seien Schutzleute herbeigeholt worden, damit sie die Häuser „säuberten", dabei hätten die Portiers „mitgehauen".

Es folgte dann die Vernehmung der

Arbeiter vom Theaterneubau,

die über die speziell auf sie selber ausgeführte Polizeiattacke aussagten. Ihrer Darstellung, die in manchen Einzelheiten geradezu Entsetzen erregen mußte, wurde vielfach widersprochen von den auf der Zeugenbank sitzenden Polizeibeamten, vor allem vom Polizeihauptmann Schmidt, der bei dieser Attacke den Anführer gemacht hatte. Stukkateur Schnell bekundete, der Herr Hauptmann sei mit seinen Leuten den Flüchtlingen in den Neubau hinein nachgestürmt, habe sich sehr aufgeregt benommen, seine Augen haben gerollt, er habe auf den Rohrleger Kleinert eingehauen, der eben sein Werkzeug zusammenraffen wollte. Rohrleger Kleinert sagt aus, Schmidt habe auf ihn eingehauen und dabei geschrien: „Wollen Sie gehen? Wollen Sie gehen?" Er habe gebeten: „Guter Herr, ich muß doch erst mein Werkzeug einpacken"; er sei aber weiter geschlagen worden. Auch einen 64jährigen Arbeiter habe der Hauptmann schlagen wollen, der habe ihn um Gnade angefleht. Herr Schmidt erklärt hierzu, wenn Kleinert geschlagen worden sei, so werde er sich eben widersetzt oder vielleicht den Arm erhoben und eine drohende Haltung angenommen haben. Kleinert versichert, er habe mehr als 20 Schläge erhalten, er habe sich von einem Arzt untersuchen lassen und habe drei Wochen lang an den Folgen jener Schläge gelitten. Er bekundet schließlich noch, dem Hauptmann habe der Geifer vor dem geöffneten Munde gestanden. Nach den Aussagen des Bildhauers Kurth haben die Schutzleute auf Personen, die flüchteten, unbarmherzig eingehauen. Die Rufe „Bluthunde" seien erst gefallen, als auf die Menge eingeschlagen wurde. Der Schuß sei erst gefallen, nachdem die Metzelei schon längst im Gange war und „schon fest auf die Menge eingeschlagen wurde". Er habe nicht bemerkt, daß von dem Neubau aus geworfen worden sei. Die Menschen hätten sich absolut nicht retten können; wenn sie ihrer Wege gehen wollten, seien sie unbarmherzig geschlagen worden. Er habe auch gehört, daß vom Hofe aus ein Polizeibeamter nach dem Neubau hinaufgerufen habe:

„Wenn Ihr jetzt nicht macht, daß Ihr wegkommt, dann schieße ich!"

Auch dieser Behauptung widersprechen Hauptmann Schmidt und mehrere Polizeibeamte. Zeuge Schmidt erklärt, daß er einen solchen Ruf nicht gehört habe. Er selbst sei weder auf dem Hofe gewesen, noch habe er eine Schußwaffe bei sich gehabt. — Steinmetz Müller: Vom Neubau sei nicht geworfen worden, sondern bloß von der Straße. Auf dem Bau sei ein

Monteur mit Säbelhieben traktiert

worden und habe nur darauf erwidert: „Lieber Mann, was wollen Sie denn von mir? Sie sehen doch, daß ich arbeite!" Der Zeuge bekundet weiter: er habe gehört, wie der Polizeihauptmann Schmidt gerufen habe:

„Jetzt gibt's Dresche!"

Zeuge Hauptmann Schmidt: Eine Ankündigung des Waffengebrauchs hat nicht stattgefunden. Solch vulgärer Ausdruck, wie „Jetzt gibt's Dresche", liegt mir vollständig fern! — Bildhauer Max Kern: Er habe gesehen, daß bei dem Krawall auch eine Zivilperson auf die Menge geschlagen habe. Der Krawall sei schon so ziemlich vorbei gewesen, als Polizeihauptmann Schmidt auf den Neubau heraufgestürmt kam und mit gezücktem Säbel auf einen arbeitenden Steinmetz zugelaufen sei. Er habe auch gehört, daß ein Polizeioffizier hinaufgerufen habe: „Ich schieße!" Auf Befragen der Verteidiger erklärt der Zeuge: Die Schutzleute hätten schon vor dem Schuß eingehauen, nach dem Schuß sei es erst recht geschehen. „Ich habe so etwas noch nicht gesehen!" Auch gegen diese Darstellung wenden sich die Polizeibeamten. Der am Schiffbauerdamm wohnende Grünkramhändler Grüger, ein schon älterer Mann, hat auch einen Säbelhieb abbekommen. Er bekundet, daß er an jenem Tage, als die Demonstranten herankamen, schleunigst noch seine Aepfel, die auf der Straße ausgestellt waren, retten wollte. Hierbei habe er plötzlich von hinten einen Säbelhieb erhalten. Seine Frau habe ihm später erzählt, ein Polizeioffizier habe ihn geschlagen. Bildhauer Scheibe hat gesehen, daß ein Schutzmann, ehe ein Stein geworfen war, mit dem Säbel geschlagen hat. Ein anderer Schutzmann habe ihm nach oben zugerufen: Scheren Sie sich vom Gerüst herunter, oder wir schießen durch die Rüstung durch!"

Die Obermonteure Haferland und Pagel von den „Berliner Elektrizitätswerken" sollen bekunden, daß kurz vor Beginn der Schlacht am Schiffbauerdamm ein Kriminalschutzmann auf dem benachbarten Grundstück der „B. E.-W." sich in die Uniform eines Beamten dieser Gesellschaft gesteckt habe. Gegen diesen Kriminalschutzmann sei, so führte Rechtsanwalt Herzfeld aus, der Verdacht rege geworden, daß ihm der Revolver losgegangen sei. Hierzu bestätigt Pagel, daß ihm über eine solche Umkleidescene tatsächlich etwas erzählt worden ist; er wisse aber nicht, von wem — und er habe auch mit keinem Menschen weiter darüber gesprochen. Der von der Kugel getroffene Schutzmann Gransow bekundet, daß der Schütze nicht etwa eine blaue Monteurkleidung, sondern einen hellgrauen Anzug getragen habe.

Hierauf wurde die Vernehmung der Arbeiter des Neubaues fortgesetzt. Sie ergab immer wieder dasselbe Bild: nach den Aussagen mancher Zeugen sind die Polizeimannschaften unter Führung des Hauptmanns Schmidt

mit wilder Bravour in den Bau hineingestürmt

und haben

rücksichtslos den Säbel gebraucht.

Bauarbeiter Budig bekundet, er sei während der Arbeit von hinten angegriffen und mit dem Säbel bearbeitet worden. Als er bat, sein Werkzeug in Sicherheit bringen zu dürfen, sei er blutig geschlagen worden. Hauptmann Schmidt behauptete, dann gehöre Budig zu denen, die nach ihm etwas werfen wollten. Budig bestritt das aufs entschiedenste. Rechtsanwalt Rosenfeld stellte fest, daß die Hiebe auf den Arm und vor allem auf das Kreuz gefallen waren. Auch von Budig wurde, wie von anderen Zeugen, bekundet, daß

Schmidt sehr aufgeregt

gewesen sei; der

Schaum habe ihm vor dem Munde

gestanden. Diese Aussage wurde von Schmidt in dem ihm eigenen Tone als „grenzenloser Unsinn" bezeichnet. Vergeblich ersuchten die Verteidiger den Vorsitzenden, gegen solche Ausdrucksweise den Zeugen in Schutz zu nehmen. Der Herr Hauptmann erklärte noch mit Bezug auf sich selber: „Ich würde einen Menschen, der sich so benimmt, wie ich hier geschildert werde, als einen solchen bezeichnen, der den Verstand verloren hat."

Den Zeugen Budig fragte der Vorsitzende, ob er selber denn nicht auch aufgeregt gewesen sei; wenn man plötzlich so von hinten überfallen und geschlagen werde, gerate man doch in Erregung. Als Budig antwortete: „Nein, das kann ich nicht; denn ich bin Familienvater und habe Frau und Kinder!" belehrte ihn der Vorsitzende: dazu habe er doch in solchem Falle ein Recht. Leider hat dieses Recht, sich über Polizeiattacken „aufzuregen", schon manchen auf die Anklagebank gebracht.

Arbeiter Klooß bekundet, er sei

von hinten übers Kreuz geschlagen

worden, als er gerade Koks einschüttete. Maurer Schulz schildert, wie Hauptmann Schmidt mit gezücktem Degen umhergelaufen sei, während ihm Schaum vor dem Munde stand.

Er habe mit Schießen gedroht, falls der Bau nicht geräumt werde. Ueber den Schuß, der auf der Straße abgegeben wurde, bekundet Zeuge, daß dabei das Pferd eines Berittenen sich gebäumt habe.

Diese Angabe deckt sich mit denen anderer Zeugen. Der Vorsitzende findet es „auffallend", daß die Zeugenaussagen so übereinstimmen. Rechtsanwalt Rosenfeld repliziert schlagfertig: „Wie die Aussagen der Schutzleute! Die stimmen auch so überein". Aus dem Zuhörerraum antwortet vernehmliche Heiterkeit. Polizeihauptmann Schmidt will durch das Zeugnis seiner Beamten beweisen, daß er nicht mit Schießen gedroht habe. Ein siebzehnjähriger Maurer Gutsche war im Zuge und kriegte einen Säbelhieb über den Kopf. Er blieb als Zeuge unvereidigt. Maurer Hanack schildert,

wie auf die Arbeitslosen eingehauen wurde,

sogar auf einen, der einen Verwundeten wegführte. Ein Mann in Zivil habe mit einem Gummischlauche geschlagen. Auf dem Bau sei auch Hanack selber geschlagen worden; man habe ihm gesagt: vom Hauptmann; diesem habe der Schaum vor dem Mund gestanden. Bildhauer Diesner hat nichts bemerkt von den „Steinsalven", die vom Bau gekommen sein sollen. Bildhauer Kern fügt hinzu, daß seinen Bauten gar kein Wurfmaterial zur Verfügung stand. Bildhauer Drake sah den Mann in Zivil mit einem Gummischlauch schlagen, hörte die Drohung eines Polizeioffiziers, man werde hinaufschießen. Metallarbeiter Mahlow schildert den Angriff auf die wehrlose Menge, die nur von der Flucht in den Neubau Rettung hoffen konnte.

Hierauf gibt Polizeihauptmann Schmidt wieder mal eine Erklärung ab. Erst aus Zeitungsberichten habe er ersehen, daß Rechtsanwalt Heinemann über ihn behauptet habe, er sei am 21. Januar in einem Zustande der Erregung gewesen, der ihm eine richtige Beobachtung der Dinge unmöglich machte. Gegen diese Herabwürdigung seiner Person lege er Verwahrung ein. Wenn man über ein Vierteljahrhundert in diesem Milieu sich bewegt habe, rege man sich über solche Vorgänge nicht im mindesten mehr auf. Heinemann antwortete kühl, er habe nichts von dem gestern Gesagten zurückzunehmen.

Die Beweisaufnahme über die Vorgänge am Schiffbauerdamm war hiermit beendet. Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte Ladung noch einiger Zeugen, die weiteres hierüber bekunden würden, z. B. auch das, daß Polizeileutnant Maurer auf die schon abziehenden Demonstranten habe einhauen lassen unter dem anfeuernden Rufe:

„Haut, was Ihr könnt!"

Zu laden sei auch der Arzt Dr. Zadek, der Kleinerts Wunden untersucht hat.

Rechtsanwalt Heinemann beantragte Beweiserhebung auch über die Vorgänge im Hause des Metallarbeiterverbandes (Charitéstraße) und forderte Vernehmung von 23 Zeugen, durch deren Aussagen er das provozierende Verhalten der Polizei und besonders des Hauptmanns Schmidt noch deutlicher beleuchten wolle. Polizeihauptmann Schmidt sei der Meinung gewesen, daß sich einige Demonstranten in die Verbandsräume geflüchtet hätten und sei daher mit einigen Polizeibeamten dorthin gestürmt, nachdem er kommandiert hatte:

„Zwei Mann abgesessen! Die Halunken müssen heraus!"

Er habe das Haus verschlossen gefunden, auf sein Klopfen habe die Portiersfrau geöffnet und versichert, daß Flüchtlinge nicht im Hause seien. Polizeihauptmann Schmidt habe die Frau aber zur Seite gestoßen und gesagt:

„Machen Sie, daß Sie fortkommen, dämliches Weib!"

Er sei dann mit den Beamten die Treppe hinaufgestürmt bis zu den im dritten Stocke gelegenen Verbandsbureauräumen. Dort sei der gestern hier vernommene Zeuge Tomaschek, der mit den Demonstranten nichts zu tun gehabt und sich nur aus Posen zurückmelden wollte, anwesend gewesen und ohne weiteres von den Schutzleuten gemißhandelt worden. Da sei der Verbandsbeamte Blumenthal aus dem Bureau gekommen und habe gefragt, was los sei? Er sei dann

sofort malträtiert

worden, obwohl er wiederholt versicherte, daß kein Mensch weiter anwesend sei. Blumenthal sei hierauf

zur Wache transportiert

worden, wo er bis 8 Uhr abends habe bleiben müssen. Durch die Vernehmung dieser Zeugen soll bewiesen werden, daß Hauptmann Schmidt in einem Zustande der Erregung sich befunden, daß er die Vorgänge nicht der Wirklichkeit entsprechend wieder zu geben vermöge. Er habe beispielsweise behauptet, daß Blumenthal mit einem „Knüppel" aus dem Bureau gekommen sei, während es bloß ein Federhalter gewesen. Staatsanwalt Töpffer: Gegen Blumenthal schwebt bereits ein Hauptverfahren wegen Widerstandes, so daß er schwerlich als Zeuge über diese Vorgänge vernommen werden könne.

Das Gericht beschließt, den weiter oben erwähnten Antrag auf Ladung der Kriminalbeamten Drabert und Kassube abzulehnen, weil die Tatsachen, über die sie vernommen werden sollen, in keinem Zusammenhange mit dieser Anklage stehen. Die übrigen genannten Zeugen sollen, soweit sie ordnungsmäßig geladen sind, vernommen werden.

Nach einer Pause wird in der Verhandlung fortgefahren. Polizeihauptmann Schmidt hat wiederum eine Erklärung abzugeben. In seiner Anzeige gegen Blumenthal habe er nicht nur nicht gesagt, daß dieser mit einem Knüppel ihm entgegengetreten sei, sondern ausdrücklich erklärt, daß er ihn dessen nicht bezichtige. Die Akten müssen dies ergeben. Rechtsanwalt Heinemann glaubt, daß die Beweisaufnahme doch eine ähnliche Aeußerung des Hauptmanns Schmidt ergeben werde.

Es wurden dann einige Zeugen über die Vorgänge im Metallarbeiter-Gewerkschaftshaus vernommen. Arbeiter St. Tomaschek bekundet: Er habe am 21. Januar nachmittags vor dem Bureau des Metallarbeiterverbandes gewartet, um sich anzumelden. Von dem Krawall auf der Straße habe er keine Ahnung gehabt. Plötzlich sei ein Schutzmann heraufgestürmt und habe ihn mit Säbelhieben bedacht. Er sei schleunigst heruntergerannt, sonst hätte er noch einen Fußtritt von dem Beamten erhalten. Portier Lachnick vom Hause Charitéstraße 3: Es wollten etwa 10 Personen, die vor der Tür standen, nach den Bureauräumen sich begeben, um dort geschäftliche Sachen zu regeln. Sie hatten sich nach den verschiedenen Räumen begeben, als gleich darauf ein Trupp berittener Schutzleute die Karlstraße herunterkamen. Ich schloß den Torweg ab und hielt ihn zu. Draußen kommandierte jemand:

„Halt! Abgesessen! Holt die Bande 'raus! Torweg öffnen!"

Die Tür wurde dann aufgedrängt und ein Polizeioffizier mit Schutzleuten stürmten in das Haus. Unten blieben auch Schutzleute stehen und als von oben ein Mann herauskam, haben sie ihn mit der flachen Klinge gehauen, so daß er zusammenknickte. Es waren auch noch einige Kinder im Hause; ein

Junge flüchtete

hinter den Müllkasten und ist dort

von den Schutzleuten herausgestöbert

worden, zwei andere sind über die Mauer geklettert. — Rechtsanwalt Dr. Heinemann: Ist der Polizeileutnant hier im Saal, der gerufen hat: „Holt die Bande raus!"? — Der Zeuge sieht sich im Saale um und bezeichnet den Hauptmann Schmidt. — Polizeihauptmann Schmidt: Hier werden zwei Personen zu einer vermischt. Die berittenen Schutzleute, von denen der Zeuge sprach, standen unter dem Kommando des Polizeihauptmanns Haccius, von dem nur die behaupteten Kommandoworte: „Abgesessen, Torweg offen!" usw. ausgegangen sein müßten. Es wurde mir an der Marschallbrücke von Privatpersonen die Meldung gemacht: in der Karlstraße würden zwei Schutzleute, die eine Sistierung vorzunehmen hatten, bedroht. Ich setzte mich sofort mit zwei Schutzleuten in eine Droschke, um den bedrängten Beamten Hülfe zu bringen. Als ich dort ankam, sah ich den Polizeihauptmann Haccius, welcher mich heranwinkte und mir sagte, ein ganzer Trupp von Leuten habe sich in dieses Haus hineingeflüchtet. Die Tür wurde von innen zugehalten, ich lehnte mich dagegen, die Tür sprang auf, in demselben Augenblick aber erhielt ich einen Hieb mit einem Knüttel über die Hand, die ich auf der Klinke hatte. Die Leute im Innern wandten sich zur Flucht in den Seitenflügel. Wir eilten ihnen nach.

Zeuge Wücke, Beamter des Metallarbeiterverbandes, hat gesehen, wie sein Kollege Blumenthal von drei Schutzleuten und dem Hauptmann Schmidt heruntergezerrt wurde und Säbelhiebe auf ihn niedersausten. Zeuge ist dann, wie er weiter bekundet, hinzugetreten und hat Herrn Schmidt gesagt: Lassen Sie den Mann doch los, er ist hier Beamter. Da sei Polizeihauptmann Schmidt auf ihn selbst losgestürzt und es habe ausgesehen, als ob er ihn niederstechen wollte; dieselbe Absicht schienen die Schutzleute zu haben. Um größeres Unglück zu verhüten, habe er schnell seine Tür zugezogen und abgeschlossen. — Zeuge Polizeihauptmann Schmidt: Blumenthal hat weder von mir, noch von den Schutzmännern Schläge bekommen. Blumenthal schimpfte, sprach etwas von „Unverschämtheit" und ich sagte ihm wiederholt, er solle sich in seine Behausung begeben, und als das nicht geschah, griff ich ihn an den Kragen und er wurde abgeführt. Die Leute, deren wir habhaft werden wollten, sind durch das Benehmen Blumenthals entkommen. Ich bin es, der mißhandelt worden ist. — Zeuge Wücke erklärt, daß nach seiner Meinung Blumenthal sich nur gegen Handlungen gewehrt habe, die er seinerseits nur als brutal bezeichnen könne.

Frau Anna Müller war an jenem Tage in dem Verbandshaus, um Beiträge zu bezahlen. Sie hat beobachtet, daß Schutzleute sofort auf Tomaschek ohne Veranlassung losgeschlagen haben. Gewerkschaftsbeamter Hartmann hörte auf dem Hof Lärm, sah Schutzleute, schloß rasch das Bureau auf, um die Leute, die

Beiträge bezahlen wollten, in Sicherheit zu bringen. Ein Schutzmann kam jedoch schon mit dem blanken Säbel die Treppe hinauf und schlug Thomaschek, der sich unter den Wartenden befand, mit dem Säbel auf die Schulter. Als sich Blumenthal, der dies mit angesehen hatte, bei einem Polizeioffizier beschwerte, wurde er von diesem festgehalten und Schutzleuten übergeben. Ob Blumenthal von den Beamten geschlagen worden ist, hat der Zeuge nicht gesehen, ebenso nicht ob die Beamten angeschrieen wurden, dagegen hat er Schimpfereien gegen die Schutzleute gehört. Der Gewerkschaftsbeamte Fiedler macht ungefähr dieselben Aussagen wie der Vorzeuge. Nach einem Kind, welches sich hinter dem Aschkasten geflüchtet hatte, wurde — wie der Zeuge beobachtet hat — von einem Schutzmann mit dem Säbel geschlagen. — Hausverwalter Pehold vom Verbandshause hat von seinem Parterrefenster aus beobachtet, daß ein Schutzmann auf einen jungen Menschen eingeschlagen hat. Als er auf den Flur trat, haben ihn zwei Schutzleute sofort angeschrieen: „Bleiben Sie drin, sonst gibt's was." — Die Ehefrau des Portiers Lachnich bekundet, daß sie von einem Schutzmann, der den erhobenen Säbel in der Hand hatte, angerufen worden sei mit den Worten: „Gehen Sie weg, dämliches Weib!" Außerdem hat sie gehört, wie ein Schutzmann nach oben gerufen hat: „Die Bande holen wir auch noch runter!" — Expedient Posselt hat auf dem Hofe Schutzleute beobachtet, die in sehr erregter Weise mit dem Säbel nach den oberen Stockwerken hinaufdrohten. Er hat ebenfalls die Aeußerungen gegen die Vorzeugin gehört und hat schon befürchtet, daß auf die Frau losgeschlagen werde.

Ueber die Vernehmung des Gewerkschaftsbeamten Blumenthal war mehrfach zwischen dem Vorsitzenden und Heinemann verhandelt worden, schließlich wurde auch sie durchgesetzt. Blumenthal hatte an jenem Tage über Mittag in dem Bureau gearbeitet. Als er infolge des Lärmes auf den Flur hinaustrat, sah er, wie ein Schutzmann mit blankem Säbel die Treppe hinaufstürmte und ohne weiteres auf einen Mann (Thomaschek) losschlug. Er (Zeuge) habe sofort geäußert, es sei unerhört, auf einen wehrlosen Menschen so einzuschlagen. Da er — wie Zeuge vor Gericht erklärte — von einem höheren Polizeibeamten mehr Taktgefühl erwartete, wandte er sich an den Polizeihauptmann Schmidt und teilte ihm mit, daß soeben auf einen Wehrlosen eingeschlagen sei. Der Polizeihauptmann habe mit hochgehobenem Säbel in der Hand ihn angeschrien: Machen Sie, daß Sie vorwärts kommen. Auf seine Erwiderung, daß er in dem Hause angestellt sei, habe ihm der Hauptmann noch barscher geantwortet:

„Ganz egal, vorwärts weiter!"

Zugleich habe er ihn, als andere Schutzleute die Treppe hinaufkamen, an der Brust gepackt und ihm Jackett und Weste zerrissen. Von den Schutzleuten sei er dann gestoßen und mit dem Säbel geschlagen worden, so daß er gar nicht gewußt habe, wie er die Treppe hinuntergekommen sei. Auf der Polizeiwache habe er bis nach 8 Uhr abends bleiben müssen. Staatsanwalt Töpffer beantragt, den Zeugen, der demnächst wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wegen dieses Vorfalls sich verantworten müsse und deshalb zum mindesten der Begünstigung verdächtig sei, nicht zu vereidigen. Die Verteidigung beantragt dagegen den Zeugen zu vereiden, da das gegen ihn schwebende Verfahren mit der jetzigen Anklage nicht in Verbindung stehe. Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung die Beeidigung des Zeugen.

Schließlich wird noch Zimmerkellner Kuschelloher aus dem „Hotel Adlon" vernommen, durch den die Polizei sich bestätigen läßt, daß Steine vom Neubau geworfen seien. Zeuge glaubt auch zu wissen, daß erst blankgezogen worden sei, als der Schuß gefallen war; doch ist hierüber keine sichere Aussage aus ihm herauszubringen.

Die Sitzung wird dann um 6 Uhr abends abgebrochen und auf Donnerstag 1/2 10 Uhr vertagt.

Soziales.

Ein Aerzte-Prozeß.

Das Syndikat der Aerzte des Kreises Colmar hatte mit allen seinen Mitgliedern einen Vertrag dahin abgeschlossen, daß sie sich bei einer Konventionalstrafe von 5000 M. verpflichten mußten, mit keiner Krankenkasse im Kreise Colmar ohne vorherige Genehmigung des Aerztevereins in Verbindung zu treten. Die Aerzte Dr. Kissel in Neubreisach, Dr. Hartmann in Colmar und Dr. Pflimlin in Winzenheim behandelten jedoch Kranke, welche den betreffenden Ortskrankenkassen angehörten, ohne aber dabei selbst mit den Kassen in Verbindung zu treten. Das Aerztesyndikat vertrat nun die Ansicht, daß sie durch die Behandlung solcher Kassenkranker kontraktbrüchig geworden seien, da sie die Genehmigung des Aerztevereins nicht eingeholt hätten. Das Aerztesyndikat klagte deshalb gegen jeden der Beklagten auf Zahlung der Vertragsstrafe in Höhe von 5000 M.

Das Landgericht erkannte nach dem Klageantrage. Auf die Berufung der Beklagten wies das Oberlandesgericht Colmar die Klage ab. Im selben Sinne entschied der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts auf die von dem klagenden Aerzteverein hin eingelegte Revision. Der erkennende Senat führt aus, daß die Entscheidungsgründe des Oberlandesgerichts Colmar nicht zu beanstanden seien. Die Beklagten hätten nur die Verpflichtung übernommen, zu keiner Krankenkasse im Kreise Colmar in ein festes Dienstverhältnis ohne die Genehmigung des Syndikats zu treten. Sie hätten sich aber nicht verpflichtet, niemals ein Mitglied einer Krankenkasse auf Kosten der Kasse ohne Genehmigung des Syndikats in Behandlung zu nehmen. Auch daraus, daß die Beklagten zu wiederholten Malen Mitglieder der Krankenkasse behandelten und von den Kassen Honorare bezogen, ergebe sich noch nicht, daß sie den Kassenverwaltungen gegenüber eine Verpflichtung zur Behandlung der Mitglieder übernommen hätten.

Zur Beleuchtungsfrage im Bergbau.

Die hessischen Bergwerksbetriebsleiter waren vor kurzem zu einer Konferenz in Gießen zusammengetreten. Herr Bergwerksdirektor Schulz-Friedberg referierte über die Acethlenbeleuchtung in Bergwerken. Nach den von ihm gemachten, in der „Darmstädter Zeitung" wiedergegebenen Ausführungen hat die Acetylenbeleuchtung vor der althergebrachten Oelbeleuchtung den Vorzug hoher Leuchtkraft, welche im Interesse der Betriebssicherheit hauptsächlich in Betracht kommt. „Weitere Vorteile des Acetylenlichtes sind bedeutende Kostenersparnis, Verbesserung der Wetter infolge rußfreien Brandes und Möglichkeit des Arbeitens auch dort, wo die Oellampe nicht brennt."

In lebhafter Diskussion mag den Herren doch das Gewissen etwas geschlagen haben: Es handelt sich nämlich um die geringe Warnfähigkeit des Acetylenlichtes beim Vorhandensein sogenannter matter Wetter! Die Zweifler und Menschenfreunde sind aber zu Boden geschlagen worden, denn der hierin liegende Nachteil der Karbidlampen wurde als „praktisch nicht erheblich" hingestellt.

Oberflächlich besehen machen die Ausführungen der Bergwerksbesitzer über diese Art der Grubenbeleuchtung einen harmlosen Eindruck. Es steckt in ihnen aber der Standpunkt des skrupellosen Profitmachers, der, unbekümmert um das Wohl und Wehe der Arbeiter, nur den Gewinn im Auge hat. Das Acethlen und sein Gebrauch ist für den Bergarbeiter in den meisten Fällen eine schwere Gefahr!

Das ebenso alte wie elend-armselige Grubenlicht, der primitive „Kreisel", wird heute noch im Braunkohlenbergbau angewandt. Die schwelende Flamme flackert und rußt entsetzlich, leuchtet nur wenig und bei der geringsten Bewegung verlöscht sie. Aber sie ist der sicherste und untrüglichste Wettermesser! Das Akkordsystem im Bergbau bringt es mit sich, daß der Arbeiter auch in den schlechtesten Wettern aushält, weil jeder Wechsel des Ortes mit Zeitverlust und Verdienstschmälerung verbunden ist. Er hält unter allen Umständen aus, bis er ohnmächtig zusammenbricht, oder bis er einschläft unter der Einwirkung matter, stickiger Wetter und erst erwacht, nachdem man ihn vom Orte des Verderbens fortgeschafft. Da ist ihm bisher die trübe Oelfunsel Warner und Wegweiser gewesen. Ehe sich die Einwirkungen giftiger Gase in sauerstoffarmer Luft stark äußern durch Kopfschmerzen, Blähungen, Schwindel, Schlafsucht und Mattigkeit, brennt die Lampe schwach. Die leiseste Bewegung bringt sie zum Verlöschen. Werden die Wetter noch gefährlicher, brennt die Lampe überhaupt nicht mehr. Alle Versuche, Licht zu bekommen und zu erhalten, scheitern an dem Mangel des der Flamme zum Brennen nötigen Sauerstoffes. Das Licht bringt die Arbeiter so zum „Ausziehen", es schützt sie vor dem Wüten gegen sich selbst. Oft sehr zum Aerger der Beamten, die dadurch Scherereien haben. (Weil sie für Unterbringung und Arbeit an anderem Orte sorgen müssen.)

Es ist richtig; das Acethlenlicht hat hohe Leuchtkraft, es ist billig — billiger wie Rüböl — und brennt rußfrei. Aber es brennt überall! Auch dort, wo sonst keine Lampe brennen würde. Die Karbidlampe zeigt das Vorhandensein von matten Wettern nicht an, sie warnt nicht. Die Folge davon ist, daß die Bergleute an Orten weiter arbeiten müssen, die für den menschlichen Organismus Gift sind, den Mann ins Grab bringen. Die geringe Warnfähigkeit des Acetylenlichtes, ein Umstand, der den Gebrauch der Karbidlampen im Bergbau von selbst verbieten sollte, wurde freilich von der Unternehmerkonferenz als praktisch „nicht erheblich" hingestellt.

Nichts charakterisiert das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so treffend, wie dieser Ausspruch. Unter der ungenügenden Beweiterung der Grubenbaue bedeutet die Anwendung des Acetylenlichtes für den Bergmann eine ungeheure Gefahr. Heute schon ist der Gesundheitszustand der Bergarbeiter der weitaus schlechteste in der arbeitenden Bevölkerung überhaupt. Das wissen die Unternehmer; darum auch die lebhafte Aussprache über die Gefährlichkeit des Acetylenlichtes. Zum Schlusse besiegt aber die Billigkeit alle Skrupeln und seine Gefährlichkeit wird als „praktisch nicht erheblich" hingestellt.

Es steht zu erwarten, daß Hygieniker und Berginspektion sich der Einführung dieser Beleuchtungsart widersetzen im Interesse der Erhaltung des Bergarbeiterstandes. Zu fordern ist vor allem der Ausbau von Wetterstrecken, das Hochbringen von Bohrlöchern und der Einbau genügend leistungsfähiger Ventilatoren, um den Grubenbauen frische Luft in reichlichem Maße zuzuführen. Nebenbei müßte auch eine andere Art der Akkordberechnung eingeführt werden. Erst wenn alles das geschehen ist, wird man an die Beleuchtung der Grubenbaue mit Karbidlampen gehen können.

Schule und Sozialpolitik.

Eine interessante Erhebung hat der Lehrer H. Weiskopf in Fürth veranstaltet. Er ist einer der wenigen Pädagogen, die ihren Pädagogenberuf nicht dadurch für erfüllt halten, daß sie den Schülern die nötigsten Kenntnisse mechanisch einrichtern, sondern die vielmehr der Anschauung sind, daß Jugenderziehung und Sozialpolitik Hand in Hand mit einander gehen müssen. Herr Weiskopf bemüht sich, die sozialen Verhältnisse der Eltern seiner Schüler genau kennen zu lernen, um daraus einigen politischen Rückhalt für pädagogische Untersuchungen und Schlußfolgerungen zu gewinnen. Ueber das Resultat einer dahingehenden Erhebung hat er in verschiedenen Vereinen Vorträge gehalten. Den Anstoß zu seinem Vorgehen gab ihm eigentlich ein Vorfall, den er selbst folgendermaßen schildert:

„Der kleine X., einer meiner kleinsten und zartesten Schüler, konnte im Unterricht nie etwas Rechtes leisten. Ohne gerade unbegabt zu sein, kam er doch nicht so vorwärts, wie ich es von seinem aufgeweckten, netten und freundlichen Wesen wünschte und erwartete. Er litt an einer auffallend leichten Ermüdbarkeit und war unfähig, dem Unterricht auch nur einige Minuten mit willkürlicher Aufmerksamkeit zu folgen. Nun hatten wir einmal zu Anfang einer Lesestunde kaum zwei Zeilen gelesen, da saß das liebe Kerlchen schon wieder geistesabwesend da, stützte den Kopf in die Hand, gähnte und träumte vor sich hin. Da forschte ich denn in ihn und entdeckte, daß er das Nachtlager mit einem Bruder und zwei Schwestern teile, daß die Schlafstube nur zwei Betten Raum gewähre, so daß also die sieben, seit Weihnachten achtköpfige Familie in zwei Betten und auf dem Sofa bezw. auf dem Fußboden kampieren müsse. Man stelle sich die Situation vor, bedenke, daß acht Kinderbeine die ganze Nacht in einem Bette durcheinanderwimmeln, so daß von einem festen ungestörten Schlaf nicht die Rede sein kann — und man wird das seltsame Wesen dieses Kindes vollkommen begreifen.

Die Erhebung erstreckte sich auf 60 Kinder, deren Ernährer in der überwiegenden Mehrheit Arbeiter sind; der Rest gehört zumeist dem Kleinhandwerkerstande an. Wohlhabend sind kaum drei oder vier Familien. Die Fabrikarbeiter, deren Kinder in die Klasse des Herrn Weiskopf gehen, haben einen zwischen 400 und 1700 Mark schwankenden Jahresverdienst. Im Durchschnitt beträgt er 1240 M. Um den Verdienst zu erhöhen, wird die Frauenarbeit in ausgedehntem Maße in Anspruch genommen. Von den Müttern jener 60 Kinder sind nur 21 ausschließlich im Haushalt, im Dienst der Familie beschäftigt, die übrigen sind gezwungen, durch Arbeit zum Unterhalt der Familie beizutragen. 29 Mütter, also nahezu die Hälfte, müssen ständig „auf Arbeit gehen". Daß diese ungünstigen Verhältnisse auf die ganze Wirtschaftsführung des Volkes einen schlimmen Einfluß ausüben, dafür werden einige treffende Beispiele angeführt. Der Lehrer konstatiert jedoch, daß nur bei ganz wenigen Familienvätern die traurigen sozialen Verhältnisse das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Familie durch eine krankhafte Genußsucht, eine zu intime Freundschaft mit dem Alkohol u. a. abgestumpft haben; er freut sich, entgegen einer weitverbreiteten pessimistischen Anschauung von der Verbreitung solcher Schäden in unserem werktätigen Volke, für seine Klasse aus seinen Beobachtungen und Unterhaltungen mit den Eltern mitteilen zu können, daß nur fünf dieser Väter einem stärkeren Alkoholgenuß ergeben sind, daß also die große Mehrheit sich ihrer Elternpflichten wohl bewußt ist und mit Ernst und Treue über ihre Kinder und deren Fortschritte wacht.

Die Erhebung bringt auch drastische Beispiele für die skandalöse Ausnützung des Volkes als Mieter. Es ist eine volkswirtschaftliche Theorie, daß der siebente Teil des Einkommens hinreichen muß, um das Wohnungsbedürfnis zu decken. Hierzu sagt Herr Weißkopf: „Welch grane, längst veraltete, märchenhafte Theorie! Denn die Prozentsätze des Einkommens, die durch die Wohnungsmiete allein verschlungen werden, bewegen sich bei den Eltern meiner Schulkinder zwischen 10 und 47,5 bezw. 50 Prozent. Unter 10 Prozent zahlen nur einige Hausbesitzer und Inhaber von Dienstwohnungen, aber 15 Familien zahlen zwischen 14 und 20 Prozent, 16 Familien müssen gar zwischen 20 und 30 Prozent des Einkommens für die Miete hinlegen; 5 Familien opfern den Folgezuständen der ungehinderten Bodenspekulation 30, 30,5, 38, 38,5 und 47,5 bezw. 50 Prozent! Das macht zum mindesten müde und gleichgültig gegen Wohnung und Hausherrn!"

Aus Industrie und Handel.

Ein konsumgenossenschaftlicher Betrieb.

Zwar nicht der größte, aber der in sozialer Hinsicht am weitesten fortgeschrittene deutsche Konsumverein ist die vor neun Jahren gegründete Hamburger „Produktion".

Der soeben erschienene Geschäftsbericht der Genossenschaft für das Jahr 1907 beweist, daß dieses Jahr, das der gesamten deutschen Genossenschaftsbewegung eine solche außergewöhnliche Entwickelung beschert hat, auch die „Produktion" ein mächtiges Stück vorwärts gefördert hat. Die Mitgliederzahl stieg von 22 995 am 1. Januar 1907 auf 27 999 am 1. Januar 1908. Der Warenumsatz wuchs von 3 908 092 M. im vorhergehenden Jahre auf 5 746 167 M. in 1907 oder um 41,9 Proz. Erzielt wurde dieser Umsatz in 47 Verkaufsstellen, von denen 7 im Laufe des letzten Jahres eröffnet wurden.

Der erhöhte Gesamtumsatz hat zu einer relativen Abnahme der Spesen geführt. Der Ueberschuß betrug 349 369 M. oder 143 964 M. = 70,8 Proz. mehr als im Jahre 1906. Infolgedessen wird diesmal eine 8prozentige Rückvergütung zur Verteilung kommen, gegen 4½ Proz. im Vorjahre. Diese Rückvergütung kommt jedoch nicht voll zur Auszahlung; sie wird vielmehr jedem Mitgliede, sobald sein Geschäftsanteil voll erreicht ist, zu einem persönlichen Rotfonds in Höhe von 100 Mk. gutgeschrieben. Der bedeutendste Produktionszweig der Genossenschaft ist eine mustergültig eingerichtete Bäckerei und Konditorei, die im verflossenen Jahre einen Umsatz von 793 545 M., d. i. 48 Proz. mehr als im vorangegangenen hatten. Verbacken wurden 9705 Sack Weizenmehl, 11 448 Sack Roggenmehl, 18 810 Pfund Hefe und 29 994 Pfund Butter. In der Bäckerei sind 34 Bäcker in 3 je achtstündigen Arbeitsschichten, außerdem ein Expedient und fünf Arbeiterinnen beschäftigt. Volle Sonntagsruhe ist durchgeführt; die Entlohnung geschieht nach dem zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Zentralverband der Bäcker abgeschlossenen Tarifvertrag. Zum Transport der fertigen Backware sind 8 Gespanne und ein Motorlastwagen eingestellt.

Einen noch größeren Umsatz als die Bäckerei hatte im letzten Jahre die Schlächterei. Ein stattliches vierstöckiges Gebäude ist mit den denkbar vollkommensten Maschinerien, mit Kühl-, Koch- und Tranchierräumen ausgestattet. 45 Personen sind in neunstündiger Arbeitszeit in diesem Betriebe beschäftigt. Es wurden im vergangenen Jahre geschlachtet und verarbeitet 247 Ochsen, 192 Kälber und 6896 Schweine. Der Umsatz der Schlächterei an Fleisch- und Wurstwaren betrug 1 162 712 M., das sind 22,4 Proz. des Gesamtumsatzes der Genossenschaft.

Eine außerordentliche Entwickelung erfuhr im vergangenen Jahre die Bautätigkeit der Genossenschaft. Schon im zweiten Jahre ihres Bestehens erwarb sie zwischen Wendenstraße und Kanal ein großes Grundstück, auf dem sie im Laufe der Zeit ein mächtiges Speichergebäude, die Bäckerei, die Schlächterei und eine Anzahl Wohnhäuser mit schönen gesunden und preiswürdigen Wohnungen für ihre Mitglieder errichtete. Später wurde sie Besitzerin eines ausgedehnten Grundstückkomplexes in der Vorstadt Barmbeck, auf dem sie eine Anzahl Häuser mit insgesamt 256 Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen erbaute. Diese Grundstücke und Baulichkeiten standen zu Beginn 1907 mit 2 875 722 M. zu Buche. Zu ihnen gesellten sich im Laufe des Jahres noch eine Anzahl weiterer Wohnhäuser auf dem Grundstück in der Wendenstraße, das nun deren 10 mit 109 Wohnungen trägt, ferner ein großes fünfstöckiges Kontorgebäude daselbst, das zurzeit im Keller, Parterre und erste Etage zu Kontorzwecken eingerichtet ist, während die oberen Etagen Wohnungen für die Geschäftsführer enthalten. Außerdem erwarb die Genossenschaft noch sechs weitere, größtenteils in Vororten gelegene Grundstücke, auf denen sie teils die vorhandenen Baulichkeiten für ihre Zwecke einrichtete, teils neue mit Läden und Wohnungen ausgestattete Gebäude errichtete. Am Schlusse des Jahres hatte das Grundstückskonto der Genossenschaft die Höhe von 3 180 061 M. erreicht.

Die „Produktion" beschäftigte Ende 1907 die stattliche Zahl von 469 Personen, davon 31 in der Verwaltung und Kontor, 244 in den Verkaufsstellen, 52 im Hauptlager, 40 in der Bäckerei, 45 in der Schlächterei, 21 in der Tischlerei, 23 in der Klempnerei, 12 im Maschinenbetrieb und Schlosserei und einen im Restaurant.

Geschäftsergebnisse.

Die Badische Anilinfabrik wird für das letzte Geschäftsjahr 30 Proz. Dividende verteilen. Der Gewinn stellt sich auf 18 157 589 Mark gegen 12 875 072 M. im Vorjahre.

Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens schlägt wiederum 16 Proz. Dividende vor.

Die Elektrische Straßenbahn Breslau schlägt nach Abschreibungen und Rückstellungen von rund 121 000 M. wiederum 6 Proz. Dividende vor.

Der Aufsichtsrat der Mechanischen Weberei Linden schlägt für 1907 11 Proz. Dividende gegen 7 Proz. im Vorjahre vor.

Die Bentather Maschinenfabrik verteilt 6 Proz. Dividende (1906: 5 Proz.).

Eine Dividende von 7 Proz. deklariert die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen A.-G. in Berlin.

8 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre bringt der Aufsichtsrat der A.-G. für Maschinenpapierfabrikation in Aschaffenburg in Vorschlag.

Der Aufsichtsrat der Mechanischen Weberei zu Linden bei Hannover schlägt für 1907 11 Proz. Dividende vor gegen 7 Proz. im Vorjahre.

Die Aktien-Gesellschaft für Buntpapier- und Leimfabrikation in Aschaffenburg schlägt wieder 10 Proz. Dividende vor.

Goldgewinnung der Welt im Jahre 1907. Wie der „Internationale Volkswirt" mitteilt, belief sich nach den vom Statistischen Amt in Washington angestellten Ermittelungen die Goldproduktion der Welt im Jahre 1907 auf 19 584 844 Unzen (Fein) im Vergleiche zu 19 370 658 Unzen im Jahre 1906. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich dem Aufschwunge der südafrikanischen Mineindustrie zu danken; im ganzen ist der afrikanische Kontinent mit vierzig Prozent an der Weltproduktion beteiligt. Demgegenüber weist die Goldgewinnung in den Vereinigten Staaten in Alaska und in Kalifornien einen Rückgang auf. Auch die australische, die indische, die kanadische und die russische Golderzeugung bewegten sich in rückläufiger Richtung, während sich für Südamerika eine Steigerung von 20 Proz. ergab. An der Gesamterzeugung waren die genannten Länder in folgender Weise beteiligt: Afrikanischer Kontinent: 7 536 886 Unzen, Vereinigte Staaten 4 335 183, Alaska 882 923, Kalifornien 841 404, Kanada 408 721, Mexiko 925 000, Südamerika 600 000, Westaustralien 1 697 558, Viktoria 701,988, Neu-Seeland 477 303, Queensland 430 902 Unzen.

Druckfehler. In der Anmerkung zu der Notiz in gestriger Nummer „Das Arbeitsvermögen unserer Wasserläufe" hat der Druckfehlerteufel aus 75 Kilogramm 1 Kilogramm gemacht.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Heute abend 9½ Uhr, Rosenthaler Straße 57. — Zahlstelle Rixdorf. Heute abend 9½ Uhr bei Schmidt, Berliner Straße 14. — Zahlstelle Weißensee. Heute abend 9½ Uhr bei Witwe Köppen, König-Chausser 31. — Zahlstelle Köpenick. Heute abend bei Foch, Grünauer Straße 5.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Heute abend 8½ Uhr bei Buhl, Danziger Straße 93.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Weißensee. Heute abend 8 Uhr bei Weber, Friedrichstr. 37.

Eingegangene Druckschriften.

Bericht des sozialdemokratischen Agitationskomitees für die obere Rheinprovinz 1907. 23 Seiten. Verlag „Rheinische Zeitung" in Köln.

Rechenschaftsbericht 1907 des Verbandes der Buchdrucker Gau Rheinland-Westfalen. 116 Seiten. Druck von E. Schoreck, Essen a. Ruhr.

„Psyche" Nr. 1. Sozialpsychologische Rundschau. Herausgegeben von W. W. Zürcher. Einzelheft 1,25 Fr. Verlag in Zürich, Kirchgasse 16.

Karl Gutzkows Leben und Schaffen von H. H. Houben. 1,50 M. Max Hesses Verlag in Leipzig.

Seelen und Ziele von Kurt Laßwitz. Beiträge zu Weltverständnis, geb. 6 M. Verlag B. Elischer in Leipzig.

„Neuland" Heft 1. Eine Monatsschrift. Herausgegeben von Joseph Melnik. Verlag Hans Bondy, Berlin, Uhlandstr. 43.

Von der „Arbeitenden Jugend“, Organ der freien Jugendorganisationen Deutschlands, ist soeben die Aprilnummer erschienen. Verlag Berlin O. 2, Stralauer Straße 13/14. Jahresabonnement 1,50 M.; in Partien billiger. Aus dem Inhalt sei erwähnt: Vorsicht bei Abschluß von Lehrverträgen! — Der sittliche Einfluß der Organisation auf die Jugend. — Frühlingsstürme (Gedicht). — Die Einrichtung der Gesellschaft. Von Dr. A. L. I. Natur und Arbeit. — Die Jugendbewegung des Auslandes. VI. Großbritannien. — Unsere Gegner. — Verleumder. — In Gottes oder Mammons Diensten. — Sisyphusarbeit. — Die Berliner Jünglingsvereine. — Der Jugendklub in Rixdorf. — Jugendschutz. — Wölfe in Schafspelzen. — Rundschau. Die Ausbeutung der arbeitenden Jugend. Das Kost- und Logiswesen im Handwerk. Selbstmordversuche. Unfälle. Der Setzerlehrling als konservativer Redakteur. — Gesundheitspflege. Turnen auf Befehl. — Aus der Arbeiterbewegung. Vergünstigung für die Mitglieder der Jugendorganisation. — Schulwesen. Beklagenswerte Mißstände in den Pflichtfortbildungsschulen. — Aus unserer Bewegung.

Kinder in deutschen Gefängnissen von Dr. E. Abel-Musgrave. 1,50 M. E. Piersons Verlag in Dresden.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr schwach, Geschäft schleppend, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft still, Preise behauptet. **Geflügel:** Zufuhr in Hühnern genügend, sonst knapp, Geschäft still, Preise behauptet. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich rege, Preise im allgemeinen befriedigend. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr zum Teil knapp, Geschäft ruhig, Preise behauptet.

Witterungsübersicht vom 8. April 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	769	O	3	heiter	3	Haparanda	758	WSW	4	bedeckt	1
Hamburg	769	NO	1	heiter	4	Petersburg	771	Still		Nebel	−1
Berlin	767	NO	3	halb bd.	2	Scilly	770	N	3	heiter	7
Frankf.a.M.	762	NO	4	halb bd.	7	Aberdeen	766	Still		bedeckt	8
München	758	NO	5	bedeckt	8	Paris	763	NNO	4	heiter	6
Wien	759	NNO	3	bedeckt	9						

Wetterprognose für Donnerstag, den 9. April 1908.
Trocken und ziemlich heiter, nachts noch kühl, am Tage etwas wärmer bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 4. cm	seit 6. 4. cm¹)	Wasserstand	am 7. 4. cm	seit 6. 4. cm¹)
Memel, Tilsit	580²)	+3	Saale, Grochlitz	230	+10
Pregel, Insterburg	288	−9	Havel, Spandau³)	144	0
Weichsel, Thorn	216	+8	„ Rathenow³)	178	−1
Oder, Ratibor	215	+8	Spree, Spremberg³)	100	−2
„ Krossen	188	+11	„ Beeskow	175	−3
„ Frankfurt	179	+3	Weser, Münden	134	+45
Warthe, Schrimm	110	+6	„ Minden	156	+20
„ Landsberg	142	0	Rhein, Maximiliansau	416	−12
Netze, Vordamm	93	0	„ Kaub	254	+7
Elbe, Leitmeritz	97	0	„ Köln	298	+14
„ Dresden	7	+13	Neckar, Heilbronn	158	+10
„ Barby	284	+12	Main, Wertheim	225	+17
„ Magdeburg	244	+16	Mosel, Trier	142	+25

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall, — ²) Unterpegel, — ³) heute um 6 Uhr morgens 582 cm. Der Eintritt des höchsten Wasserstandes scheint nahe bevorzustehen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 9. April
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Cosi fan tutte.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Lysistrata. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Lessing. John Gabriel Borkman.
Neues. Rosmersholm.
Lortzing. Der Wildschütz.
Berliner. Der zweite Schatz.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Kaiser und Galiläer.
Schiller Charlottenburg. Der Weg zum Herzen.
Theater an der Spree. Ungültig.
Komische Oper. Carmen.
Lustspielhaus. Bei uns da drüben.
Kleines. 2×2=5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Privatdozent.
Hebbel. Liebe.
Westen. Ein Walzertraum.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Luisen. Der wilde Reutlingen.
Thalia. Doktor Klapperstorch.
Trianon. Seine erste Frau. Die Hand.
Bernhard Rose. Die zärtlichen Verwandten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Der kleine Chevalier. — Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld. Hausierer Jockele. Endlich allein. Klabrias-Partie.
Kasino. Ein Dorfroman.
Bürgerl. Schauspielhaus. Die Geyer-Wally.
Parodie. Nachtasyl. Die Rabensteinerin oder: Ein Walzertraum. Rosenmontag. (Anfang 8½ Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Ota Gygi. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten. Liane d'Eve.
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Letztes Gastspiel des Tegernseer Bauerntheaters:
Der zweite Schatz.

Neues Theater.
Letztes Gastspiel Eleonora Duse:
Rosmersholm.
Anfang 8 Uhr.
Freitag z. 1. Male: Die gute Partie.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag 3 Uhr: Ein Puppenheim (Nora). 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Der Privatdozent.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Sein Prinzeßchen.
Sonnabend: König Heinrich.
Sonntag 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. 8 Uhr: Hasemanns Töchter.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Der Wildschütz.
Freitag: Der Troubadour.
Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen.
Sonntag 3 Uhr: Der Freischütz. 8 Uhr: Der Wildschütz.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Liebe.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Der Floh im Ohr.
Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Sonntag, 12. April, nachm. 3 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Bei uns da drüben.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Anfang 8 Uhr.
Benefiz H. Bartels.
Der wilde Reutlingen.
Freitag: Gastspiel M. Stift: Robinsons Eiland.
Sonnabend: Unsere Don Juans.
Sonntag nachm.: Cameliendame. — Abends: Der wilde Reutlingen.
Montag: Der wilde Reutlingen.

Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Abends 8 Uhr:
Ungültig.
Sonnabend: Premiere:
Der Onkel aus Kottbus.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Die zärtlichen Verwandten.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Freitag: Der Veilchenfresser.

Metropol-Theater
Das muß man seh'n!
Revue in 12 Bild. mit Ges. u. Tanz.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 12. April, nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater
9¼ Uhr! Täglich 9¼ Uhr!
Der kleine Chevalier
Musikalisches Lustspiel v. A. M. Willner. Musik von H. Lierté.
Ab 8 Uhr: **Die neuen unerreichten Spezialitäten-Attraktionen** mit: **Paul Spadoni, Geisha Remond, Josef Modl, Kätchen Loisset u. a. m.**

Wintergarten
Das **neue** April-Programm und
Ringkampf-Konkurrenz.
Endkämpfe.
Um den Preis von 10 000 M. ringen
Entscheidungskampf:
Antonitch, der serb. Riese, gegen
Wachtorow, Champion v. Rußland,
Ferner ringen:
Michael Hitzler, Bayern, gegen **Max Schneider,** Berlin.
Ahmed Madrali, Champion der Türkei, gegen **Laurent le Beaucairois,** Weltmeisterschaftsringer, Frankreich.

Kasino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Neu! Das glänzende April-Progr. **Schönburg,** Humorist. **Terra Brothers** Gymnastiker. **Anton Sattler,** Astral-Sänger. **The 3 Cornelis musik. Comedians.** Gr. Erfolg! Stürm. Beifall!
Ein Dorf-Roman.
Sonntag 4 Uhr:
Die Freuden der Häuslichkeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kaiser und Galiläer.
Welthistorisches Schauspiel von Henrik Ibsen. Deutsch von E. Brausewetter.
Erster Teil: **Cäsars Abfall.**
Schauspiel in 5 Akten.
Freitag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Lustspiel in 4 Akten v. Adolf L'Arronge.
Freitag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Revisor.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Freitag 9 Uhr: Vortrag von **Dr. M. Burkhardt: Johannes Strauß.**

Zirkus Schumann
Heute ½8 Uhr abends:
Große Vorstellung.
Allerneueste Sensation!
Konsul Peter,
der menschl. Chimpanse.
Resisto,
das elektrische Wunder.
und weitere 10 erstkl. Nummern.
Die große Ausstattungs-Pantomime
Amerika
mit eigens dazu engag. **120** schwarzen Leuten.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue April-Programm.
Berlins Lieblings-Soubrette
Grete Gallus.
Erstklassige Spezialitäten.
Tunnel: **Militär-Konzerte.**
Theaterbesucher freien Eintritt.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.

Heute Donnerstag:
Neues Progr. **Elitesoiree** Tanz-Kränzch.
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Durchschlagender Erfolg!
Der Hausschlüssel Posse in 2 Akten.
Neues Soireeprogramm.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Passage-Theater.
Die Sensation Berlins!
Ota Gygi
der Mann mit den 3 Geigen.
Otto Röhr, der Humorist am Flügel.
Pia Carozzi, die italienische Schönheit.
Herm. Strebel, der Unwiderstehliche.
Rakoczy-Sextett, die reiz. Ungarmädchen, u. d. kolossale
April-Programm!
Tosend. Lachen! Stürm. Applaus!
!! Gewöhnliche Preise !!

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
Herrnfeld-Zyklus
I. Serie.
8 Uhr: **Hausierer Jockele.**
9 Uhr: **Endlich allein.**
Die Original
10 Uhr: **Klabrias-Partie.**
Mittwoch, den 15., Donnerstag, den 16., u. Sonnabend, 18. April:
II. Serie:
Die Meyerhains.
Vom ersten Osterfeiertag ab:
III. Serie:
Letzte Ehre. Endlich allein. Fall Blumentopf.

Trianon-Theater.
Gastspiel Charlotte Wiehé. **Seine erste Frau. Die Hand** (La main).
Anfang 8 Uhr.

Prinzenbad, Prinzenstr. 42, am Moritzplatz,
empfehle meine **russisch-römischen Bäder, elektrische Licht-, Dampf-, Heißluft-, Kasten-, billige Wannen-** und **sämtliche medizinischen Bäder.** Lieferant sämtl. Krankenkassen Berlins und Vororte. [26341.*] **Carl Krieg.**

Abgerissen
u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei unseren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen getragene
Monatsgarderobe
in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur Wochen gebrauchte
Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 M.
Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.
J. Wand Hauptgeschäft: Große Frankfurter Str. 116
2. Geschäft: Chausseestr. 89
3. Geschäft: Chausseestr. 86
Bekanntestes Spezial-Geschäft für Monatsgarderoben Berlins.

Freie Volksbühne
Freitag dieser Woche, 8¼ Uhr:
Luisen-Theater
24. (IV.) Abendabteilung:
Robinsons Eiland.
Lortzing-Theater
22. (II.) Abendabteilung:
Der Troubadour.
Gastkarten à 1 M. sind in allen Zahlstellen und beim Obmann im Theater zu haben.
Sonntag, den **12. April,** nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater
15./16. Abteilung:
Das Wunder des heilig. Antonius. Der Arzt seiner Ehre.
Neues Schauspielhaus
6./7. Abteilung:
Die Kralle.
29. Kunstabend im Rathaus
Sonnabend, 25. April, 8½ Uhr:
Jungösterreichischer Dichterabend.
240/16 Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Palast-Theater
Burgstr. 24. Bhf. Börse.
Revanche-Kampf:
Kornatzki — Pohl-Abs II
Polen. Deutschland.
Freier Ringkampf
(alle Griffe erlaubt):
Ogli — Ritzler
Turkestan. Württemberg.
Außerdem wird **Weltmeisterschafts-Athlet Joseph Steinbach-Wien,** der jetzt in voller Form ist, seine **Weltrekords im Heben** zeigen.

Brauerei Friedrichshain
früher Lipps. — Am Königstor.
Oekonom: Ernst Liebig.
Vom 19. bis 26. April:
C. M. Ziehrer aus Wien.
Hofkapellmeister, Dirigent der kaiserl. königl. österr. Hofballmusik mit auf **60** Künstler verstärktem Orchester.

Passage-Panoptikum.
Zum erstenmal in Berlin!
Die lange Dora.
Das junge Riesenkind
Gesamtgröße 2 Meter 19.
Kunsttaucher
Kapitän Gröbl in seinem **Riesenbassin.**
Experimente mit der 4. Dimension.
Neapolit. Briganten-Kapelle.
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das phänomenale April-Programm!
Neu! Les Leecartis, Akrobat.-Potp. Hübels-Trio, Melange-Akt.
Neu! Ein lustiger Witwer. Posse mit Gesang. **Neu!**
20 erstklassige Nummern.
Anfang 8 Uhr Sonntags 5½ Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Benefiz Anna Kochow:
Kabale und Liebe.
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Benefiz-Ball.**
Sonnabend: **Der Goldbauer.**

Buggenhagen
Moritzplatz, im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
Das brillante April-Programm.
U. a.: **Lina Goltz, Artur Wolff, M. Bendix, Alexander Bros, Noranas Sisters.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Park. 0,75, Entree 50 Pf., in d. Woche Familienbilletts 5 St. 2 M.
Im unter. Konzertsaal: Donnerst.:
Neumann-Konzert.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47—49.
Donnerstag, den 9. April:
Die Ahnfrau
Trauerspiel in fünf Aufzügen von Franz Grillparzer.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Bürgerl. Schauspielhaus
früher
Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Heute Donnerstag, den 9. April:
Die Geyer-Wally.
Morgen zum ersten Male:
Die Autorität.

Gardinen, Portieren, Decken, Federbetten, Bettwäsche, Bilder, Uhren auf Teilzahlung. Nur Postkarte erbeten.
L. Malzner, Berlin, Auguststraße 50.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. **H. Unger, Gummiwarenfabrik** Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.

3. Schluß z. 106. Male:
Husaren-Streiche.
Anf. woch. 8 U.
Sonnt. 7 U.
Reichshallen-Restaurant:
Militär-Konzert.

Baustellen und Landparzellen
□R. von **4 Mark** an
nahe
Bahnh. Fredersdorf
Auskunft täglich im Pavillon am Bahnhof und bei 26012*
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Ordentl. General-Versammlung
der
Orts-Krankenkasse
der Messerschmiede, Schwertfeger und Verfertiger chirurgischer Instrumente zu Berlin
am Donnerstag, den 16. April cr., abends 8½ Uhr, bei Hempel, Rosenthalerstr. 11/12.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Abnahme der Jahresrechnung 1907.
2. Verschiedenes.

Anträge, welche Einsicht in die Kassenbücher erfordern, sind vier Tage vorher bei der Kasse schriftlich einzureichen.

Mitgliedsbuch legitimiert. 272/7
Die Herren Arbeitgeber sind hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Ich liefere
auf Credit
an Jedermann
Möbel

Polsterwaren
Compl. Wohnungs- und Kücheneinrichtungen
Betten, Steppdecken
Teppiche
Gardinen, Portièren
Leib- und Bettwäsche
Bilder, Uhren
Gas- und Petroleum-Kronen
Sport- und Kinderwagen
ev.
ohne Anzahlung
bei
kleinster Abzahlung

Möbel- u. Waren-Credit-Haus
S. DORN
Alte Schönhauserstr. 3
am Tor.

2522L*

Nur noch kurze Zeit!

Zum **Inventur-Extrapreis!**

Eine Partie **große Divandecken** auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,35 (Wert 6,75)

Buntpersische doppelseitige
Divandecken
Mk. 7,50–8,75 (Wert 12–15 Mk.)

Bunte Mocquett-**Plüsch-Divandecken**
Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 Mk.)

Eine Partie **Divanrückwände**
reichgestickt 8,85 M. (Wert 8,50 M.)

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.

Habe nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote
gratis u. franko.

Neue Freie Volksbühne

Die Kunst dem Volke.

Sonntag, den 12. und 19. April, nachmittags 3 Uhr, im neuerbauten **Hebbel-Theater,** Königgrätzer Straße 57/58:

Liebe.

Komödie in 3 Akten von **Paul Apel.**

Billetts für Mitglieder à 1,10 M., für Gäste à 1,35 M. (inkl. Garderobe und Zettel) sind in allen Zahlstellen und am Vorstellungstage im Theater bei den Ordnern zu haben.
150/5 **Der Vorstand.** I. A.: H. Heft.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 12. April 1908, abends 7 Uhr, in den neuen „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59:

Vortrag des Genossen Simon Katzenstein über:
„Kinderschutz und Jugendfürsorge."

Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein u. Tanz.**
Eintritt 20 Pf. 6/12 Garderobe frei.

Gegen Einbruch und Diebstahl.
Neu „Tyras"
Beste Türschloßsicherung, absolut sicher, in gewöhnl. Türschloß eingesetzt, verwandelt dasselbe in bestes Kunstschloß.
Bei Wohnungswechsel mitzunehmen.
Berliner Türschliesser-Fabrik Schubert & Werth, Prenzlauer Str. 41. Prosp. gr. u. fr. inkl. eins. 6 M.

Wir empfehlen folgende

Schriften von Friedr. Engels

Internationales aus dem „Volksstaat" (1871-75). Preis 30 Pf.

Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Preis 1 M. Agitationsausgabe 40 Pf.

Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Mit einem Anhang: Karl Marx über Feuerbach vom Jahre 1845. Preis 75 Pf.

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Elfte Auflage. Preis geb. 1.50 M.

Die Lage der arbeitenden Klassen in England. Preis geb. 2.50 M.

Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Preis geb. 3 M.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68.
Lindenstraße 69, Laden.

Warnung vor Nachahmung.

Wer den **Kapitän-Kautabak** echt haben will, achte auf den in jedem Stück liegenden Zettel oder auf das Etikett der 10 Pf.-Rollen mit Aufschrift

Kapitän-Tabak, gesetzl. geschützt.

Gen.-Vertr.: C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 8861

Sparsame Raucher

rauchen Fehlfarben der
7 Pf. = Cigarre No. 22
– 10 Stück 50 Pf.,
7½ Pf. = Cigarre No. 21
– 10 Stück 60 Pf.,
10 Pf. = Cigarre No. 110
– 10 Stück 75 Pf.

J. NEUMANN

Cigarren-Fabriken. — 150 Zweiggeschäfte, davon in Berlin:
Brunnenstraße 32, Ecke Anklamer Str.
Chausseestraße 22, Ecke Invalidenstr.
Chausseestraße 43, E. Schwartzkopffstr.
Dresdener Straße 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstraße 171, E. Französischestr.
Invalidenstraße 148, Ecke Bergstraße.
Jerusalemer Straße 41, Ecke Krausenstr.
Kaiser-Wilhelmstraße 19, Ecke Münzstr.
Königstraße Ecke Spandauer Straße 56.
Markgrafenstraße 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstraße 30, Ecke Adalbertstraße.
Potsdamer Straße 57-58, Ecke Bülowstr.
Prinzenstraße 91, Ecke Ritterstraße.
Rosenthaler Straße 48, Ecke Neue Schönhauser Straße.
Uhlandstraße 33, E. Lietzenburger Str.
Wallstraße 14a, Ecke Neue Grünstraße.
Wiener Straße 22, Ecke Grünauer Str.
Rixdorf, Bergstr. 146.

Weitere Verkaufstellen in Vororten und Umgebung:
Adlershof, Bismarckstr. 48. **Bernau,** Berliner Straße 257. **Buckow,** Königstr. 8. **Köpenick:** Bahnhofstr. 7a und Grünstr. 22. **Eichwalde** b. Schmöckwitz, Bahnhofstr. 5. **Kgs.-Wusterhausen,** Bahnhofstr. 1. **Niederschöneweide,** Bahnhof. **Potsdam,** Nauener Straße 46. **Stralau-Rummelsburg,** Bahnhof. **Zeuthen,** E. Kollmann. 2585L*

Servus

Bestes Leder & Schuh-Putzmittel
Ueberall zu haben in Dosen zu 10 und 20 Pfg.

Eigene Werkstätten!

Für bestes u. trockenes Material garantiert!
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister
jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof Kottbuser Tor
(früher: **Skalitzer Straße No. 6).** 2551L*

Komplette Wohnungs-Einrichtungen :: von den einfachsten :: bis zu den elegantesten
zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 □-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

„Problem"-Raucher!

Zur Aufklärung! Die von einzelnen Cigarrenhändlern verbreitete Behauptung, daß in meiner Fabrik gestreikt wird, ist vollständig unwahr und hat nur den Zweck, die Problem-Raucher irre zu führen.

Ich erkläre daher ausdrücklich, daß keine Differenzen mit meinen Arbeitern vorgekommen sind, und daß das beste Einvernehmen zwischen Firma und Personal besteht. Die Ursache der Ausschaltung meiner Marke beruht lediglich auf wirtschaftliche Interessen der Cigarrenhändler.

Cigarettenfabrik „Problem".

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
3. Berliner Reichstagswahlkreis

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse,
Albert Caruge
Schuhmacher (Bezirk 156), verstorben ist. 213/5

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. April, nachmittags 3 Uhr vom Krankenhause Am Urban nach dem Simeons-Friedhof am Mariendorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Am Sonntag, den 5. April, verstarb unser Kollege
Albert Caruge
im 27. Lebensjahre. 169/7

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses Am Urban aus nach dem Simeons-Kirchhofe statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Elektromonteur
Emil Hütel
am 6. d. Mts. an Nierenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet **heute** Donnerstag, den 9. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Der Mechaniker
Paul Achterberg
ist am 6. d. Mts. an Lungengeschwulst gestorben.

Die Beerdigung findet **heute** Donnerstag, den 9. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Der Kernmacher
Wilhelm Stahl
ist am 7. d. Mts. an Magenleiden gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. April, nachm. 4 Uhr, vom Hedwigs-Krankenhaus nach dem Versöhnungs-Kirchhof, Prinzen-Allee, aus statt. 115/1

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am Montag verschied nach kurzen, sehr schweren Leiden, im 27. Lebensjahre, meine liebe Frau und gute Mutter
Marie Mille
geb. **Jäckel.**
Dies zeigt tiefbetrübt allen Bekannten hiermit an
Karl Mille nebst Kind.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofs, Marstraße, aus statt. 13156

Husten, Heiserkeit
beseitigen wunderbar leicht und schnell
die berühmten
Hustentropfen
von
Otto Reichel.
Nur echt mit Marke
„Medico"
Fl. 50 Pf. u. 1.—

Vor Nachahmungen jeder Art muß dringend gewarnt werden.
In den meisten Drogerien und bei **Otto Reichel,** Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Bitte genau zu beachten!
Westmanns Trauermagazin
Eckhaus Kolonaden
Mohrenstraße 37a,
a. d. Jerusalemerstraße.
Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 115,
2. Haus an der Andreasstr.
Ausführung und Preise konkurrenzlos!
Bei Vorzeigung dieser Anzeige vergüte ich 10 % in bar.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Ein neuer Mord.

Die Mordchronik nimmt einen erschreckenden Umfang an. Wie alle Augenblicke von einem Eisenbahnunglück berichtet werden muß so häufen sich die Nachrichten über neue Mordtaten. Noch harren zahlreiche in letzter Zeit begangene Kapitalverbrechen der Aufhellung und schon kommt eine neue Kunde über ein bestialisches Verbrechen.

Am Tiergartenufer, in der Nähe der Nähe der Charlottenburger Brücke, wurde, in graue Sackleinwand gehüllt, gestern morgen die in fast unglaublicher Weise zerstückelte Leiche eines 14- bis 20jährigen Menschen gefunden. Hände und Beine fehlten, ebenso die Geschlechtsteile, so daß das Geschlecht der Leiche bis jetzt nicht hat festgestellt werden können. Wahrscheinlich aber handelt es sich um einen jungen Mann, der durch Erwürgen getötet und dessen Leiche dann bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden ist. Die Kriminalpolizei hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt, von der ein Teil jenen Personen zufallen wird, deren Angaben zur Rekognoszierung der Leiche führen.

Der grausige Fund wurde um 9 Uhr morgens gemacht. Arbeiter bemerkten, als sie am Tiergartenufer in der Nähe der Charlottenburger Brücke entlang gingen, am Rande des Gehweges ein in graue Sackleinwand gewickeltes Paket, das mit Bindfaden zusammengeschnürt war. Neugierig öffneten sie es, wichen aber, zu Tode erschreckt, zurück, als sie erkannten, daß der Inhalt des Pakets Teile einer menschlichen Leiche waren. Die Kriminalpolizei wurde verständigt und bald darauf erschien die Mordkommission, bestehend aus Oberregierungsrat Hoppe, Regierungsrat Lindenau vom Ministerium des Innern, Kriminalinspektor Braun und Kommissar Wannowski am Fundort. Die Kommission ließ das Paket vollständig öffnen, und der Anblick, der sich der Kommission darbot, war wirklich grauenhaft. Man sah in dem Paket nur den Kopf und den Rumpf der Leiche, Beine und Hände fehlten. Der Kopf war durch einen tiefen Schnitt vom Rumpfe getrennt, dieser selbst geöffnet. Die Eingeweide, der ganze Magen, die Leber, das Herz, die Milz, alles war herausgenommen und lag in einem wirren Durcheinander auf dem Boden. Am gräßlichsten war der Kopf zugerichtet. Die ganze Haut war vollständig abgezogen, auch die Kopfhaut mit dem Haar fehlte vollständig. Die Ohrmuscheln waren glatt abgeschnitten. Nur die Zähne waren vorhanden, auffallend starke und gut erhaltene Zähne, wie der Zahnarzt Dr. Peters feststellte. Besonders die Vorderzähne sind ungewöhnlich breit. Bei der Leiche wurde ein Pergamentpapier gefunden, wie es als Tektur für eine Arzneiflasche verwendet wird, und ein Pfropfen, der ebenfalls von einer sehr großen Medizinflasche herrührt.

Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes ist es wahrscheinlich, daß das entsetzliche Paket an der Fundstelle erst in der vergangenen Nacht niedergelegt worden ist. Der Mord kann aber schon vor einigen Tagen begangen worden sein. Spuren der Verwesung waren an der Leiche nicht zu bemerken.

Wie beim Schöneberger Frauenmord, so dürften, wie die Kriminalpolizei annimmt, auch hier die fehlenden Körperteile, die Hände und die Beine der Leiche, an einer anderen Stelle verborgen worden sein. Es sind auch diesbezügliche Nachforschungen angestellt worden, die aber bisher zu einem Ergebnisse noch nicht geführt haben.

Das Hauptbestreben der Kriminalpolizei geht vorläufig dahin, die Persönlichkeit des Ermordeten festzustellen. Bis jetzt fehlt jeder Anhaltspunkt für die Rekognoszierung der Leiche. Personen, denen in der letzten Zeit das Verschwinden eines 14- bis 20jährigen Menschen aufgefallen oder bekannt geworden ist, wollen deshalb unverzüglich ihre Angaben bei der Kriminalpolizei machen.

Weitere Mitteilungen besagen: Nach den vorläufigen Untersuchungen des Gerichtsarztes Dr. Strauch und eines zugezogenen Mediziners und Zahnarztes Dr. Peters stammen die Körperteile von einer jugendlichen Person von etwa 15 bis 17 Jahren. Das Alter kann auch bis auf 12 Jahre herabgehen. Das Gebiß ist vollständig und gut, zeigt aber noch nicht die Lücke für den Weisheitszahn. Die Brustwarzen sind noch nicht so entwickelt, daß aus ihnen das Geschlecht zu erkennen wäre. Wie die ersten Nachforschungen ergaben, haben die Leichenteile schon um 6 Uhr morgens am Fundort gelegen. Leute, die vorbeikamen, sahen das Paket, kümmerten sich aber nicht weiter darum. Lange kann es aber an der Stelle nicht gelegen haben, weil es zu deutlich sichtbar war. Auch der Zustand der Fleischteile läßt erkennen, daß es sich um eine noch frische Leiche handelt; man nimmt einstweilen an, daß jemand das Paket in den Kanal werfen wollte, dabei aber gestört wurde und es nun so fortwarf. Die Versuche mit Polizeihunden, die sofort gemacht wurden, hatten noch keinen Erfolg.

Nach den Mißerfolgen mit den ersten Polizeihunden zogen die Kriminalkommissare Wannowski und Peters, die die Mordkommission leiten, noch zwei andere heran. Diese nahmen eine Spur auf, verfolgten sie aber nur ein Stückchen Weges in dem zwischen dem Tiergartenufer und der Charlottenburger Chaussee gelegenen Gebüsch hinein. Einer der Hunde bekam dann dicht am Ufer eine Witterung, die ihn veranlaßte, die Erde aufzukratzen. Dabei kamen verschiedene Teile einer „Berliner Morgenpost“ zutage, an denen aber nichts zu sehen ist. Bei Nachforschungen im nächsten Gebüsch kam nichts heraus. Eine Durchsuchung des Gehölzes und des Kanalufers bis zur Schleuse blieb ebenfalls ohne Erfolg. Alle Schiffer, Kahn- und Dampferführer wurden sofort ersucht, ihr Augenmerk auf Leichenteile zu richten, die etwa ins Wasser geworfen worden sind. Diese gehen, wie andere Fälle lehrten, zunächst wohl unter, kommen aber bald wieder ans Tageslicht. Ein kleiner Teil kann unter Umständen für die Feststellung der Persönlichkeit sehr wesentlich sein, und darauf kommt es in erster Linie an. Sie ist aber um so schwieriger, als bis jetzt auch nicht das kleinste Teilchen eines Kleidungsstückes vorhanden ist.

Der gefundene Pfropfen mit einem rund zugeschnittenen Pergamentpapier hat nach dem sachverständigen Gutachten eines Apothekers zum Verschluß einer Flasche von 250 Gramm Inhalt gedient.

Augenblicklich ist die Kriminalpolizei dabei, alle Anzeigen über vermißte Personen, besonders jugendliche, noch einmal nachzuprüfen, um vielleicht auf diesem Wege zur Feststellung der Persönlichkeit zu gelangen. Daß es sich nicht etwa, wie man wohl äußern hört, um eine „Anatomieleiche“, ein Präparat eines Mediziners handelt, zeigt schon die Art der Zerstückelung. Einzig die Durchtrennung des Brustbeins könnte daran denken lassen. Es erscheint durchgesägt zu sein. Aber die anderen Trennungen sind so grob, wie sie bei Präparaten nicht vorkommen, besonders die gewaltsame Entfernung der Rippen von dem Rückgrat. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Tötung — durch Strangulation — und Zerstückelung der Person nicht unter freiem Himmel, sondern irgendwo in einer Behausung stattgefunden haben. Die Leichenteile waren auch bereits ausgeblutet, als sie in die Sackleinwand gepackt wurden. Zur Abtrennung einiger Teile ist anscheinend ein scharfes Werkzeug, ein Messer, verwendet worden. Die Schnitte aber sind auch wieder grob, gehackt.

Mit großer Ueberlegung hat der Täter gerade diejenigen Körperteile beseitigt, die zur Feststellung der Persönlichkeit hätten dienen können, die Augen, Ohren, Hände, Gesichtshaut, Haare und Geschlechtsteile. Der Wasserlauf bis zur Schleuse wird jetzt von Fischern abgesucht, auch nach etwa vorhandenen Kleidungsstücken. Die Kriminalpolizei ersucht das Publikum, ihr alle Wahrnehmungen über die Wegschaffung der Leichenteile nach dem Fundorte mitzuteilen. Wer irgendwo bis gestern morgen um 6 Uhr jemanden mit einem Paket in grober, grauer Sackleinewand (Bahnkollipackung) gesehen hat, vielleicht beim Verlassen eines Hauses oder auf der Stadtbahn oder sonst wo, der wolle sich sofort melden. Um 6 Uhr wurde das Paket von einem ermittelten Arbeiter, der des Weges kam, zuerst gesehen. Wie andere Leute und eine Schutzmannspatrouille feststellten, lag es am Abend zuvor noch nicht da. Zur Feststellung der Persönlichkeit sei auch besonders auf die breiten, kurzen Schneidezähne hingewiesen.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Am Karfreitag veranstaltet der Wahlverein eine Herrenpartie. Treffpunkt: vormittags 9 Uhr im Restaurant „Roßtrappe“, Westend, Spandauer Chaussee. Abmarsch 9½ Uhr zum „Alten Freund“ in Pichelswerder. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 11. April, abends 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmsbad, Seestr. 45: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Hetzschold über: „Die Technik der Landtagswahl.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten (u. a. Besprechung über die Maifeier). 4. Verschiedenes. — Wegen der wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreichen Besuch Der Vorstand.

Fredersdorf-Petershagen. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Max Girke: Zahlabend. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Alt-Glienicke. Am Freitag, den 10. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokale der Witwe Haberecht, Friedrichstr. 2, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Auf der Tagesordnung steht: „Die Arbeiterschaft im Kampfe für die wirtschaftliche Befreiung“. Referent: Genosse Paul Göhre. Diskussion. — In der Diskussion gibt die eingesetzte Kommission über die örtliche Lebensmittelteuerung Bericht. Die Bäcker- und Schlächtermeister hiesigen Ortes sind zu dieser Versammlung eingeladen. — Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Wannsee. Sonnabend, abends 8½ Uhr, im Fürstenhof: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Landtagswahl. 2. Bericht von der Gemeindevertretersitzung. 3. Kassenbericht vom 1. Quartal. 4. Maifeier. 5. Geschäftliches. Da wichtige Instruktionen zur Landtagswahl erforderlich sind, werden die Genossen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Terrainspekulanten und die Stadt Berlin.

Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über den Ankauf von Ländereien (200 Morgen) im Gemeindebezirk Heiligensee-Schulzendorf an der Havel zum Zwecke der Anlage eines neuen Wasserwerkes hat, wie schon kurz mitgeteilt worden ist, nach sechsmaliger Beratung und nachdem die Zwischenverkäufer den ursprünglich verlangten Preis von 3¼ Millionen Mark um 395 000 M. ermäßigt hatten, die Vorlage mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Jetzt, nach der Ablehnung der Vorlage durch den Ausschuß, sind die Verkäufer an Ausschußmitglieder herangetreten und haben eine weitere Preisermäßigung von rund 250 000 M. angeboten. Der Preis für das Gelände würde sich demnach um rund 650 000 auf rund 2 600 000 M. ermäßigen.

Nach diesen Vorgängen liegt für die Stadtverordneten-Versammlung aller Grund vor. Die Magistratsvorlage abzulehnen. Die Verkäufer der Grundstücke haben rechtzeitig von dem Plan des Magistrats Kenntnis bekommen und zahlreiche Grundstücke von Krautbauern für billige Preise erworben, um nun mit der Stadt Berlin ein schönes Geschäft zu machen. Daß diese Herren bis jetzt schon gerade infolge der Verhandlungen im Stadtverordnetenausschuß ihre ursprünglichen Forderungen um 650 000 M. ermäßigt haben, zeugt nicht gerade von einer besonderen Klugheit unseres Magistrats. Gerade bezüglich Verhandlungen mit Grundbesitzern wegen Erwerbung von Grundstücken sollte der Magistrat dafür Sorge tragen, daß Leute mit dieser Aufgabe betraut werden, die mehr das Interesse der Stadt und der Steuerzahler wahren, wie im vorliegenden Falle.

Ausnahmetage. Auf Grund des § 189d Ziffer 3 der Gewerbeordnung setzt der Polizeipräsident für den Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 189c dieses Gesetzes über die den Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen zu gewährende Mindestruhezeit und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1908 außer Anwendung:

1. Bei den Händlern mit Blumen für den 8., 15., 22., 29. Februar; 7., 14., 21., 28. März; 18. April; 20., 21., 28. November; 5., 12., 19. und 30. Dezember 1908.
2. Bei den Händlern mit Spielwaren für den 30. November; 1. bis 5., 7. bis 12., 14. bis 19. und 21. bis 23. Dezember 1908.
3. Bei den Buchhändlern für den 7. bis 12., 14. bis 19. und 21. bis 23. Dezember 1908.
4. Bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 16. und 18. April; 27. Mai; 6. Juni; 21. November; 14. bis 19., 21. bis 23. und 30. Dezember 1908.

Die Tage, an denen im Ortspolizeibezirk Berlin alle offenen Verkaufsstellen (einschließlich derjenigen der oben zu 1—3 genannten Gewerbetreibenden) für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen, sind bereits durch die Bekanntmachung vom 14. Januar 1905 festgesetzt worden. Es sind dies für das Jahre 1908 dieselben Tage, welche oben unter Nr. 4 genannt sind.

Neue Postpaketadressen werden demnächst eingeführt. Die Formulare für Postanweisungen sind bekanntlich vor wenigen Jahren dadurch verbessert worden, daß man die Trennungslinie zwischen der Anweisung und dem Abschnitt für den Empfänger durchlocht hat. Es wird dadurch das Abtrennen des Abschnittes erleichtert. Diese zweckmäßige Einrichtung soll jetzt auch auf die Formulare für Postpaketadressen übertragen werden. Auch diese werden zwischen den beiden Strichen, die die Adresse von dem Abschnitt trennen, leicht durchlocht. Die Neuerung gilt zunächst als ein Versuch, wird aber ohne Zweifel beibehalten werden. Soweit alte Formularen vorhanden sind, werden sie noch verwendet. Während zu Postanweisungen nur amtliche Formulare verwendet werden dürfen, können für Postpaketadressen bekanntlich auch solche gebraucht werden, die von der Privatindustrie hergestellt sind. Vielfach wird gleich die Adresse des Absenders mit aufgedruckt usw. Für diese Formulare der Privatindustrie wird vorläufig die Durchlochung noch nicht vorgeschrieben. Es steht noch in Frage, ob sie etwa später verlangt werden wird.

Eine erhebliche Abnahme des Spielautomatenunfugs ist seit kurzem zu beobachten. Dieser Rückgang liegt an der vermehrten sehr energischen Kontrolle der Polizei. Sie hat endlich eine Handhabe zum Einschreiten gefunden in einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Reichsgerichts, welche selbst solche Automaten, die bisher freigegeben waren, als Glücksspiel charakterisiert. Infolgedessen lassen die Unternehmer jetzt viele Hunderte von Automaten aus den Automaten-Variétés und auch aus den Restaurationslokalen entfernen, damit sie nicht der Versiegelung oder gar der Konfiskation anheimfallen. Auf diese Weise ist den modernen Spielhöllen, die im Winter wie die Pilze aus dem Boden schossen, der Hauptreiz entzogen und es sind daher schon Dutzende derselben seit dem 1. April vollständig eingegangen. Zudem war offensichtlich nicht bloß eine gewisse Uebersättigung der beteiligten Spielerkreise eingetreten, sondern man scheint auch nachgerade gemerkt zu haben, daß die Automaten-Variétés nur dazu da sind, um einer verhältnismäßig kleinen Unternehmerclique die Taschen mit dem Gelde der untersten Stände zu füllen. Für nicht nachdenkende Erwachsene und vor allem für die Jugend bedeuten natürlich diese Variétés auch in der beschränkten Form ihrer Wirksamkeit immer noch eine starke Gefahr.

Die Eisenbahnberichterstattung über das aus dem Zuge gestürzte Fräulein B. Bold (in Nr. 83 des „Vorwärts“) macht einen recht schlechten Eindruck und die Einfachheit des Vorganges ist selbst damit nicht zu vertuschen, daß man das reisende Publikum mit den üblichen polizeilichen Ermittelungen belästigt hat. Es kommt in Fällen besonderer Hast und Ueberellung vor, daß beim Abhängen von Wagen verabsäumt wird, wenn der letzte Wagen im D-Zug ein Durchgangswagen ist, die Tür in der Rückwand für das Publikum zu verschließen. Wahrscheinlich hat das Fräulein beim Suchen nach dem Abort die unverschlossene Tür in der Dunkelheit der Nacht geöffnet und ist durch einen Fehltritt aus dem Wagen gestürzt. Es ist das durchaus nicht der erste derartige Unglücksfall, sondern es sind schon öfter solche Todesstürze vorgekommen, die für unaufgeklärt ausgegeben wurden. Wenn es in dem schön gefärbten Eisenbahnberichte heißt: „Die Türverschlüsse waren überall in gutem Zustande“, so hat das gar nichts zu bedeuten, denn auf irgend einer Station kann ein Nachtbeamter die offen gefundene Tür nachträglich geschlossen haben. — Selbstverständlich wird eifrig nach irgend einem armen Unterbeamten geforscht werden, dem man die Schuld einer Unterlassung in die Schuhe schieben kann, um ihn bequemerweise dem Staatsanwalt zu übergeben.

Wiederum ist ein gemeingefährlicher Erpresser festgenommen worden, der als „Schriftsteller“ H. Sanders für größere Berliner Tageszeitungen tätig sein wollte und in der Reichshauptstadt wochenlang sein verbrecherisches Wesen trieb. Der angebliche S., der Zuhälter mehrerer Prostituierter war und hierdurch seinen Lebensunterhalt bestritt, benutzte die Adressen derjenigen Männer, die mit den Mädchen in Beziehungen getreten waren, um unter den ungeheuerlichsten Beschuldigungen, deren Richtigkeit er angeblich durch Zeugen beweisen konnte, Geldsummen zu erpressen. Da die in dieser Weise von dem Burschen belästigten Herren es aus erklärlichen Gründen vermieden, der Polizei Nachricht zugehen zu lassen, so konnte der Bursche lange Zeit hindurch sein Treiben fortsetzen. Einer der Geschädigten übergab schließlich die Sache zur weiteren Verfolgung einem Detektivbureau, dem es gelang, festzustellen, daß der angebliche Schriftsteller Sanders ein Zuhälter namens Spielvogel war. Das Bureau erstattete Anzeige bei der Kriminalpolizei, die die Verhaftung des Erpressers bewirkte. Den Namen Sanders hatte der Bursche lediglich sich aus dem Grunde beigelegt, weil ein Herr gleichen Namens dem Vorstande des Vereins zur Fürsorge für gefallene Mädchen angehört.

Die Errichtung eines Freibades am Seddinsee ist geplant. Man hat in der Nähe von Schmöckwitz eine den Zwecken entsprechende Stelle ausgesucht, um dort ebenso wie am Wannsee und am Müggelsee ein Familienbad zu schaffen. Wenn das Projekt auch in diesem Jahre noch nicht vollkommen zur Ausführung gelangen wird, so dürfte es mit dem Frühjahr nächsten Jahres greifbare Formen annehmen.

Aus der Selbstmordchronik. Von drei Lebensmüden, deren Leichen vorgestern entdeckt worden sind, sucht die Polizeibehörde die Personalien festzustellen. In allen drei Fällen handelt es sich um männliche Personen im Alter von 40 bis zu 50 Jahren. Aus dem Landwehrkanal wurde die Leiche eines Selbstmörders gelandet, der anscheinend dem Kellnerstande angehört hat. In der Rocktasche des Toten wurde nämlich ein Zeugnis, das auf den Namen eines Kellners Bergemann ausgestellt war, vorgefunden. — Eine zweite Leiche wurde am Treptower Park aus der Oberspree gezogen. Der Tote ist ein Mann von etwa 50 Jahren, der vermutlich dem Kaufmannsstande angehört hat. — Schließlich wurde in dem Forst zwischen Treptow und Ober-Schöneweide an einem Baume die Leiche eines Lebensmüden entdeckt. Der Selbstmörder hatte bereits schon längere Zeit an dem Baume gehangen. Die drei Leichen wurden sämtlich nach dem hiesigen Schauhause gebracht.

Tödlich verunglückt ist gestern vormittag ein Radfahrer in der Kommandantenstraße, der in einen Lastwagen hineinfuhr und unter die Räder geriet. Das Vorderrad ging dem Bedauernswerten über den Hals, während das Hinterrad ihm den Leib breitdrückte. Schwerverletzt wurde der Aermste nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern abend in der Hussitenstraße ereignet. Der 43 Jahre alte Former Karl König, der in der Schwartzkopffschen Fabrik in der Scheringstraße angestellt war, hatte mit mehreren Kollegen gemeinsam seine Arbeitsstätte verlassen, um nach seiner in der Florastr. 85 belegenen Wohnung heimzukehren. In der Hussitenstraße bekam er plötzlich einen Schwindelanfall und stürzte besinnungslos nieder. Unglücklicherweise schlug er mit dem Kopfe gegen die Bordschwelle, so daß ein Schädelbruch herbeigeführt wurde. Die Kollegen brachten den Verunglückten nach dem Lazarus-Krankenhause, wo aber nur noch der Tod bei ihm festgestellt werden konnte.

Ihren furchtbaren Verletzungen erlegen ist im Paul-Gerhardtstift Frau Wölfel aus der Koloniestraße 32, die sich Ende voriger Woche beim Feueranmachen mit Petroleum schwere Brandwunden zuzog.

Angeschossener Knabe. Der 12jährige Sohn des Zimmermanns Hermann U. ward an der Ecke der Wisbyer und Greifenhagener Straße von einem ungefähr gleichaltrigen Knaben abends mit einem Tesching in die rechte Brustseite geschossen. Der Täter flüchtete dann. Der verletzte Knabe wurde von seinem Vater in einer Droschke nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee gebracht, von wo bald darauf seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhause erfolgte. Das Geschoß scheint in der Lunge zu sitzen. Der arme Knabe dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Möbelhändler Siegmund Bernstein aus der Stralauerstraße 44, der am Sonntag vor vierzehn Tagen in seinem Geschäft überfallen wurde. Gestern trat eine Lähmung der linken Körperseite und in der Nacht der Tod ein.

Der fällige Dachstuhlbr wurde gestern aus der Schering-straße 10 gemeldet. Auch der Liebenwalder Straße 16a, Ecke Hennigsdorfer Straße und Hennigsdorfer Straße 13 waren Dachstuhlbrände zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Aus dem Verwaltungsbericht des Magistrats für 1907.

Der wirtschaftliche Niedergang ist, wie in dem Vorwort des Verwaltungsberichts erwähnt wird, auch für Rixdorf im Jahre 1907 nicht ohne Rückwirkung geblieben. Zwar war auch im Berichtsjahr ein sichtbarer Fortschritt zu verzeichnen, jedoch bleibt derselbe hinter dem Wachstum der Vorjahre zurück. Die Bevölkerungsziffer, welche am 1. Dezember 1905 153 513 Personen betrug, belief sich am 31. Dezember 1906 auf 176 923 und am 1. Dezember 1907 auf 197 000 Personen. Die Steigerung betrug also im Jahre 1906 14,74 Proz., im Berichtsjahre 1907 jedoch nur 11,34 Proz. Auch ein Rückgang der Bautätigkeit hat sich bemerkbar gemacht. Der gemeine Wert aller im Stadtgebiete belegenen Grundstücke ist in den letzten vier Jahren von 300 000 000 auf 462 000 000 M. gestiegen. Die ungünstigen Verhältnisse des Geldmarktes hat auch Rixdorf zu fühlen bekommen. So wird betont, daß die weitere Regelung der Anleihe von 22 000 000 M. auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen sei. Außer einer Verzinsung von 4½—4¾ Proz. habe die Stadt, um überhaupt Geld zu erhalten, außergewöhnlich hohe Provisionen zahlen müssen. Mit Rücksicht hierauf ist die weitere Regelung obengeannter Anleihe unter Zurücksetzung verschiedener den Geldbedarf in Anspruch nehmender Projekte nach Möglichkeit hinausgeschoben worden. Von den in der Ausführung begriffenen größeren Hochbauten ist der Hauptteil des Rathauses insoweit gefördert worden, als die in dem Flügel an der Schönstedtstraße eingerichteten Bureauräume vom 1. April 1907 in Benutzung genommen werden konnten. Der unter dem Turm belegene Hauptbauteil, der die Repräsentationsräume und die Sitzungssäle enthält, soll voraussichtlich am 1. Oktober dieses Jahres in Benutzung genommen werden. Schon viele Jahre früher wäre es notwendig gewesen, den Bau in Angriff zu nehmen; denn jetzt noch ist in den verschiedensten Räumen des alten Rathauses die Abfertigung des Publikums infolge der Beengtheit der Räume eine höchst mangelhafte.

Der Krankenhausbau in Buckow ist soweit gefördert, daß am 1. Oktober dieses Jahres mit der inneren Ausstattung der Räume begonnen werden kann. Damit dürften die schreiendsten Mängel auf dem Gebiete des Krankenwesens beseitigt sein. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege sind geschaffen worden eine Säuglingsfürsorgestelle, eine Kindervolksküche und eine Trinkerfürsorgestelle im Hause Steinmetzstraße 113.

Schöneberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung war nur von sehr kurzer Dauer. Zur Beratung kam der schon seit Wochen auf der Tagesordnung stehende Antrag der Unabhängigen Vereinigung:

„Der Magistrat wolle mit den in Betracht kommenden Fabriken behufs Errichtung von Stillstuben in Verbindung treten und der Stadtverordnetenversammlung über den Erfolg seinerzeit Mitteilung zugehen lassen."

In seiner Begründung des Antrages wies der Stadtv. Gremler darauf hin, daß die Kinder der Fabrikarbeiterinnen einen ganz unverhältnismäßig hohen Prozentsatz zu der Säuglingssterblichkeit stellen. Eine Abhülfe sei hier dringend notwendig. Man müsse die Mütter in die Lage bringen, ihre Kinder selbst zu stillen. Der Gemeinde entstehen dadurch nur wenige Kosten, wenn sich die Arbeitgeber verpflichten, derartige Stillstuben zu errichten. Es kämen nur die Kosten für die Aufsichtsdame in Betracht.

Der Antrag wurde darauf ohne Debatte einstimmig angenommen.

Eine Reihe von Etatsüberschreitungen wurden dem Etatsausschuß zur Prüfung zu überweisen.

Angenommen wurde sodann ein Antrag, wonach der Magistrat ersucht wird, schleunigst Erhebungen darüber anzustellen, ob die Errichtung weiterer höherer Mädchenschulen in Schöneberg notwendig ist, und bejahendenfalls der Stadverordnetenversammlung baldigst eine entsprechende Vorlage zu machen.

Gemäß dem Antrage des eingesetzten Ausschusses wurde darauf beschlossen, von der beantragten Errichtung einer Baugewerkschule Abstand zu nehmen. Nach dem Bericht des Ausschusses würde diese Schule einen jährlichen Zuschuß von zirka 120 000 M. erfordern.

Der beantragten Erweiterung der Deputation für den städtischen Arbeitsnachweis um vier Stadtverordnete wurde zugestimmt, da dieser Deputation eine Reihe von sozialen Aufgaben überwiesen werden soll. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehört Genosse Wollermann der Deputation an.

Wilmersdorf.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich ausschließlich mit den Vorarbeiten zur Landtagswahl. Genosse Goddäus erläuterte in ausführlicher Darlegung die Art der zu erledigenden Arbeiten und wies insbesondere darauf hin, daß ohne die tatkräftige Mithülfe aller Mitglieder des Wahlvereins eine ordnungsmäßige Erledigung derselben nicht möglich sei.

Ein Uebergriff eines gesetzesunkundigen Schutzmanns gab zu einer Beschwerde Anlaß; derselbe arretierte bei der letzten Flugblattverbreitung einen Genossen, der sich weigerte, auf offener Straße dem Schutzmann eines der Blätter auszuhändigen. Auf der Wache wurden ihm die Flugblätter abgenommen; dieselben sind bisher noch nicht wieder herausgegeben worden.

Karlshorst.

Am 6. und 7. April fanden in Karlshorst die Gemeindevertreterwahlen der dritten Klasse statt. Am ersten Tage war ein Ansässiger und ein Nichtangesessener zu wählen. Unsere Beteiligung beschränkte sich auf die Aufstellung des Genossen Stühmer als Nichtangesessener. Von 1256 eingetragenen Wählern übten nur 570 ihr Wahlrecht aus, von denen 198 für unseren Kandidaten stimmten, während die bürgerlichen Kandidaten 364, 288 und 70 Stimmen erhielten. Gewählt sind Redakteur Schäfer und Bankbeamter Hinze.

Am zweiten Tage fand die Ersatzwahl für einen von Karlshorst verzogenen Gemeindevertreter statt. Da nur ein Angesessener in Frage kam, war im Wahlverein beschlossen worden, uns nicht an der Wahl zu beteiligen. Die Folge davon war natürlich auch eine geringere Beteiligung der bürgerlichen Wähler, die am ersten Wahltage eine außerordentliche Agitation entfaltet hatten, um zu verhindern, daß in der Villenkolonie ein Sozialdemokrat in das Friedrichsfelder Gemeindeparlament gewählt wird. Zum ersten Male wurden in Karlshorst 20 bis 25 Forensenstimmen durch den Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins abgegeben. Als nun am zweiten Tage nachmittags 5½ Uhr für die beiden bürgerlichen Parteien (Grundbesitzerverein und Bürgerverein Eigenhaus) erst reichlich 150 Stimmen abgegeben waren, und beide Teile bei bekannten Genossen um die sozialdemokratischen Stimmen buhlten, entschlossen diese sich durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten schnell in den Wahlkampf einzugreifen, um wenn möglich, eine Stichwahl herbeizuführen. Von 6 Uhr ab eilten einige Genossen von Haus zu Haus um die sozialdemokratischen Wähler vom vorhergehenden Tage aufzufordern, sich nochmals an der Wahl zu beteiligen. Als Kandidat wurde der Genosse Wilhelm Güldemeister, Maurer und Hauseigentümer, proklamiert und bis zum Schluß der Wahlhandlung waren für diesen 113 Stimmen abgegeben. Darob großes Erstaunen bei den Bürgerlichen. Zur Stichwahl reichte die Zahl jedoch nicht aus, denn auch die Gegner hatten im letzten Augenblick noch verzweifelte Anstrengungen gemacht, wodurch sie ihre Stimmenzahl noch bedeutend erhöhten, so daß der Rentier Hering von 402 abgegebenen Stimmen 241 auf sich vereinigte und als der Gewählte proklamiert werden konnte. Bei der Beurteilung des Wahlresultates ist in Betracht zu ziehen, daß acht bürgerliche Vereine für die gewählten Gemeindevertreter tätig waren, denen alle Lokale am Orte zur Verfügung stehen, während sie es mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern, daß die Sozialdemokratie die Lokale von König und Arlt zu Versammlungen frei bekommt. Wir mußten uns deshalb auf zwei kleinere ungünstig gelegene Lokale beschränken. Die Gemeindevertreterwahl ist vorüber, frisch auf zur Agitation für die preußischen Landtagswahlen. —

Wittenau-Borsigwalde.

Der Voranschlag zum Gemeindeetat beträgt für das Jahr 1908/09 in Einnahme und Ausgabe 2 558 000 M. Infolge Zunahme der Bevölkerungsziffer hat sich das Einkommensteuersoll von 39 000 M. auf 54 000 M. erhöht. Die Personalsteuer mit der Kreissteuer ist wie im Vorjahre auf 150 Proz. festgelegt, desgleichen der für die Forensen, Aktiengesellschaften usw. veranlagte Normalsteuersatz. Die Gewerbesteuer der I. und II. Klasse beträgt 300 Proz., der III. und IV. Klasse 200 Proz. Statt der Grund- und Gebäudesteuer tritt die sogenannte Grundwertsteuer. Der Wert des steuerpflichtigen Grundbesitzes beträgt zirka 28 000 000 M. Es können 2 vom Tausend des gemeinen Wertes erhoben werden. Zu verschiedenen Zwecken ist eine Anleihe von 2 000 000 M. erforderlich. Zum Neubau der Gasanstalt 600 000 M. Für das alte Gasrohrnetz einschließlich der Gasmesser, Kandelaber und so weiter sind an das Gaswerk Tegel 250 000 M. zu zahlen. Die Verlegung neuer Gasröhren, der Ankauf von Kandelabern und sonstigen Geräten erfordern 50 000 M. Desgleichen werden 50 000 M. zur Erweiterung der Wasserversorgungsanlage benötigt. Außerdem werden verlangt zum Erwerb von Grundstücken für verschiedene Gemeindezwecke 408 000 M., zur Neupflasterung des bebauten Teiles der Wittestraße 51 000 M., als erste Rate zur Durchführung der Kanalisation im gesamten Gemeindebezirk 150 000 M. und zum Neubau eines Rathauses als zweite Rate 150 000 M. Unsere Schulden erhöhen sich durch diese Anleihe von 2 195 919 M. auf 4 195 919 M. Das Gemeindevermögen beträgt 2 661 000 M. Das Elektrizitätswerk schließt mit einer Einnahme und einer Ausgabe von 14 000 M. ab. Die Gemeindeverwaltung erfordert einen Zuschuß von 51 500 M., die Polizeiverwaltung 11 900 M., die Grund- und Gebäudeverwaltung 2000 M., die Kapital- und Schuldenverwaltung 120 000 M. Zuschuß. Der wirklich zu leistende Zuschuß zur Schulverwaltung beträgt 81 340 M., es sind hierbei 600 M. für Unterrichtsmittel an arme Kinder vorgesehen. Die Armenverwaltung schließt mit einer Einnahme von 6000 M. und einer Ausgabe von 16 000 M. ab, darunter befinden sich zur Erhaltung einer Diakonissenstation in Wittenau 1260 M., desgleichen für Borsigwalde 960 M. Das Feuerlöschwesen erfordert einen Zuschuß von 9000 M. usw. Der Erwerb des Hechlerschen Grundstücks zum Preise von 5100 M. zum Bau der Industriebahn Tegel—Friedrichsfelde wurde einstimmig beschlossen. Die Ersatzwahl der 1. und 2. Klasse vom 24. März wurde einstimmig für ungültig erklärt. Herr Oskar Buchlow hat entgegen der Bestimmung der Landgemeindeordnung für sich und Herrn Borsig Forensenstimmen abgegeben. Eine Neuwahl findet in nächster Zeit statt.

3. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

Kassel, den 7. April 1908.

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

Mit dem L'Operario Italiano sind mehrere Redner nicht zufrieden; derselbe wird als ziemlich zwecklos für die Steinarbeiter bezeichnet.

Gauleiter Braun beschwert sich über das Zusammenarbeiten des Vorstandes, der allzu oft in kritischen Fragen versagt. Auch dürfe Starke in Zukunft den Mitgliedern nicht mehr versprechen, wie der Vorstand zu halten berechtigt ist. Redner klagt über die geringe Mitarbeit der Kollegen der einzelnen Orte, die mit wenig Ausnahmen alle Arbeit dem Gauleiter aufbürden möchten.

Von verschiedenen Rednern wird betont, daß zurzeit die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht angängig sein dürfte, viel eher sei die Erwerbslosenunterstützung durchführbar. Ferner wird dem Vorstand angeraten, die fremdsprachlichen Arbeiter möglichst finanziell zu unterstützen in ihren Organisationsbestrebungen, da deren wirtschaftlicher Aufstieg Rückwirkung auf die deutschen Kollegen habe, insofern, als ein Ueberfluten der heimischen Arbeitsplätze mit fremden Arbeitskräften verhindert wird. Auch die Zersplitterungstaktik der christlichen Gewerkschaften sowie der evangelischen Arbeitervereine, die in jeder Beziehung der Aufklärung der Steinarbeiter entgegenarbeiten, wird einer strengen Kritik unterzogen.

Die Debatte wird in derselben Weise noch von einer ganzen Anzahl Delegierten fortgesetzt, wobei betont wird, daß man im allgemeinen mit der Haltung des Verbandsorgans zufrieden und noch mehr zufrieden sein wird, wenn die monierten Fälle abgeändert werden.

Die weiteren Ausführungen der Diskussionsredner streifen die internen Verbandsangelegenheiten, bieten aber keine neuen Gesichtspunkte, die für die Oeffentlichkeit Interesse haben.

Knoll gibt der Meinung Ausdruck, daß die ganzen Mißhelligkeiten zwischen Vorstand und Mitglieder aus der Zwitterstellung entstehen, die die beiden bestehenden Körperschaften, Zentralvorstand und Zentralausschuß, mit sich bringen, und daß dieselben verschwinden werden, wenn letzterer aus dem Organisationsgebilde der Steinarbeiter verschwindet.

Nachdem 49 Delegierte sich zum Vorstandsbericht geäußert haben, erhalten die Verbandsvertreter das Schlußwort. —

Staudinger, Redakteur, erklärt sich mit dem Verlauf der Debatte zufrieden, da dieselbe dazu dienen wird, wirklich bestehende Fehler zu beseitigen. Die Erfolge der Steinarbeiter müssen nach wie vor im „Steinarbeiter" veröffentlicht werden, unbekümmert darum, ob dadurch die Unternehmer aufgestachelt werden oder nicht. — Vorsitzender Starke ersucht die Kollegen, seine Grobheit, die nun schon seit der Erfurter Tagung bemängelt wird, auf sich beruhen zu lassen. Einen Diplomatenton könne er als alter Steinmetz sich nun einmal nicht angewöhnen. Nachdem Redner noch verschiedene Unrichtigkeiten und falsche Auffassungen richtig gestellt, sowie die bisherige vom Vorstand geübte Taktik verteidigt hatte, gelangte folgender Antrag zur Annahme:

„Die Jahresberichte sind vom Zentralvorstand so frühzeitig herauszugeben, daß die Zahlstellen noch vor dem Verbandstage sich mit diesen beschäftigen können."

Ferner wird dem Vorstand anheimgegeben, alljährlich gebundene Exemplare der Fachblätter den Zahlstellen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen.

Ueber

Streiks und Tarifwesen

referiert Staudinger.

Die Notwendigkeit der systematischen Behandlung dieser Angelegenheit wurde zunächst auf dem Nürnberger Verbandstage beantragt, seitdem ist diese Frage nicht mehr zur Ruhe gekommen, sondern sie ist stetig fortgeschritten, gerade so wie sich die Steinindustrie in dem letzten Jahrzehnt mit Hülfe der technischen Hülfsmittel entwickelt hat. Durch die riesigen technischen Mittel sind die Steinbearbeitungswerkstätten in den Städten verödet und die Arbeiter wieder verstreut und an die Brüche selbst gefesselt. Trotz dieser Entwickelung glauben die Steinindustriellen, daß die Forderungen der Arbeiter unberechtigt sind und mit allen Mitteln wehren sie sich, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Folge zu geben; aus diesem Grunde ist die Art des Streikführens heute ganz anders wie früher. Heute gilt es, Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen, und je stärker die Arbeiter organisiert sind, je eher werden sie als verhandlungsfähig angesehen, denn nur starke Organisationen zwingen den Arbeitgeber zur Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigten Faktor im wirtschaftlichen Leben. Ferner gilt es, bei Streiks eiserne Disziplin zu üben und den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten; hier können die Arbeiter von den Unternehmern lernen, da im Arbeitgeberverband jedes selbständige Handeln der Arbeitgeber, die mit ihren Arbeitern im Streit liegen, den Verlust der Unterstützung nach sich zieht. Redner bezeichnet es als einen Krebsschaden, daß so oft Streiks mit jung organisierten Mitgliedern geführt werden müssen. Im Jahre 1900 waren von 100 Streikenden 84 Proz. länger als sechs Monate organisiert; leider ist diese Zahl aber zurückgegangen, so daß man stellenweise den Streik mit Kollegen führen muß, die nur wochenlang dem Verband angehören. Leider hat dies öfters zur Folge, daß die Streiks verloren gehen oder nur zum Teil gewonnen werden. Doch ein verloren gegangener Streik braucht keine Niederlage zu sein, sondern kann unter Umständen einen Achtungserfolg in der Oeffentlichkeit darstellen, wenn die Arbeiter auch nach dem Kampfe in der Organisation bleiben und treu weiter arbeiten nach dem Grundsatz: aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Uebergehend zu den Tarifverträgen, schildert Redner die Vorteile, die dadurch für 18 519 Arbeiter, die auf 1444 Werkstätten beschäftigt, errungen sind. Die Gauleiter sollen in allen jenen Gegenden, wo noch keine Tarife bestehen, auf den Abschluß derselben hinarbeiten und in denselben die Stundenlöhne vor allen Dingen festlegen. Zur Ueberwachung der Tarife fordert Redner die Bildung von Schiedsgerichten. Auch der Streikklausel widmet Redner einige Worte, indem er betont, daß die Granitarbeiter immer der Meinung sind, daß in ihrer Branche der Streik zu jeder Zeit passend sei, und doch trifft dies durchaus nicht zu, denn wenn die kommunalen Verwaltungen von der Streikklausel Gebrauch machen, so fallen sie ebenfalls hinein. Redner schließt mit den Worten: Nur starke Organisationen garantieren uns den Sieg!

Damit sind die Verhandlungen für heute erledigt.

* * *

Berichtigung. In den Ausführungen des Genossen Knoll hat der Druckfehlerteufel aus juristisch gebildeten Personen jesuitisch gebildete gemacht, welches wir hiermit berichtigen.

Gerichts-Zeitung.

Nachklänge vom vorjährigen Seemannsstreik.

Wegen Landfriedensbruchs, gemeinschaftlichen und schweren Hausfriedensbruchs, öffentlicher Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen und Sachbeschädigung standen gestern die Seeheizer Krahl, Schulz, Doering und Potreck vor der **Strafkammer II des Landgerichts Hamburg.** Die zur Verhandlung stehenden Dinge sollen sich am Abend des 22. Juli 1907 in und vor dem Lokale eines Gastwirts Petzold am Hamburger Hafen abgespielt haben. Dieser Wirt soll während des Streiks der Seeleute in Verdacht geraten sein, Arbeitswillige zu beherbergen, wodurch er sich den Unwillen der streikenden Seeleute zugezogen haben soll. In diese Wirtschaft sollen die Angeklagten eingedrungen sein, die anwesenden Gäste als „Heidelberger" bezeichnet und der Aufforderung des Wirtes zum Verlassen des Lokals nicht nachgekommen sein. Als sie von Petzold und seinen Gästen auf die Straße gedrängt wurden, sollen von ihnen, nachdem aus anderen Lokalen Leute herbeigeeilt waren, Aufforderungen ergangen sein, die „Heidelberger Bude in Dutt (kaput) zu schlagen". Von draußen wurde die große Lokalscheibe eingeworfen, worauf der Wirt mit einem Revolver auf die Menschenmenge schoß. Durch ein Wurfgeschoß hat die Wirtin eine Verletzung am Kopfe erlitten. Die Aufforderung zum Demolieren der „Heidelberger Bude" sollen hauptsächlich Krahl und Schulz an die Volksmenge gerichtet haben, während Doering sich an dem Bombardement beteiligt haben soll. Die Angeklagten, die sich seit 5 bezw. 3 Monaten in Haft befinden, bestritten die ihnen zur Last gelegten Anklagepunkte, nur Potreck gibt einen einfachen Hausfriedensbruch zu; sie selbst seien „Heidelberger" genannt worden, was sie sich verbeten hätten; ferner stellten sie in Abrede, Drohrufe ausgestoßen zu haben.

Das **Urteil** ging dahin: **Doering wurde freigesprochen, Schulz** zu 8, **Potreck** zu 5 und **Krahl** zu 9 **Monaten Gefängnis** verurteilt. Potreck und Krahl wurden je 2 Monate und Schulz 4 Monate Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Krahl wurde in Strafhaft abgeführt, die übrigen wurden auf freien Fuß gesetzt.

Beantragt waren doppelt so hohe Strafen. Als strafmildernd zog das Gericht die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten in Betracht.

Das Spandauer Eisenbahnunglück.

Vom Landgericht Berlin III sind, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, am 28. November vorigen Jahres der jugendliche Arbeiter Max Vermum und der Direktor der Spandauer Straßenbahn Wetzel wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung sowie fahrlässiger Gefährdung eines Bahntransportes **zu 1 bezw. 6 Monaten Gefängnis** verurteilt worden. Das **Reichsgericht hat** gestern die **Revision** der beiden **verworfen.**

Versammlungen.

Die Rohrleger und Helfer hielten am Montag eine allgemeine Versammlung ab, die vom Metallarbeiterverband einberufen war und im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte. Kube als Referent schilderte, wie sich das Tarifverhältnis im Baugewerbe entwickelt hat und wie die Arbeitgeber, die ja vordem den Arbeiterverbänden jegliche Anerkennung versagten, mit der Zeit scheinbar zu Freunden der Tarifverträge wurden und sie nun dazu benutzen wollen, die Arbeiter an ungünstige Lohn- und Arbeitsbedingungen dauernd zu fesseln. Er gab dann eine Uebersicht über den Verlauf der Verhandlungen und ließ keinen Zweifel darüber, daß die

Arbeitnehmer auch mit dem Mustertarif in seiner gemilderten Form keineswegs gänzlich zufrieden sein können, und daß ja auch nach Anerkennung dieses Mustertarifs die Gefahr eines allgemeinen Kampfes im Baugewerbe nicht beseitigt ist. Nachdem der Redner dann den Stand der Verhandlungen in den verschiedenen Städten und Lohngebieten geschildert hatte, führte er auf Grund beweiskräftiger Zahlen aus, daß, wenn auch zum Teil künstlich herbeigeführt durch das Unternehmertum, die Konjunktur im Baugewerbe noch ziemlich flau sei, doch ein Aufschwung nahe bevorstehe, und daß die Situation für die Arbeitnehmer keineswegs so ungünstig sei, wie man vielleicht bei oberflächlicher Betrachtung annehmen könnte. Allerdings sei die Lage sehr ernst. Wenn der Verband der Baugeschäfte auf seinem Standpunkt beharre und besonders wenn er, statt Lohnerhöhungen zu gewähren, Lohnherabsetzungen durchführen wolle, müsse es zum Kampf kommen, der ja nicht nur die Maurer, Zimmerer und Bauhülfsarbeiter angehe, sondern auch alle am Baugewerbe beteiligten Berufsgruppen in Mitleidenschaft ziehen werde. Beseitigung jeder Zersplitterung der Arbeiterschaft, Festigung und Stärkung der Organisationen seien das beste Mittel, um dem Kampf in jeder Hinsicht gewachsen zu sein.

In der Diskussion hielt es ein Lokalorganisierter für angebracht, in der unter seinesgleichen üblichen Weise auf die Leiter der Zentralverbände zu schimpfen und seine Weisheit über die Führung des vorjährigen Kampfes leuchten zu lassen. Natürlich blieb man ihm die Antwort nicht schuldig. Inzwischen war es so spät geworden, daß die übrigen Punkte der Tagesordnung: Wahl von Kommissionsmitgliedern sowie Branchen- und Verbandsangelegenheiten auf die nächste Versammlung verschoben werden mußten.

Die Former und Berufsgenossen hielten am Donnerstag ihre Branchenversammlung ab. Wücke referierte über: „Die jetzige Wirtschaftslage". Er führte in trefflicher Weise den Versammelten vor Augen, welche horrenden Profite ein Teil der Unternehmer aus den Knochen der Arbeiter jedes Jahr herauspreßt und wie man die jetzige Krise wiederum dazu benutzt, den Arbeitern das wenige, was sie sich in der guten Konjunktur errungen haben, wieder zu entreißen, während die Regierung der Ausbeutungswut der Kapitalisten zusieht, ja, sie in ihrem Vorgehen noch bestärkt, und wenn die Arbeiter dann an die Oeffentlichkeit gehen, ihnen mit bewaffneter Macht entgegentritt und die Forderungen der Arbeiter rücksichtslos mit dem Säbel beantwortet. Bei dieser Gelegenheit ging der Referent auf die Vorgänge im Januar ein und wies besonders auf den Ueberfall auf unser Verbandshaus in der Charitéstraße hin und forderte die Anwesenden auf, durch Beitritt zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation für die Erreichung einer besseren Lebenslage der Arbeiter mitzuarbeiten. Die Ausführungen Wückes fanden allseitigen Beifall. Unter Verbandsangelegenheiten wurde die Angelegenheit Witzorke (Former) erledigt, dem infolge falscher Information nachgesagt wurde, er sei bei den Gelben gewesen und hätte, als er Formermeister war, seinen damaligen Kollegen ihren verdienten Lohn vorenthalten. Es ist durch genaue Untersuchung festgestellt worden, daß dies nicht zutreffend ist und Witzorke sich nichts Ehrenrühriges hat zuschulden kommen lassen. Weiter gab Kollege Sellrich einen Bericht über den Streik bei der Firma Hartung, Wiclefstraße, und wies die von der Firma ausgestreuten falschen Behauptungen, wonach die Arbeiter wegen Entlassung eines betrunkenen Arbeiters in den Streik getreten seien, zurück.

Aus der Frauenbewegung.

Die Jagd nach Erwerb.

Während die armseligen Spießer in- und außerhalb des Parlaments die Frau ins Haus verweisen und damit vor aller Welt ihre politische und soziale Unwissenheit und Unfähigkeit beweisen, vollzieht sich im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft eine ereignisschwere Umwälzung. Grundstürzende Aenderungen in den bürgerlichen Ansichten und Gedankengängen treten zutage und alte Familientraditionen werden mit dem Besen der modernen Anschauungen ohne Bedenken ausgekehrt. In allen „guten" Familien wäre noch vor wenig Jahrzehnten auf die „höhere Tochter" ein Familiensturm der Entrüstung herniedergeprasselt, hätte sie den verwegenen Gedanken ausgesprochen, auf eigenen Füßen zu stehen, hinaus in die tosende Brandung des Lebens zu treten und wagemutig den Kampf ums Brot aufzunehmen. Aber Not bricht Eisen. Von dem unerbittlichen Zwang der Not gepeitscht, erklärt man das, was jahrhundertelang für „unpassend" und „unschicklich" erklärt wurde, heute für durchaus zweckmäßig und vernünftig. Viele, viele Töchter des Bürgertums, besonders aus der Beamtenschaft, warten infolge ihres geringen oder überhaupt nicht vorhandenen „Goldgewichts" vergeblich auf Gürtel und Schleier. Die Herren Söhne schließen den Bund der bürgerlichen Ehe nur dann, wenn die Braut eine respektable Mitgift aufzuweisen hat. Rechnet man hinzu, daß Offiziere und Akademiker spät heiraten und bei eintretenden Todesfällen junge Witwen und unversorgte Töchter zurücklassen, so kann man sich den so stark auffallenden Betätigungsdrang der besseren Damen erklären. Die Schmutzkonkurrenz hinter verschlossenen Türen und verhängten Fenstern lohnt nicht mehr und man sehnt sich deshalb nach „standesgemäßen" Stellen mit entsprechendem Einkommen. Staatliche und kommunale Aemter sind besonders erwünscht. So soll nach den jüngsten in Versammlungen zutage getretenen Ansichten der Hebammenberuf für die gebildeten Damen reserviert werden. Wenn die aufgestellten Forderungen in bezug auf Vorbildung, Studium, 1½jähriger praktischer Kursus u. a. m. erfüllt werden sollen, so kommen Frauen aus den unteren Schichten für den Hebammenberuf nicht mehr in Betracht. In einem Referat über das Gefängniswesen für weibliche Gefangenen wurde gefordert: Anstellung von weiblichen Oberbeamten aus den besten Kreisen, Töchter von hohen Beamten, Offizieren und dergleichen, 2700 M. Anfangsgehalt nebst Fünfzimmerwohnung und Garten. Man sieht, die Damen geben sich nicht mit Kleinigkeiten ab. Unsere arbeitenden Genossinnen können aber von ihnen lernen, was man fordern und haben muß zu einem menschenwürdigen Dasein.

Man kann aus diesen Forderungen aber auch die treibende Kraft jener Bewegung erkennen. Diese hat nicht zum Ziel Aufhebung der Ausbeutung und des Rechtes auf Privilegien, sondern nur: Ausdehnung der letzteren auf den weiblichen Teil der Bourgeoisie. Die Proletarierinnen müßten Narren sein, wenn sie solche Bewegung unterstützen wollten.

Vermischtes.

Enthaltsamkeit.

Die der Himmelsbraut verlobten katholischen Priester sollen, um sich ganz dem Dienste des Herrn widmen zu können, allen fleischlichen Gelüsten entsagen. Allezeit jedoch hat der Teufel ein besonderes Vergnügen daran gefunden, die Geweihten des Herrn in Versuchung zu führen und groß ist die Zahl der Heiligen, die allen Lockungen fleischlicher Gelüste wacker stand gehalten haben. Doch manchmal soll es schon vorgekommen sein, daß trotz allem Sträuben ein geistlicher Herr den Reizen der Sünde unterlegen ist. Die Gottlosen sahen natürlich nicht die inneren Seelenkämpfe, sondern freuten sich des Sündenfalles, hervorgerufen durch eine dralle Pfarrersmagd. Da hat nun ein biederer Landpfarrer in Niederbayern ein probates Mittel gefunden, um derartigen fleischlichen Lockungen sicher zu entgehen. In der letzten Nummer eines katholischen Sonntagsblattes, des „Altöttinger Liebfrauenboten", lesen wir folgendes Inserat:

> In einem Pfarrhof in Niederbayern wird eine brave, tüchtige Magd zu landwirtschaftlichen Arbeiten gesucht. Dienstbotenbuch und Photographie einzusenden sehr erwünscht usw.

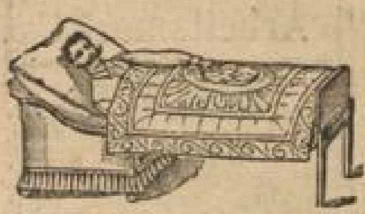
Keine fleischlichen Regungen mehr für die katholischen Geistlichen. Aus den einlaufenden Photographien wird das häßlichste und älteste Mädchen ausgesucht und als Magd engagiert!

Oder nicht!?

Grubenbrand. Nach einer Meldung aus Teplitz steht die große Tagbaugrube „Aspern" in Flammen.

Vier Millionen Austern vernichtet. Aus St. Malo wird berichtet: Die Bevölkerung von Cancale bemächtigte sich eines Dampfers, der vier Millionen zur Aufzucht bestimmte Austern an Bord hatte und vernichtete die ganze Ladung. Aus St. Malo ist Gendarmerie abgegangen, um die Ordnung wieder herzustellen.

Die Pest. In Lima und in mehreren Häfen Perus ist, wie ein Telegramm aus Lima besagt, die Beulenpest wieder ausgebrochen.



Jaekel's Schlafe patent
verwandelbare
Möbel sind als **Sofa, Chaiselongue, Bettstühle, Bettkommode, Bettschrank** in neuen, äußerst praktischen Modellen erschienen.
Preisliste I gratis und franko.
R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik, BERLIN, Markgrafenstraße 20, Ecke Kochstraße.

1. Ziehung 4. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. April 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 192 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

111 [500] 318 **1**108 218 378 496 663 924 **2**136 241 88
3351 77 525 642 738 839 **4**085 94 331 666 792 **5**009 232
517 738 **6**218 93 338 450 616 809 943 **7**123 224 334 [400]
571 75 615 35 888 963 **8**019 93 264 72 321 405 730 54 **9**008
17 202 49 334 68 477 80 521 43 810 53 933
10001 64 407 33 672 **11**008 25 608 863 971 [3000]
12262 88 91 307 924 **13**144 339 450 570 985 **14**148 292
91 345 820 **15**136 498 315 25 618 729 900 **16**258 413 20
72 63 [400] 77 **17**051 263 312 51 611 930 53 **18**058 601
877 81 900 89 **19**051 191 208 408 583 716
20073 132 732 882 **21**323 734 837 76 80 **22**073 414
43 774 810 **23**210 46 528 780 944 **24**002 242 376 [5000]
409 88 [500] 517 523 39 891 96 98 943 58 96 **25**152 503
38 **26**000 13 208 882 933 **27**023 127 80 581 993 **28**000 418
73 516 **29**123 550 71 79 416 80 357 738 883
30069 [500] 627 37 **31**214 327 970 [400] **32**102 48
67 313 79 491 514 89 834 84 **33**226 400 553 655 703 **34**238
328 894 **35**002 50 97 191 213 414 90 626 95 818 938 **36**105
60 256 438 505 748 846 911 85 91 93 **37**271 530 769 929
38041 121 44 314 77 914 68 **39**188 99 287 [400] 387 909
89 95
40084 779 [500] 309 36 562 [400] 601 33 739 954
41019 358 36 844 **42**074 255 61 84 573 **43**276 474 51
62 84 519 66 96 657 62 71 761 831 **44**026 48 183 [400]
261 411 63 649 855 999 **45**067 121 219 53 401 934 **46**080
317 55 425 57 909 [500] **47**173 210 [400] 53 342 63 434
88 716 [500] 804 55 **48**034 329 438 797 **49**140 278 497
500 609 40 709
50108 16 243 47 [3000] 477 563 673 730 [400] **51**350
52 70 83 435 609 752 91 **52**074 225 65 335 63 [1000] 71
438 384 736 **53**150 380 410 617 748 [400] 64 **54**138 264
792 **55**311 833 **56**037 673 848 949 **57**105 220 519 744 34
[400] **58**123 317 48 67 416 550 769 836 **59**062 78 101 237
60 [400] 474 600 33 56 83 804 903 67
60007 74 86 91 158 [500] 288 [400] 314 437 72 870 94
61038 254 425 689 [10 000] 700 50 820 37 964 **62**014 51
113 341 714 **63**101 250 418 77 611 88 833 **64**249 611 830 904
43 **65**152 [500] 513 60 61 [400] 829 953 70 **66**223 38 377
615 39 738 811 **67**126 230 [400] 83 358 467 527 677 [500]
823 938 **68**005 351 [500] 63 438 799 820 82 97 **69**165 219
[400] 73 535 636 947
70212 412 20 785 903 **71**236 330 729 48 930 **72**065
62 508 869 **73**249 340 401 34 [400] 33 90 815 78 98 850
74297 464 500 644 742 **75**146 221 33 469 749 [400] **76**021
[15 000] 32 257 81 344 444 [400] 547 641 804 907 **77**299
484 729 814 935 [400] 99 **78**382 668 820 29 911 **79**053
[400] 105 283 307 427 30 88 558 91 745 801 995 97
80076 639 79 711 38 896 934 [400] **81**071 308 414 21
558 734 66 858 967 **82**076 512 755 **83**103 241 385 80 454
308 90 604 19 41 82 715 813 977 **84**065 83 316 649 85 792
819 34 929 36 **85**121 223 85 428 798 827 938 **86**012 133
757 89 227 82 94 604 37 703 11 835 88 **87**106 40 61 70
239 705 54 78 935 66 **88**043 169 320 81 790 [500] 833 56
89048 60 [400] 106 689 846 68 943 97
90026 222 34 483 570 665 [400] 73 934 **91**323 [400]
425 614 15 27 710 848 942 **92**009 27 [5000] 203 391 572 78
79 932 78 **93**232 465 882 923 40 73 **94**100 9 25 [500] 48
76 239 [400] 363 459 501 97 848 **95**025 186 233 99 353
97 532 624 715 **96**211 489 538 756 953 96 **97**064 [400] 77
409 596 717 **98**028 848 793 939 **99**253 [400] 324 38 944
100463 506 **101**181 276 408 42 503 97 753 974
102345 417 696 817 301 **103**000 60 344 393 **104**119 55
436 62 707 805 24 **105**007 477 **106**271 322 627 81 803
107125 59 [500] 310 52 796 856 **108**093 288 313 94
707 **109**164 79 95 242 341 476 520 40 742
110026 349 410 74 569 616 746 78 931 **111**004 97
131 [400] 25 35 51 77 308 19 30 484 683 820 49 **112**209
13 505 716 911 **113**050 523 604 66 893 **114**155 77 401
553 732 40 910 **115**536 928 33 43 **116**277 455 78 948 92
[5000] **117**437 568 664 **118**252 315 [3000] 70 533 31
629 869 [400] **119**068 109 251 425 664 70 715 84
120021 107 29 380 467 521 608 842 924 **121**043
[400] 72 183 [400] 421 619 43 [400] 791 821 40 281
122166 91 310 36 93 439 49 93 621 60 73 75 965 [400]
67 **123**106 264 76 699 **124**023 304 488 70 779 **125**125
401 594 626 922 **126**485 [500] 731 915 **127**244 965
128038 42 107 66 290 542 638 700 878 **129**326 96 871
741 978
130186 537 70 648 70 **131**096 304 6 501 86 **132**156
303 670 880 [400] **133**056 271 316 22 681 94 801 997
[400] **134**147 334 479 83 97 643 **135**047 79 81 253
848 [400] 436 69 529 609 **136**190 238 356 445 501 615
782 **137**134 297 309 462 540 62 635 830 **138**081 [1000]
251 312 430 558 67 688 **139**255 441 47 590 67 722 62 [500]
140218 50 360 438 683 99 719 811 24 **141**058 300
501 665 50 97 **142**168 413 684 917 44 **143**189 286 387
628 707 800 34 53 56 97 994 **144**067 129 63 347 58
405 584 695 [400] 979 **145**017 147 752 585 685 771 73
800 901 [400] **146**320 361 642 55 710 96 956 90 **147**107
794 317 441 507 780 925 **148**044 158 560 955 **149**011
109 44
150051 88 97 155 562 97 603 **151**128 350 918
152131 490 576 [400] 921 85 **153**267 586 673 743 908
154392 433 578 786 940 60 [500] **155**026 [500] 79
180 642 716 [500] 72 853 93 972 **156**251 353 435 582 683
707 30 853 60 978 **157**120 43 46 356 748 986 **158**265
428 56 90 948 95 [400] **159**123 224 333 534 [500] 625
713 960
160425 551 630 819 929 **161**148 [400] 288 774 851
86 **162**012 [40 000] 103 20 55 77 280 343 58 68 [500]
53 64 [400] 68 [400] 402 37 71 81 [1000] 582 623 [400] 55
[400] 89 791 851 57 992 97 **163**562 84 411 773 **164**076
150 422 572 94 961 **165**147 269 72 554 690 98 832 [1000]
89 903 84 **166**074 87 [500] 110 30 256 68 334 787
167037 [10 000] 383 788 93 947 **168**120 23 610 33 708
821 963 **169**086 134 56 60 290 605 718 86 814 63 82 [400]
170138 281 304 67 602 792 942 **171**509 409 94 575
601 718 84 **172**003 275 [400] 97 413 47 668 751 811 26
78 [400] **173**000 117 369 935 **174**066 92 102 28 35 258
83 203 432 520 73 90 650 84 86 820 **175**027 70 87 984
176189 531 65 79 745 75 819 82 **177**425 518 714 57 843
49 **178**121 23 203 435 44 [400] 50 504 54 722 807 916
179053 116 223 344 [400] 402 53 509 45 671 83 705 933
180194 221 454 511 73 613 67 741 46 92 99 840
181021 68 [400] 180 304 [400] 547 626 822 971 59 64
182178 89 295 489 609 784 **183**179 274 313 534 62
184053 71 277 540 821 995 **185**031 188 348 676 724
[400] 39 49 829 47 914 **186**034 290 343 492 524 783
187014 675 896 926 **188**082 201 58 454 645 848 **189**241
483 580 800 26
190030 61 177 793 926 **191**009 718 430 [1000] 537
780 976 84 **192**038 135 78 247 378 462 509 32 920 53
193257 70 349 434 624 73 736 876 77 940 **194**029 183
511 672 845 80 **195**063 16 70 97 350 [400] 396 [400]
749 917 **196**125 45 457 90 555 99 **197**343 512 775 816
48 64 942 **198**131 243 304 431 551 606 95 [3000] **199**148
355 535 34 641 703 31 [500] 926 43
200251 394 583 628 80 770 [400] 21 47 49 928
201003 263 69 76 338 902 **202**196 331 [400] 381 666
609 878 **203**001 155 225 92 570 730 80 812 **204**155 217
65 98 827 887 **205**133 224 485 754 95 988 **206**188 589
624 700 817 **207**023 54 61 144 81 270 310 29 51 637
73 980 **208**140 303 456 718 894 97 953 **209**037 114 313
16 432 83 554 89 921 34 41
210189 258 417 792 **211**156 229 303 495 807 73 88
212183 129 97 268 [400] 410 12 541 615 700 99 874 925
213213 311 547 32 59 933 **214**016 98 175 241 643 740
215099 531 817 950 **216**275 374 40 507 620 742 861
904 **217**385 477 41 580 841 **218**157 372 413 75 97 710
45 95 871 **219**034 [400] 206 71 263 487 550 82 98 875
965 81
220173 397 490 940 **221**036 485 47 695 910 66 90
222348 376 839 62 **223**180 592 676 735 **224**050 191
330 48 [500] 87 407 10 87 546 [500] 99 630 825 **225**004
[400] 67 132 301 445 840 901 56 **226**071 183 61 96 540
645 800 [400] **227**030 [400] 394 921 75 **228**313 444
627 737 803 **229**068 347
230024 182 412 548 808 **231**011 [400] 333 73 654
[1000] 790 **232**238 569 70 403 27 505 654 759 928 73
233294 400 603 [500] 722 851 971 **234**026 98 199 332
535 52 740 67 811 902 **235**049 276 325 29 438 93 524 781
236135 290 452 515 22 600 **237**072 293 330 [400] 70
402 4 11 65 [500] 74 629 953 [500] **238**068 392 489 811
12 50 980 97 **239**177 381 494 502 829 53 943
240312 321 550 654 901 **241**524 884 994 **242**113
308 35 47 311 58 530 677 711 898 **243**156 263 684 87
244078 107 65 235 55 719 946 **245**098 192 [400] 247
340 91 688 758 846 **246**030 [400] 43 [400] 323 63 408 641
89 837 **247**008 46 277 474 [500] 815 60 85 940 59 **248**098
239 471 86 502 656 793 830 [400] **249**040 219 85 390
707 18 58 73 904
250127 70 [500] 88 232 446 650 843 994 **251**045
80 186 244 340 59 865 72 **252**124 410 613 761 817 21
928 31 **253**159 307 76 802 [400] 815 **254**018 46 675 834
916 **255**077 365 445 62 607 35 778 969 **256**232 480 742
857 59 **257**335 [1000] 501 772 **258**373 [400] 425 35 778
973 88 **259**176 588 630 750 976
260021 83 161 551 716 68 863 90 943 54 **261**101 23
45 280 334 72 767 [1000] **262**171 62 273 305 425 **263**258
323 473 553 71 922 **264**383 526 31 60 865 947 60 **265**210
44 346 411 553 768 71 **266**198 255 326 542 918 **267**090 164
315 77 822 939 **268**009 210 315 69 377 745 68 907 16
[400] **269**211 470 691 817 79
270542 631 754 968 **271**243 [400] 302 436 560 796
905 **272**034 135 99 459 540 611 19 719 828 **273**027 210
307 607 786 883 **274**309 90 436 827 949 **275**015 75 304
482 580 37 766 895 907 **276**185 341 328 404 636 920 64
277040 57 250 98 305 514 43 95 [400] 743 72 936 89
278150 296 363 470 53 536 647 713 883 930 88 **279**441
58 97 522 639 736 868 944 45
280008 245 61 63 874 [500] 701 35 43 **281**097 118
306 783 891 977 **282**012 138 228 336 63 400 90 666 [500]
871 **283**080 178 304 **284**241 617 714 66 916 **285**040 92
190 219 28 441 615 869 **286**105 75 709 96 807 12 **287**015
59 181 96 347 63 460 542 696 21 748 [400]

1. Ziehung 4. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. April 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 192 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

95 [400] 263 648 733 45 925 **1**058 143 634 71 74 883
42 960 69 **2**477 806 971 **3**189 241 531 870 906 36 43
56 73 **4**092 324 36 435 570 605 772 88 982 83 **5**030
181 565 **6**067 108 314 66 [400] 633 994 **7**314 782 932
913 [400] **8**032 97 144 73 64 202 563 841 [400] 51
9129 213 532 669 75
10084 132 236 540 71 790 960 78 **11**154 300 420
665 845 900 [500] **12**180 447 539 32 41 674 740 816 38
834 39 [400] **13**279 95 461 661 864 **14**111 36 319 59
663 71 802 91 **15**018 115 45 46 249 77 94 430 51 523
659 83 752 74 **16**032 [400] 39 45 60 [500] 167 315 464
896 28 726 381 78 **17**058 448 541 63 671 735 837 970
18048 301 448 513 35 746 49 63 837 [400] 79 **19**111
71 370 543 618 37 965
20126 63 212 66 582 856 990 [500] 95 **21**027 [400]
268 97 363 93 434 535 [400] 36 36 603 61 745 **22**051 150
455 534 605 55 721 **23**459 949 **24**065 220 544 627 **25**015
57 290 313 [400] 549 80 876 **26**106 279 591 810 64 955 79
27001 77 103 394 925 **28**096 182 42 348 493 535 818 917
29150 64 308 562 63 80 720 75 89 407
30282 380 82 722 869 944 68 **31**061 [400] 107 48 388
475 707 [400] 879 921 64 90 **32**016 74 227 74 **33**006 52
536 99 470 96 724 **34**011 [400] 24 120 311 418 92 534 92
611 [400] 88 782 **35**106 53 206 313 538 98 911 24 **36**021
150 292 [400] 414 15 78 **37**094 308 [5000] 63 481 982
38054 717 76 533 35 631 730 **39**051 125 265 307 [3000]
787 91 809 28 40 73
40876 976 88 **41**068 281 84 381 417 670 739 [400] 906
88 81 94 **42**087 548 787 **43**000 47 295 490 532 629 781 835
801 **44**049 534 655 747 75 84 87 803 43 96 **45**772 832 74
816 **46**043 121 380 393 **47**104 61 367 408 521 24 80 57
630 710 94 **48**098 191 323 461 **49**052 133 54 340 543 679
733 823 85 919 26 [1000]
50193 227 330 549 722 33 84 967 **51**582 **52**091 128
765 885 **53**098 293 524 601 716 996 **54**003 106 472 626 739
823 941 75 **55**107 11 [1000] 363 77 486 560 927 47 **56**075
850 64 730 865 **57**036 **58**320 [400] 443 55 63 708 [3000]
41 45 **59**023 147 [400] 279 241 63 482 640 754 809 972 91
60078 298 310 456 71 81 **61**391 93 367 646 48 957 58
62013 94 235 318 407 11 38 734 853 50 [400] 960 **63**106
308 387 93 836 **64**147 282 469 909 38 47 72 97 **65**218 [500]
350 407 643 69 72 717 88 842 **66**075 117 429 518 23 655 850
80 **67**165 601 50 812 933 71 **68**009 64 330 407 58 506 686
836 938 **69**092 135 228 48 300 82 673 86 787 858 74
70020 [400] 116 387 **71**080 402 586 **72**008 69 186
303 98 477 43 69 77 588 853 831 75 [400] 961 87 **73**006 119
269 [400] 394 [400] 768 842 967 **74**198 213 309 387 609 744
868 **75**276 660 700 67 984 **76**126 510 630 **77**060 220 348
636 [400] 727 64 63 942 **78**004 229 80 343 483 626 66 929
79000 182 831
80060 63 224 386 511 81 45 640 924 80 **81**035 45 61
130 441 95 839 [400] **82**084 66 188 233 63 [400] 436 535
759 806 **83**103 [400] 881 390 587 63 780 823 **84**232 276
437 628 740 858 63 **85**097 71 331 60 405 74 **86**422 30 57 98
587 903 61 **87**273 81 490 73 843 [3000] 904 60 **88**232 287
88 604 24 68 771 78 858 **89**076 170 274 374 475 97 516 929
90061 314 460 501 600 4 40 [500 49 894 **91**135 90 207
512 827 90 **92**027 387 474 690 715 19 803 908 36 **93**195
208 29 673 752 966 **94**063 337 661 850 983 **95**199 535 639
[1000] 975 [400] **96**114 45 49 83 92 321 641 534 693 997
[400] **97**002 5 91 219 47 [500] 97 730 965 97 **98**222 336
404 [400] 99 641 901 67 **99**296 357 401 694 938
100118 212 86 63 371 81 625 **101**304 19 20 887 704
936 **102**227 519 777 92 **103**004 24 120 463 716 883 91
987 88 **104**095 180 330 731 81 926 78 [400] **105**047 178
82 234 423 563 **106**036 183 575 81 85 871 **107**153 339 492
528 [500] 610 724 [400] 66 82 **108**132 [400] 306 [20 000]
43 524 702 17 70 857 71 968 **109**017 171 732 698 765
110317 [400] 87 98 98 **111**243 387 642 753 87 892
112115 335 [400] 534 838 948 59 **113**769 830 **114**308
32 734 **115**220 394 470 501 615 **116**042 61 135 230 981
117034 130 380 69 614 758 853 97 **118**004 [1000] 212
307 618 34 703 5 930 67 **119**108 542 64 93 97 607 730
813 909
120108 73 80 386 [500] 433 74 711 **121**178 383 385
[400] 492 610 734 **122**136 65 [400] 377 463 65 **123**236
360 809 917 **124**130 250 759 962 **125**042 171 629 731 830
87 **126**077 182 273 565 640 [400] 78 879 911 **127**308 42
436 40 74 986 **128**164 556 415 631 941 **129**310 51 80 343
493 576 605 808
130257 90 397 526 42 85 618 30 83 756 814 920 88
131484 668 818 **132**403 [400] 64 824 57 648 763 76
133162 258 [400] 569 942 53 **134**235 333 431 686 785
828 **135**120 30 [400] 261 393 656 843 964 [400] 67
136508 74 704 839 [400] **137**051 350 305 607 764 [1000]
138115 87 374 438 74 569 978 **139**118 76 303 65 70
415 76 514 74 665 79 772
140101 636 40 69 709 907 **141**409 7 21 40 78
142350 564 609 852 95 **143**061 289 367 747 848 [400]
144191 581 675 706 96 816 **145**059 124 257 79 90 413
550 979 **146**098 [1000] 102 389 507 609 97 998 [3000]
147003 233 532 60 715 74 914 **148**005 7 387 98 535 30
[400] 661 856 **149**375 [400] 499 649 92 835
150050 799 99 314 48 99 578 761 89 829 924 [1000]
151273 99 325 463 600 721 **152**040 126 220 341 422 71
970 [1000] 662 735 924 **153**141 78 665 [400] 790 938
154056 208 48 850 418 27 570 658 92 806 902 **155**158
291 922 **156**151 310 487 516 66 687 806 [500] 21 974
157232 445 565 68 769 **158**140 214 30 440 75 555 650
70 852 87 **159**002 247 81 578 763 851
160032 118 [3000] 35 216 337 44 580 690 973 **161**098
294 307 55 68 416 53 84 624 725 857 **162**241 389 409 23
659 752 818 67 **163**056 255 433 82 522 64 608 772 84 810
164543 640 52 901 **165**011 578 [400] 714 **166**200 535
765 **167**174 301 [400] 556 656 754 867 [500] **168**166 218
86 485 **169**030 74 266 792 862
170069 148 58 775 327 88 554 768 87 88 **171**027
238 344 464 615 24 06 806 71 **172**035 [500] 154 423 062
173150 [400] 246 553 658 841 **174**016 442 80 643 [500]
868 923 **175**455 **176**000 174 233 637 [1000] 51 785 548
177467 643 **178**113 53 238 84 394 606 814 **179**242 307
664 784
180505 80 921 **181**108 295 503 41 98 689 95
182070 173 [500] 200 23 519 680 873 **183**002 29 54 98
541 403 90 553 75 790 848 **184**080 365 447 89 505 25 757
847 [500] 65 96 **185**374 [400] 421 [400] 31 688 810 14
186096 246 89 490 591 660 [400] **187**089 269 [500] 302
25 767 968 **188**161 354 735 78 909 **189**310 422 [400] 99
629 78 702 13
190147 226 650 711 **191**007 49 343 463 588 610 79
888 **192**368 74 88 419 46 578 617 **193**278 80 477 502 787
58 82 897 915 **194**008 21 24 56 86 729 81 429 555 **195**323
881 997 **196**235 467 792 848 71 **197**058 141 935 **198**077
135 812 97 425 502 780 856 **199**136 72 88 878 454 63 500
[500] 614 25 74 743 843 964
200043 222 62 509 45 64 608 [500] 80 **201**173 225
[400] 378 424 701 7 42 841 74 **202**150 204 306 15 428
41 57 72 587 643 773 868 938 **203**040 341 72 447 549
649 737 **204**139 52 84 232 56 303 454 567 83 796 893
901 **205**321 39 61 65 72 588 861 **206**020 [400] 115 314
407 30 780 906 **207**832 [400] 927 **208**000 115 47 290
419 [3000] 22 577 705 806 **209**050 249 349 489 [400]
536 686 837 77 976
210175 261 341 625 79 **211**148 75 349 492 701 58
801 19 901 29 31 [500] 33 [400] **212**006 62 97 [1000]
207 55 438 **213**526 [400] 610 18 **214**165 341 75 430
41 530 806 993 **215**050 198 753 972 **216**130 305 430
505 73 646 723 50 822 93 **217**017 267 567 630 70 954
86 **218**218 232 363 **219**231 [1000] 49 73 348 58 64
499 504 615 78 70 909
220076 128 263 438 505 670 864 997 **221**232 56
443 58 565 671 734 62 944 **222**063 138 234 434 758 75
223007 41 141 75 208 18 637 734 **224**369 490 542
225024 269 338 500 25 26 638 49 718 855 **226**154 232
574 671 90 895 **227**039 [500] 257 654 738 849 59 938
228164 586 [500] 867 983 [1000] **229**083 252 303 84 70
500 766 826 29 76
230064 65 96 191 822 628 52 55 908 [400] **231**081
166 358 79 602 792 [400] 878 **232**324 445 737 83 **233**083
324 475 623 758 **234**030 50 348 472 615 75 80 82 936
235012 155 62 432 858 51 90 931 **236**212 80 861 638
237010 25 115 221 88 617 **238**028 91 94 651 801 **239**049
265 87 522 609 39 801 22 52 948
240075 153 262 [400] 567 619 [400] 828 942 98 **241**128
482 58 68 507 645 708 948 50 60 **242**093 97 181 256 535 617
30 50 [500] 868 895 36 39 **243**575 715 [400] 935 **244**230
27 613 793 803 32 88 931 **245**009 10 77 84 129 653 59 771
831 38 940 50 65 **246**207 20 [400] 395 470 515 782 872 917
247049 550 630 719 851 924 **248**159 266 620 752 [1000]
249148 438 608 [400] 857 93 935
250408 71 538 39 862 [400] **251**131 535 668 **252**123
63 270 [1000] 381 692 700 73 **253**185 295 340 84 414 37
532 92 913 **254**321 58 475 [400] 673 872 **255**076 260 436
36 919 36 90 **256**060 195 356 469 513 625 71 732 890
257402 50 538 81 611 924 **258**012 50 704 84 301 419 662
92 790 **259**232
260023 460 537 60 884 938 **261**044 154 349 318
68 435 565 634 870 **262**007 367 611 749 835 900 5
263186 288 504 [400] 38 726 900 24 35 53 64 94 **264**056
203 39 80 436 854 **265**182 [1000] 728 [500] 401 602 737
850 70 **266**114 222 [500] 560 **267**004 695 749 873
268114 361 424 [400] 730 888 953 [400] **269**336 70 686
753 56 909
270147 478 85 [400] 666 743 44 64 928 [500] 97
271010 22 503 760 869 **272**155 98 358 443 78 87 586
706 851 947 **273**060 176 711 17 433 820 41 897 999 [400]
274012 18 309 38 **275**064 82 121 340 53 616 21 778
811 44 **276**209 461 559 714 **277**185 481 575 [1000] 748
69 814 96 902 **278**028 395 445 575 794 884 **279**135 213
[500] 548 82 87 729 818 50 [400]
280041 43 212 380 [400] 567 95 794 868 918 **281**009
156 83 324 90 702 7 35 **282**052 255 438 638 **283**482
348 [500] 602 18 54 727 847 905 **284**024 74 274 308 513
41 601 43 729 65 **285**081 199 309 630 31 65 707 38 837
73 **286**165 78 334 378 655 59 803 **287**023 140 340 381
427 43 549 705 56 67 87 830 975

M. Schneider & Cie.

am Spittelmarkt (Spindlerhaus) **jetzt: Wallstraße 9 im Laden** am Spittelmarkt (Spindlerhaus)

auf Seidenstoffe
auf Gardinen und Portieren
auf Blusen und Unterröcke
auf Kostümröcke
auf Herren-Wäsche
auf Krawatten, Glacéhandschuhe
auf Reste von Kleiderstoffen und Waschstoffen

50 % Rabatt

also zur Hälfte des bisherigen Preises.

Verkauf nur an Wochentagen: 9 bis 1 Uhr, 2½ bis 8 Uhr. ● Nur noch kurze Zeit! ● wegen Geschäftsaufgabe

Blendol

mit dem Putzmännchen
bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf. Blechfl. z. 20, 30 u. 50 Pf. Pf überall erh. Urban & Lemm, Charlottenburg

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Große Massen-Konzerte
Spezialitäten-Vorstellung.

Möbel auch auf Teilzahlung

Wohnungseinrichtungen zu M. 165, 280, 309, 365, 437, 540, 600, 726, 830 etc. bis M. 3000. Kleiderschränke zu M. 26, 32, 38, 48, 64, 72 etc. Vertikos zu M. 40, 47, 63, 76, 85 etc. Trumeaux zu M. 38, 45, 61, 72, 86 etc. Sofas zu M. 38, 45, 50, 61, 72, 86 etc. Bettstellen, komplett zu M. 24, 38, 40, 49, 60, 64, 72 etc. Moderne Küchen-Ausstattungen zu M. 68, 84, 102 etc. Riesenauswahl. Nur reelle Arbeit.

A. Schatz sen.
Brunnenstr. 160, Eingang Anklamer Straße.

Jenensia-Räder! Mod. I.

10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
2128L* **Phänomen-Räder!**
Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Soldinerstraße 16. Vorderwohnungen, 2 Zimmer, sofort, billig.

Ohne Anzahlg. Woche 50 Pf.
Bilder. Spiegel.
Möbel, Polsterwaren, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Herrengarderobe, Bezüge, Gaskronen, Uhren liefert billigst *
M. S. Weber, Prenzlauerstr. 49
Besuch evtl. Postkarte.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

16.00. Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 346R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. 347R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. †27

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. †27

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †27

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Stallschreiberstraße 40. 8202R*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 331R

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 212R*

Baureife Vorortparzelle, kleine Anzahlung, verkauft Crahs, Bernauerstraße 21. †108*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Staunend billige Herrenanzüge! Sommerpaletots! Winterpaletots! Extrabilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Sonntags ebenfalls geöffnet. *

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Großes Fabriklager aller Systeme. Teilzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. †132*

Inventur-Ausverkauf. Teppiche mit Farbenfehlern und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 349R*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,50 usw. 350R*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 351R*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,85, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 352R*

Tischdecken. Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 354R*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 355R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Auch Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 573R*

Gardinen werden wegen Erbschaftsregulierung und Auflösung des Geschäfts unter Preis ausverkauft. Grüner Weg 80, parterre. 576R*

Wegen Auflösung der Handelsgesellschaft Sommer u. Wolf, Gardinen- und Teppichhaus spottbilliger Inventurverkauf in Teppichen, Gardinen, Steppdecken, Plüschportieren usw. bis zur Hälfte des Wertes. Schnellster Einkauf unbedingt empfehlenswert. Richard Wolf vorm. Sommer u. Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). *

Markenräder, Teilzahlungen, ohne Anzahlung. Hehle, Danzigerstraße 95. 580R*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Frühere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 320R*

Damenjacketts, Paletots, Mäntel, Ulsts, Kostüme (hochelegante Reisemuster), teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 542R*

Humboldleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Bis zum Osterfeste staunenerregende Spottpreise. Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Pfänderverkauf, Brautbetten, Vermietungsbetten, Aussteuerwäsche, wundervolle Gardinen, Teppichverkauf, Plüschtischdecken, Steppdecken, Uhrenverkauf, Schmucksachen. Sonntags geöffnet. *

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, -Kannen, -Maße, Milchsiebe, Ziegelschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Michaelkirchstraße 21. 275R*

Milchverkaufs-Apparate, Kübel, Kannen, Flaschen, geeichte Maßgefäße. Otto Lindner, Gartenstr. 96.

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 56,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, Erbstüll, reichgestickt 6,25, Englisch Tüll 2,35, Tüllbettrückwände 5,85. Inventur-Ausnahmepreise. Nur noch kurze Zeit. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Gestickte Friesfenstermäntel 2,15, Wert 4,00. Inventur-Extrapreis. Nur noch kurze Zeit. Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158.

Metallbetten, Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte. Schneider, Kurfürstenstraße 172 (Dennewitzstraße). 632R*

Steppdecken. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Monatsgarderobenhaus. Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreasstraße 54. 577R

Monatsgarderobenhaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 578R

Bronzegaskronen!!! Gaszuglampen! 9,00. Schaufensterlicht! Hängelicht spottbillig! Gasöfen! 1½, Zweilochgaskocher! 3,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 519R

Fahrräder „National“, Qualitätsmarke. Teilzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. †132*

Fahrrad, Schulden angenommen, Kunz, Wilhelmstolzestraße 15. †28*

Brennaborrad umständehalber sofort spottbillig. Beusselstraße 21, Verwalter. 1318b

Herrenfahrrad, neues, Gelegenheitskauf, Garantieschein, Drontheimerstraße 40, vorn, Mitschke.

Herrenfahrrad, wunderschön erhalten, umständehalber, Kleinschmidt, Oderbergerstraße 22. 250/8*

Installateure und Händler kaufen Gaskronen, Zuglampen, Beleuchtungsgegenstände, Hängelicht, Gaskocher allerbilligst bei Baumann, Alte Jakobstraße 125, Spezial-Großhandlung. *

Vorjährige Maßbestellungen, neu, schwarz, schick, Herren-Jackettanzug mit Weste, schmale kleine Figur, Einkauf 50 für 25, grau gemustert. Herren-Jackettanzug, Einkauf 44 für 22, dito Figur. Sommerpaletots, neu, 100 cm Brustweite, Einkauf 40 für 20, schleunigst. Prenzlauerstraße 23, II, Alexanderplatz, Herrenschneider. 120/5

Orchestrion, gut erhalten, schnell billig. Schimakowski, Winsstraße 17.

Kinderwagen verkauft Dümmel, Proskauerstraße 1. †28

Herrenluxusrad, Damenrad, umständehalber verkauft Lehmann, Große Frankfurterstraße 140 III. 592R*

Salonteppich 20,—, Zimmerteppich 8,—, Saalteppiche, Smyrna, Plüsch, spottbillig, Farbenfehler, fünfhundert, zum Aussuchen. Plüschportieren, Stores, Läufer, Chaiselonguedecken für jeden Preis. Auktionsannahme Rasch, Grüner Weg 3. 448R*

Geschäftsverkäufe.

Zigarrenecke mit Wohnung billig zu verkaufen. Offerten G. 38, Postamt 1, Rixdorf. †100

Zigarrengeschäft, gangbares, im Osten, sofort umständehalber zu verkaufen. Erfragen Rominternerstr. 8, Papiergeschäft. 1309b

Parteilokal mit Zahlstelle und Vereinen zu verkaufen. Zu erfragen Petersburgerplatz 4, Expedition. †28

Zigarrengeschäft krankheitshalber, 700 Mark, ohne Ware sofort zu verkaufen. Sachs, Gropiusstraße 3.

Möbel.

Wollen Sie wirklich eine reelle Einrichtung oder einzelnes Möbelstück gut und trotzdem preiswert kaufen, so muß man zu Hasemanns Möbelspeicher hingehen! Einrichtung mit moderner Küche zusammen 250 Mark! Bin billiger als fast alle Möbelhändler. Durch größere Abschlüsse meiner Lieferanten bin ich imstande, Möbel bis 30 Prozent billiger zu verkaufen, als die Möbel reguläe kosten! Einrichtung 250—1500 Mark! Große Auswahl! Besichtigung in 5 Etagen. Speisezimmer, Salon, Herrenzimmer, Schlafzimmer in jeder Preislage! Transport frei. Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor! Geöffnet 8-8, Sonntag 8-2. 1299b*

Habe mich entschlossen, meine herrschaftlichen noch fast neuen Möbel reellen Leuten auf Zahlungs-Erleichterung zu geben, bei vorheriger Vereinbarung. Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, moderne Küche, Ledersofa, Ruschmehtische, Lederstühle, Garnituren, Plüschsofas. Alles Gelegenheitskäufe! Lothringerstraße 26. Zirka 50 Musterzimmer. 1300b*

Brautpaar kann billig Möbel kaufen, auch Ratenzahlung. Stallschreiberstraße 43, I links.

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, Taschensofas 45,—, hochelegante Salongarnituren, Büfette, Trumeaus 33,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische, Verzugtische, Lederstühle, Klubsessel, Ledersofas, bunte Küchen, Kronen, Oelgemälde, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Lennert, Lothringerstraße 56. 586R*

Plüschsofas, reell gearbeitet, mit schönen Bezügen, große Auswahl, billigst, auch Ratenzahlung. Kahlen, Stallschreiberstr. 48, I.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lindes Auktions- und Möbelspeicher. Kostenloser Transport. Lagerung. 256R*

Möbel. G. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Möbel. Große Auswahl in Kleiderspinden, Vertikos, Sofas, Büfetts, Schlafzimmer, Speisezimmer, bunte Küchen. Ganze Einrichtung schon von 275 Mark an. Dresdenerstraße 117. 516R*

Möbel-Gelegenheitskäufe Weinbergsweg 17 (Rosenthaler Tor, neben Walhallatheater) im Möbelspeicher. Zum spottbilligen Verkauf gelangen viele bessere und einfache Zimmermöbel, ganze Wohnungseinrichtungen, moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Büfette, Schreibtische, Säulentrumeaus, Bettstellen, Kücheneinrichtungen, Salongarnituren, Plüschsofas, Teppiche, Stores, Plüschportieren. Lieferung kostenlos. 30R*

Möbelfabrik F. u. L. Engelke, Kastanienallee 83 u. 26 liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und Teilzahlung zu billigsten Preisen. Kulanteste Bedingungen. *

Möbelhalle „Norden“, Thiele, Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Beförderung frei. 214R

Garnitur, neu, 100 Mark, Mahagoni-Vertiko, Tische, Ersatzmöbelstücke verkauft billigst Landsbergerstraße 82 I.

Auf Teilzahlung Kleiderspinde, Vertikos, Sofas, komplette bunte Küchen. Polsterwaren jeder Art. Anzahlung von 3 Mark an. Woche 1 Mark. „Berolina“, Kastanienallee 49. 1275b*

Auf Teilzahlung Möbeleinrichtung Stube und Küche. Anzahlung von 15 Mark an. „Berolina“, Kastanienallee 49. 1275b*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Thieles Speichermöbel nur Brunnenstraße 182. Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Möbel, Säulentrumeau, Taschensofas, Muschelbetten, Englischbetten, Muschelvertiko, Teppiche, Muschelschrank 23,—, Spiegel, Spiegelspinden, Kommoden, moderne Küchen, Marmortoiletten, Ausziehtische, Sofatische und viele andere Gegenstände spottbillig. 462R*

Verschiedenes.

Schmelzers Volkssänger-Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †60*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Wallrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145R*

Allen werten Genossen und Kollegen zur Nachricht, daß ich in Rixdorf, Erlangerstraße 15, eine Restauration eröffnet habe und bitte ich um gütigen Zuspruch. Wilhelm Haase. †100

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren. Rittergasse 4 I, bei Colberg. 1292b*

Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren vermietet Frau Jacoby, Wiesenstraße 10, II.

Vorderzimmer, separat, 1 auch 2 Herren, Badebenutzung, Urbanstr. 65, rechter Aufgang II. 681b

Möbliertes Zimmer für zwei Herren, Bad, vermietet Nostizstr. 52, IV links. 797b*

Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren: Baumschulenweg, Trojanstraße 6, am Bahnhof. 707b

Schlafstellen.

Sofort Schlafstelle. Sello, Schmidstraße 10, 1 Treppe. 125/31

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Frau Zahns, Holzmarktstraße 71, vorn IV. (An der Stadtbahn.)

Saubere Schlafstelle für 2 Herren bei Hänisch, Proskauerstraße 2, vorn II. †28

Freundliche Schlafstelle, Herr oder Fräulein. Reizig, Lippehnerstr. 4 III.

Mietsgesuche.

Suche ein einfach möbliertes Zimmer, Nähe Hallesches Tor. Offerten N. 2, Expedition des „Vorwärts“. 1314b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Hausreinigung an Geschäftsmann zu vergeben, schöner Laden, zwei Stuben, Küche. Wollankstraße 99, Spilesgart. †83*

Lehrling, Buchbinderei, Hand- und Preßvergolder. Faien, Krausenstraße 31. 1308b

Klavierspieler verlangt Hermann (Sonnabends, Sonntags), Liegnitzerstraße 9. 1310b

Versilberer, der auch farbig machen kann, für kleinere Leisten findet dauernde Beschäftigung. E. W. Schmidt, Bülowstraße 66. 1311b

Lehrling sucht Drechslerei, Palisadenstraße 47. 1316b*

Steindruckerlehrling verlangt Jacoby, Kaiserstraße 41. 250/6

Uhrmacher auf Taxameterbau eingerichtet, werden für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht, aber nur geschickte Leute. Offerten unter M. 2 an die Expedition dieses Blattes.

Steinmetz auf Baumstämme sucht Funk, Mariendorf, Eisenacherstraße.

Tüchtige Näherin gesucht für Werkstatt und Dekoration. Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk, Aktiengesellschaft, Berlin C., Kaiserstraße 31. 250/7

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung (Tour Wilhelmstraße). Meldungen Schützenstraße 24/25. 125/2*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tischler-Lehrlinge

erhalten unentgeltlich Lehrstellen nachgewiesen im **Bureau der Tischler-Innung,** Alexanderstr. 31, 4—7 Uhr nachmittags. *

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Wegen enormer Lohnabzüge haben die Kollegen der Fabrik **Neufeld** die Arbeit niedergelegt. Wegen dieser Differenz ist auch der Zwischenmeisterbetrieb von **E. Schlenner,** Rixdorf, Pflügerstr. 52, gesperrt.
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter. *

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für **Bautischler und Einsetzer:**
Sprötte, Kurfürstenstraße 12.
für **Klavierarbeiter:**
Neufeld, Belleallianceste. 8.
für **Stockarbeiter:**
Pfahl, Kottbuser Ufer 33.
für **Bodenleger:**
Zwischenmeister **Peter, Blücherstraße 66.** Bau Schramm.
für **Kammacher:**
Döbbelin & Co., Schöneberg, Mühlenstraße.
Die Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.